

■ KONJUNKTURAUFSCHWUNG ERLAHMT FRÜHZEITIG

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 1995

Das Jahr 1995 brachte eine überraschende Wende im Konjunkturverlauf. Statt sich weiter zu beschleunigen, verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum und kam nach der Jahresmitte vollends zum Stillstand. Der Arbeitsmarkt reagierte unmittelbar – mit einem Rückgang der Beschäftigung und einem neuerlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch die Lage der öffentlichen Finanzen spannte sich weiter an, und das Defizit der Leistungsbilanz erreichte einen neuen Höchstwert. Hingegen ließ der Preisauftrieb nach, und die Inflationsrate fiel schließlich unter die 2%-Marke.

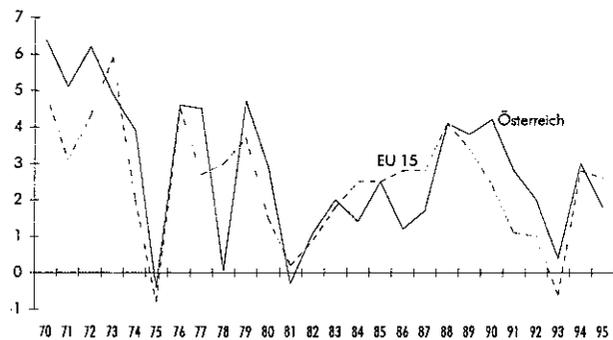
Mit dem Beitritt zur EU markiert das Jahr 1995 eine Zäsur in der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Die letzten Barrieren im wechselseitigen Austausch von Gütern und Produktionsfaktoren sind nun gefallen, Österreich ist mit seinen wichtigsten Auslandsmärkten voll integriert. Neben den großen Chancen, die sich mit diesem Schritt eröffnen, sehen sich die Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer und wirtschaftspolitische Akteure nun auch höherem internationalem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Dieser geht nicht nur von der EU-Integration aus, sondern auch vom fortschreitenden Transformationsprozeß in Osteuropa und von der weltweiten Handelsliberalisierung nach dem Abschluß der Uruguay-Runde des GATT. Das Jahr 1995 war daher nicht nur vom – tendenziell stärker werdenden – Einfluß der Auslandskonjunktur auf die Binnenwirtschaft geprägt, sondern auch von der Herausforderung und dem Bestreben, bisherige Verhaltensweisen und Handlungsspielräume zu überprüfen und den neuen Wettbewerbsbedingungen anzupassen.

MARKTANTEILSGEWINNE IM WARENEXPORT

Wie stets in der Frühphase des Konjunkturzyklus kamen auch diesmal die entscheidenden Impulse vom Warenexport. So beschleunigte sich das Ausfuhrwachstum im Jahresverlauf 1994 kräftig und behielt noch viel Schwung – mit zweistelligen Zuwachsraten im Vorjahresvergleich – bis weit in das Jahr 1995, als sich der Nachfragerückgang in Westeuropa schon deutlich abzeichnete. Mit ihrer auf Vorprodukte konzentrierten Industriewarenpalette waren Österreichs Exporteure vom Lageraufbau nach der Rezession und vom zunehmenden

Konjunkturzyklen

Reales Brutto-Inlandsprodukt, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Spezialisierungsgrad im internationalen Handel begünstigt; auch der Eintritt in den europäischen Binnenmarkt ließ sie vielfach Marktanteile hinzugewinnen, ehe sich durch die Abwertung des Dollars und einiger südeuropäischer Währungen im März ihre Konkurrenzposition verschlechterte. Als wichtige Stütze des Exportwachstums erwiesen sich die nunmehr kräftig expandierenden Märkte in Osteuropa, auf denen österreichische Unternehmen dank zahlreicher Direktinvestitionen und Beteiligungen gut vertreten sind.

TOURISMUSNACHFRAGE WEITER RÜCKLÄUFIG

Ungünstig entwickelte sich dagegen die Auslandsnachfrage im Tourismus. Nach den empfindlichen Einbußen im Vorjahr schrumpften die Exporterlöse 1995 neuerlich (real -4½%). Unverändert waren die Gründe hierfür: der Preisverfall von Flugpauschalreisen in außereuropäische Länder, die relative Verteuerung des Urlaubs in Österreich durch Wechselkursänderungen sowie die anhaltende Stagnation der verfügbaren realen Einkommen der Haushalte in Deutschland, dem mit Abstand wichtigsten Reisemarkt. Selbst die weniger preis- und einkommenselastische Nachfrage in der Wintersaison schrumpfte.

AUFSCHWUNG DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT SETZT SICH NICHT FORT

Mit einer Steigerung um real knapp 3% im Jahresdurchschnitt 1995 trug die Inlandsnachfrage maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. Sie schwächte sich allerdings im Laufe des Jahres deutlich ab: Zu Jahresbeginn und vor allem im Frühjahr stieg das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen kräftig, ab dem Sommer war es saisonbereinigt rückläufig. Dieses Muster war stark durch die Investitionstätigkeit geprägt. In den sechs Monaten bis zum März 1995 schafften die Unternehmen in wesentlich höherem Maß als zuvor neue Maschinen und Ausrüstungen an – wofür nicht nur die Überwindung der Rezession maßgebend war, sondern auch die befristete

Verwendung des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1995	1995				
	Mrd S	Ø	I. Qu.	II Qu.	III Qu.	IV Qu.
		Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Zu laufenden Preisen</i>						
Brutto-Inlandsprodukt	2352,4	+4,0	+5,0	+5,8	+3,0	+2,2
Minus Exporte i w. S. 1)	882,9	+5,7	+7,9	+8,5	+6,4	+0,3
Plus Importe i w. S. 2)	910,0	+8,1	+9,5	+10,6	+8,9	+3,8
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	2379,5	+4,9	+5,5	+6,6	+3,9	+3,5
Privater Konsum	1299,7	+4,2	+4,4	+5,1	+4,1	+3,3
Öffentlicher Konsum	444,0	+4,1	+4,5	+4,7	+3,9	+3,4
Brutto-Anlageinvestitionen	581,9	+3,7	+5,8	+5,8	+3,4	+1,1
Ausrüstungen	215,7	+6,4	+8,4	+8,5	+6,9	+2,2
Bauten	330,0	+2,2	+2,7	+4,2	+1,9	+0,5
Mehrwertsteuer für Investitionen	36,2					
Lagerveränderung und Statistische Differenz	53,9					
<i>Zu Preisen von 1983</i>						
Brutto-Inlandsprodukt	1597,2	+1,8	+2,7	+3,0	+1,4	+0,3
Minus Exporte i w. S. 1)	771,2	+5,0	+6,2	+7,7	+6,3	+0,3
Plus Importe i w. S. 2)	835,6	+7,1	+8,2	+10,8	+7,0	+2,9
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1661,6	+2,9	+3,7	+4,7	+1,9	+1,6
Privater Konsum	919,2	+1,9	+2,1	+2,8	+1,7	+1,1
Öffentlicher Konsum	273,0	+2,1	+2,4	+2,6	+1,9	+1,4
Brutto-Anlageinvestitionen	427,3	+2,3	+4,3	+4,3	+1,9	-0,2
Ausrüstungen	171,2	+6,1	+7,7	+8,3	+6,7	+2,2
Bauten	231,5	-0,2	+0,1	+1,7	-0,4	-1,7
Mehrwertsteuer für Investitionen	24,7					
Lagerveränderung und Statistische Differenz	42,1					

1) Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldol) – 2) Ohne Transitverkehr

Erhöhung des Investitionsfreibetrags auf 30%. Auch im II. Quartal vertrauten sie noch auf die Konjunkturbelebung, ab Jahresmitte hielten sie jedoch mit neuen Investitionen deutlich zurück. Auch die Bautätigkeit wies, abgesehen von Behinderungen durch ungünstiges Wetter, noch schwach aufwärts, zur Jahresmitte ging der lange Aufschwung in dieser Branche jedoch zu Ende.

KONSUMAUSGABEN STÄRKER INS AUSLAND VERLAGERT

Vergleichsweise beständig wuchs der private Verbrauch. Im Vertrauen auf eine weitere Belebung der Konjunktur waren für 1995 höhere Verdienststeigerungen vereinbart worden als ein Jahr zuvor, und auch die Beschäftigung nahm zunächst zu. Zwar dämpfte – nach der Steuerentlastung 1994 – der Progressionseffekt die verfügbaren Einkommen wieder, doch stärkten andererseits stabilere Verbraucherpreise die persönliche Kaufkraft. Für das gute Konsumklima spricht nicht nur, daß die Haushalte nun etwas weniger sparen, sondern auch daß sie die Einkommensgewinne in hohem Maß für Fernreisen ausgaben. Der Wegfall der Grenzkontrollen und die Abwertungen von Dollar, Lira und Peseta regten auch zu Warenkäufen im Ausland an. Dem inländischen Einzelhandel ging so Umsatz verloren, er konnte am Konsumwachstum nur wenig teilhaben. Erst gegen Jahresende veranlaßte die sich verschärfende budgetpolitische Diskussion die Haushalte zu größerer Kaufzurückhaltung.

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion

	1991	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real				
Privater Konsum	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,5	+ 1,9
Öffentlicher Konsum	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,1
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 6,3	+ 1,7	- 1,6	+ 6,8	+ 2,3
Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 6,5	- 3,6	- 8,2	+ 8,8	+ 6,1
Bauten netto ¹⁾	+ 6,0	+ 5,8	+ 2,9	+ 5,6	- 0,2
Inländische Endnachfrage	+ 3,7	+ 2,4	+ 0,5	+ 3,6	+ 2,0
Lagerbildung	(A) - 0,5	- 0,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,9
	(B) 19,6)	18,7)	112,6)	127,2)	142,1)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 3,2	+ 2,3	+ 0,7	+ 4,5	+ 2,9
Exporte i w S	+ 5,8	+ 1,2	- 1,6	+ 5,2	+ 5,0
Importe i w S	+ 6,4	+ 1,8	- 0,7	+ 8,2	+ 7,1
Außenbeitrag	(A) - 0,3	- 0,3	- 0,4	- 1,5	- 1,2
Brutto-Inlandsprodukt	+ 2,8	+ 2,0	+ 0,4	+ 3,0	+ 1,8
Industrie ²⁾	+ 1,3	+ 0,3	- 3,7	+ 4,2	+ 3,6
Primärsektor	- 2,3	- 5,3	- 0,6	+ 2,3	- 1,6
Sekundärsektor	+ 3,2	+ 1,7	- 1,0	+ 3,9	+ 2,7
Tertiärsektor	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,5

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten
(B) Mrd. S zu Preisen von 1983 - ¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer - ²⁾ Wertschöpfung, real

Der öffentliche Konsum stieg 1995 mit real gut +2% kaum schwächer als im Vorjahr, die Dynamik ließ sich nicht im erwarteten Ausmaß bremsen. Die beabsichtigten Sparmaßnahmen im Personalaufwand wurden im ersten Ansatz nur teilweise verwirklicht, obwohl der große Andrang zur Frühpension, der sich auch auf den öffentlichen Dienst erstreckte, dies erleichtert hätte.

Insgesamt brachte das Jahr 1995 einen überraschenden und deutlichen Abschwung von Nachfrage und Produktion. Hatte das Brutto-Inlandsprodukt im 1. Halbjahr (saisonbereinigt, gegenüber der Vorperiode) noch um mehr als 1% expandiert, so schrumpfte es ab Jahresmitte leicht. Im Jahresdurchschnitt fiel das Wirtschaftswachstum mit rund 1,4% um mehr als 1 Prozentpunkt geringer aus als im Vorjahr und blieb auch unter dem EU-Durchschnitt von 2,1%.

HÖHERES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT

Obwohl der Warenexport über das gesamte Jahr zugkräftig blieb, ging das außenwirtschaftliche Gleichgewicht 1995 verloren. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich auf mehr als das Doppelte des Vorjahres, mit rund 47 Mrd. S entsprach es 2% des BIP. Die stärkere Öffnung des Inlandsmarktes nach dem EU-Beitritt und die zunächst rege Investitionsnachfrage – mit hohem Importgehalt – ließen eine Verbesserung der Handelsbilanz kaum zu. Infolge der deutlichen Verlagerung auch der privaten Konsumausgaben ins Ausland und des neuerlichen Rückgangs der Zahl ausländischer Gäste nahm der traditionelle Einnahmenüberschuß im Reiseverkehr weiter ab. Binnen zwei Jahren ist er auf weniger als die Hälfte gesunken (1995 knapp 28 Mrd. S). Schließlich belasteten erstmals Österreichs Nettobeiträge zum EU-Budget die Transferbilanz mit 13 Mrd. S.

Statistische Probleme erschweren Konjunkturbeobachtung

An dieser Stelle veröffentlicht das WIFO traditionell eine erste Schätzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das abgelaufene Jahr. Heuer ist dies nicht möglich, und auch in der nächsten Zukunft wird eine VGR in der gewohnten Form nicht vorliegen können. Neben vielen anderen Problemen sind dabei folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- Beginnend mit dem Berichtsjahr 1995 ist die Außenhandelsstatistik weitgehend ausgefallen. Damit können Größen, die für die Konjunkturbeobachtung und Konjunkturprognose von grundlegender Bedeutung sind, wie etwa die volkswirtschaftlichen Investitionen und der private Konsum, nicht mehr konsistent berechnet werden.
- Die Industrie- und Gewerbestatistik wurde zur Jahreswende 1995/96 vollkommen umgestellt. Die Konjunkturstatistik im produzierenden Bereich verwendet nun andere Erhebungsmassen, -inhalte und -vorgänge sowie andere Gliederungen. Zumindest bis Ende 1996 hindurch werden keine unterjährigen Vorjahresvergleiche möglich sein.
- Die Bereichszählung 95, deren Bedeutung als Schnittstelle zwischen altem (österreichischer) und neuem (EU-Normen entsprechender) statistischem System nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, wird voraussichtlich im Zuge von Einsparungsmaßnahmen ausfallen.

Damit ist das WIFO erstmals nicht in der Lage, eine erste Jahresrechnung für das abgelaufene Jahr in vollständiger und abgestimmter Form vorzulegen. Ebenso wird im Juni 1996 eine Quartalsrechnung in der bisher gewohnten Form nicht zu erstellen sein: Nicht nur die Verwendungsseite fällt aus, auch für die wichtigsten Teile der Entstehungsrechnung werden keine ausreichenden Informationen zur Verfügung stehen.

Generell ist in den nächsten Jahren mit schweren Turbulenzen im Gesamtsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie in vielen Einzelaggregaten zu rechnen. Auf Jahre hinaus wird die Wirtschaftsforschung und damit die österreichische Wirtschaftspolitik mit erheblichen technischen Schwierigkeiten und großen Datenunsicherheiten zu kämpfen haben.

SCHWÄCHERE NACHFRAGE NACH ARBEITSKRÄFTEN AUCH IM DIENSTLEISTUNGSSEKTOR

Die Trübung der Konjunktur hinterließ deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Schon im Frühjahr, bei den ersten Anzeichen des Abschwungs, setzte in der Industrie der nur vorübergehend unterbrochene Personalabbau wie-

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	1995		1995					
	Zu Preisen von 1983	Ø	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	Qu	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in % real						
Land- und Forstwirtschaft	43,3	- 3,0	- 5,3	- 1,5	- 4,0	- 1,8		
Bergbau	5,4	+ 11,4	+ 5,4	+ 18,2	+ 15,0	+ 6,9		
Sachgüterproduktion	435,1	+ 3,4	+ 6,2	+ 4,9	+ 3,1	- 0,2		
Industrie	326,7	+ 3,6	+ 7,1	+ 5,2	+ 3,3	- 0,6		
Gewerbe	108,4	+ 2,7	+ 3,6	+ 4,0	+ 2,5	+ 0,7		
Energie- und Wasserversorgung	54,9	+ 4,8	+ 2,6	+ 2,9	+ 9,6	+ 4,9		
Bauwesen	122,3	- 0,7	- 0,4	+ 1,2	- 0,9	- 2,1		
Handel ¹⁾	266,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,4	- 1,1	- 0,8		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	113,9	+ 2,9	+ 4,9	+ 3,8	+ 1,7	+ 1,6		
Vermögensverwaltung ²⁾	237,5	+ 2,6	+ 0,8	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,1		
Sonstige private Dienste ³⁾	73,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7		
Öffentlicher Dienst	196,5	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2		
Rohwertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1 549,1	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 0,4		
Minus imputierte Bankdienstleistungen	90,5	+ 1,1	- 1,5	+ 3,4	+ 1,5	+ 1,0		
Importabgaben und Mehrwertsteuer	138,7	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,1		
Brutto-Inlandsprodukt	1 597,2	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,3		
Ohne Land- und Forstwirtschaft	1 553,9	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,6	+ 0,4		

¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. - ²⁾ Banken und Versicherungen. Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste. - ³⁾ Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbsscharakter und häusliche Dienste

der ein. Ähnlich rasch reagierten die Bauunternehmen. Auch bisher „geschützte“ Sparten des Dienstleistungssektors – wie Handel, Banken, Versicherungen – geraten im europäischen Binnenmarkt unter größeren Wettbewerbs- und Rationalisierungsdruck und disponieren ihren Personaleinsatz entsprechend vorsichtiger. Im öffentlichen Dienst ist unter dem Druck der akuten Budgetprobleme der Aufbau der Beschäftigungskapazität zu Ende gegangen; freiwerdende Dienstposten werden nur teilweise nachbesetzt. Um die Jahresmitte 1995 sank die Zahl der Beschäftigten erstmals seit dem Ende der letzten Rezession unter das Vorjahresniveau; bis Jahresende vergrößerte sich der Rückstand auf über 30.000 bzw. 1%. Frühpensionierungen erleichterten den Personalabbau; der schon bisher hohe Andrang in den vorzeitigen Ruhestand wurde nun durch die schwelende Debatte über eine Kürzung bzw. restriktivere Gewährung noch verstärkt, was seinerseits das Arbeitskräfteangebot entlastete. Dennoch stieg ab dem Frühjahr die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen, gegen Jahresende deutlich beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote laut herkömmlicher Berechnung 6,6%, nach internationalen Maßstäben (EU-Definition) 3,8%

**SCHÄRFERER WETTBEWERB
VERLANGSAMT PREISAUFTRIEB**

Der Preisauftrieb ließ 1995 auf allen Ebenen – Erzeuger, Handel, Konsumenten – merklich nach. Maßgebend hierfür war einerseits der EU-Beitritt mit der Anpassung der Agrarpreise und stärkerem Wettbewerb im Handel, andererseits Stabilitätsvorteile im Import durch die effekti-

Das Volkseinkommen und seine Verteilung 1995

	Zu laufenden Preisen	Veränderung gegen das Vorjahr
	Mrd. S	In %
Brutto-Inlandsprodukt	2 352,4	+ 4,0
Faktoreinkommen aus dem/an das Ausland	- 7,3	.
Brutto-Nationalprodukt	2 345,1	+ 4,0
Minus Abschreibungen	306,8	+ 6,3
Netto-Nationalprodukt	2 038,3	+ 3,6
Minus indirekte Steuern	333,7	- 9,3
Minus indirekte Steuern an die EU	18,3	.
Plus Subventionen	62,9	+ 2,9
Volkseinkommen	1 749,2	+ 5,4
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit	1 227,0	+ 3,8
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung und unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	614,8	+ 7,9
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung	53,5	.
Minus Zinsen für die Staatsschuld	102,3	.
Minus Zinsen für Konsumentenschulden	43,8	.

ve Höherbewertung des Schillings und schließlich die im Konjunkturabschwung abflauende Nachfrage. Nahrungsmittel wurden schon im 1. Halbjahr billiger, obwohl die EU-Preisvorteile erst nach und nach an die Verbraucher weitergegeben wurden. Gegen Jahresmitte gaben die Preise von Schuhen und Bekleidung nach, auch unter dem Eindruck der Abwertung der italienischen Lira. Im Herbst erstreckte sich schließlich die Preisdämpfung auch auf andere Industriewaren. Unvermindert kräftig blieb die Teuerung für Dienstleistungen, jene von Mieten und anderen Wohnungskosten beschleunigte sich auf über 8% im Herbst (gegenüber dem Vorjahr). Energieträger wurden 1995 im Import neuerlich billiger, für die Verbraucher wurde dies allerdings wegen einer weiteren Erhöhung der Mineralölsteuer kaum wirksam.

Der Verbraucherpreisindex (ohne Saisonwaren) stieg in den ersten drei Monaten des Jahres noch um 1,2% ge-

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1991	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Arbeitsmarktangebot					
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 2,1	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	- 0,3
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0
Arbeitslosenquote in %	5,8	5,9	6,8	6,5	6,6
Arbeitsmarktnachfrage					
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,7	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,3
Unselbständig Beschäftigte lohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+ 2,0	+ 0,8	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0
Industriebeschäftigte	- 1,1	- 3,5	- 6,5	- 3,6	- 1,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 22,4	+ 2,8	+ 1,3	+ 4,9	+ 3,2
Geleistete Arbeitszeit in der Industrie	- 1,0	+ 0,1	- 0,2	+ 1,2	- 0,6
Erwerbsquote (brutto) ⁴⁾ in %	46,0	46,1	45,9	45,7	45,4
Erwerbsquote ⁵⁾ in %	68,0	68,3	68,0	67,8	67,4
Arbeitsstückkosten					
Gesamtwirtschaft ⁶⁾	+ 5,6	+ 4,5	+ 3,8	+ 0,5	+ 1,9
Industrie	+ 2,2	+ 3,8	+ 0,9	- 3,6	- 0,9
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 2,1
Industrieproduktion je Industriebeschäftigten	+ 2,9	+ 2,5	+ 4,3	+ 8,9	+ 5,7

¹⁾ Unselbständige lohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld + Selbständige + Arbeitslose - ²⁾ Unselbständige lohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld + Arbeitslose. - ³⁾ Selbständige + Unselbständige (laut Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). - ⁴⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. - ⁵⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. - ⁶⁾ Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit in % des BIP real

Preise und Einkommen

	1991	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Verbraucherpreise	+ 3,3	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,2
Deflator des Brutto-Inlandsproduktes	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1
Exportpreise Waren	- 0,7	- 0,8	- 0,8	+ 0,9	+ 1,0
Importpreise Waren	+ 0,3	- 0,9	- 0,5	+ 0,9	+ 0,5
Erzeugerpreise Industrie	- 0,7	+ 1,4	- 1,8	+ 0,7	+ 0,9
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis ¹⁾)	- 10,5	- 6,8	- 4,6	+ 0,5	- 2,8
Terms of Trade					
Waren und Dienstleistungen	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	- 0,3
Waren	- 1,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme ²⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 8,7	+ 6,4	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,8
Je Beschäftigten	+ 6,5	+ 5,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,8
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 6,9	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,3	+ 4,0
Sparquote ³⁾ in %	14,1	12,6	12,2	13,6	13,4

¹⁾ HWWA-Index. – ²⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. – ³⁾ Sparen (verfügbares persönliches Einkommen minus privater Konsum) in % des verfügbaren persönlichen Einkommens

gegenüber der Vorperiode, im IV Quartal sank er um 0,8%. Im Jahresdurchschnitt ging die Inflationsrate von 3% im Jahr 1994 auf 2,2% zurück. Sie blieb damit um fast 1 Prozentpunkt unter dem EU-Mittelwert und hätte so das entsprechende Stabilitätskriterium des Vertrags von Maastricht erfüllt.

Der EU-Beitritt und seine Folgen sowie der Fortschritt im Transformationsprozeß Ost-Mitteleuropas stellten auch Österreichs Wirtschaftspolitik auf die Probe. Dem schärferen Wettbewerb bei geöffneten Grenzen muß vor allem die Lohn- und Einkommenspolitik Rechnung tragen. Die Lohnabschlüsse vom Herbst 1994 – bei noch optimistischen Konjunkturerwartungen – beschleunigten den Anstieg der Pro-Kopf-Verdienste mäßig. Nur in der Industrie konnten die zusätzlichen Kosten durch Rationalisierung neutralisiert werden, in den anderen Wirtschaftszweigen stiegen die Lohnstückkosten um über 2% (im Durchschnitt), zu Lasten der Verkaufspreise oder der Unternehmenserträge. Rationalisierungs- bzw. Produktivitätsfortschritt bedeutet andererseits sparsameren Personaleinsatz und verschärft potentiell (zumindest kurzfristig) das Problem der Arbeitslosigkeit.

STEIGENDER EFFEKTIVER SCHILLINGKURS – SINKENDE ZINSEN

Als zusätzliche Belastung der preisbestimmten Konkurrenzfähigkeit erwies sich die Schwäche des Dollars und der südeuropäischen Währungen. So erhöhte sich der effektive Wechselkurs des Schillings im Durchschnitt 1995 um nahezu 4%, und selbst unter Berücksichtigung der hohen internen Preisstabilität betrug der reale Aufwertungseffekt mehr als 3%. Ursprünglich bedeuteten die Wechselkursverschiebungen vom März eine noch größere Exporthürde, sie wurde allerdings im weiteren Jahresverlauf teilweise wieder abgebaut.

Für die Geld- und Währungspolitik blieb die enge Bindung des Schillings an die DM die Richtschnur. Sie hat

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1991	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Exporte Waren					
Nominell	+ 2,8	+ 1,8	- 4,2	+ 9,7	+ 9,2
Real	+ 3,5	+ 2,6	- 3,4	+ 8,7	+ 8,1
Importe Waren					
Nominell	+ 6,4	+ 0,3	- 4,9	+ 11,3	+ 7,5
Real	+ 6,1	+ 1,2	- 4,4	+ 10,3	+ 6,8
Terms of Trade	- 1,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5
Handelsbilanz	Mrd. S	- 112,9	- 106,4	- 97,7	- 116,4
in % des BIP	- 5,9	- 5,2	- 4,6	- 5,1	- 4,9
Leistungsbilanz ¹⁾	Mrd. S	0,8	- 1,6	- 8,2	- 20,6
in % des BIP	0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,9	- 2,0

Q: OeNB. WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 1995 vorläufig revidierte Werte

in langjähriger Übung hohe internationale Glaubwürdigkeit erlangt und sichert Österreich Preisstabilität und vergleichsweise niedrige Zinsen. So nahm die Oesterreichische Nationalbank – im Einklang mit der Deutschen Bundesbank – im Laufe des Jahres 1995 mehrfach die Leitzinsen zurück. Der Diskontsatz sank über 12 Monate von 4½% auf zuletzt 3%. Auf dem Rentenmarkt verringerte sich die durchschnittliche Anleiherendite im gleichen Zeitraum von über 7% auf unter 6%. Das Vertrauen der Finanzmärkte in den Schilling blieb trotz unbewältigter Budgetprobleme und auch in der sich darüber zuspitzenden politischen Debatte erhalten: Die Zinsen wichen in Österreich kaum von den entsprechenden Sätzen in Deutschland ab.

STEIGENDES DEFIZIT DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Die Staatsfinanzen entwickelten sich auch 1995 ungünstig. Das Defizit im Bundeshaushalt überschritt den Voranschlag (99 Mrd. S.) neuerlich erheblich und erreichte (nach vorläufiger Rechnung) 118 Mrd. S.. Auch die Haushaltslage von Ländern und Gemeinden verschlechterte sich. Ursachen waren – wie schon zuvor – infolge früherer Leistungsverbesserungen höhere Sozialausgaben als präliminiert, unerwartet hohe Mindereinnahmen aufgrund der Steuerentlastung 1994 sowie aufgrund geplanter, aber nicht realisierter Vermögensverkäufe und schließlich die Abschwächung der Konjunktur. Die Beiträge zum EU-Haushalt und die mit dem Beitritt zusammenhängenden Ausgleichszahlungen traten als neue Aufwandsposten hinzu. Die Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte stieg so von rund 4½% auf über 6% – eine Entwicklung, die nicht nur den Handlungsspielraum der Budgetpolitik weiter einengte, sondern Österreich von den fiskalpolitischen Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags weiter abdriften ließ. Die Konsolidierung geriet dadurch im Hinblick auf den Terminplan zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion unter erheblichen Zeitdruck. In den Regierungsverhandlungen zur Erstellung eines Bundesvoranschlags für 1996 konnten Auffassungsunterschiede zwi-

schen den Koalitionsparteien über das Ausmaß des Konsolidierungsbedarfs und die gebotenen Maßnahmen zu seiner Bedeckung nicht überbrückt werden und führten schließlich zum vorzeitigen Ende der Legislaturperiode und zu Neuwahlen zum Nationalrat am 17. Dezember 1995

Statistik: Waltraud Popp, Martha Steiner

GELDPOLITISCHE LOCKERUNG KANN KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG NICHT VERHINDERN

Die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten war 1995 von den Folgen der in den vorangegangenen Jahren verzeichneten Wechselkurs-turbulenzen im Europäischen Währungssystem und einer Politik weiterer Zinssenkungsschritte durch die Notenbanken geprägt. Dabei wurde die geldpolitische Lockerung von einer immer deutlicheren Konjunkturabschwächung in Europa vorangetrieben.

Parallel dazu schwenkte jedoch die Geldpolitik der USA auf einen zunehmend zurückhaltenden Kurs ein, je mehr der Erfolg der angestrebten Wachstumsstabilisierung tatsächlich realisiert werden konnte. Hingegen setzte die japanische Notenbank ihren Kurs einer forcierten Gegensteuerung zur anhaltenden Konjunkturkrise fort; er war in der zweiten Jahreshälfte von ersten Anzeichen einer leichten Belebung begleitet.

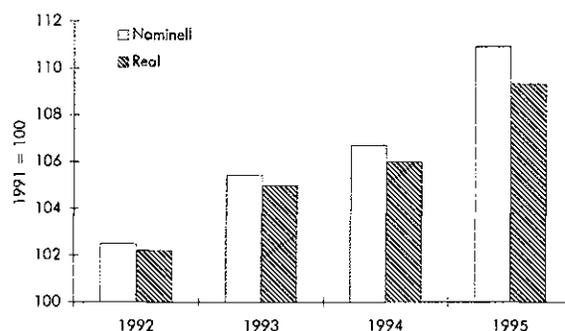
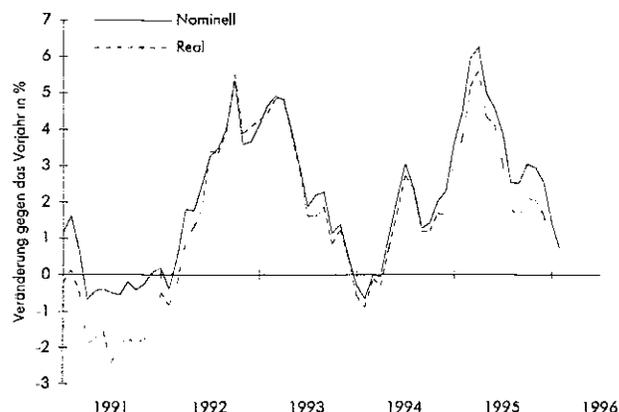
HÖCHSTE REAL-EFFEKTIVE AUFWERTUNG DES SCHILLINGS SEIT 1987

Im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren verlief die Entwicklung auf den Devisenmärkten 1995 vergleichsweise ruhig. Allerdings kamen die Effekte der Wechselkurs-turbulenzen ökonomisch erst 1995 voll zur Wirkung. Interessanterweise hatte der De-facto-Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems eine weitgehende Stabilisierung der Wechselkursentwicklung zur Folge

Von wesentlicher Bedeutung dafür war die Kursentwicklung des US-Dollars, die im April 1995 mit 9,7 S ihren Tiefpunkt erreichte. Bis Februar 1996 stieg der Dollarkurs wieder um mehr als 6% auf rund 10,3 S. Dadurch verringerten sich der Druck auf die DM und die Spannungen im EWS. Unter den traditionell schwachen europäischen Währungen wertete im selben Zeitraum etwa die Lira um mehr als 15% auf.

Gemessen am Jahresdurchschnitt errechnen sich 1995 für die italienische Lira (-12,5%) und den Dollar (-11,7%) gegenüber dem Schilling trotz dieser Kurskorrekturen massive Abwertungseffekte. Illustriert wird das Ausmaß der Wechselkursbelastung insbesondere dadurch, daß

Effektiver Wechselkursindex des Schillings



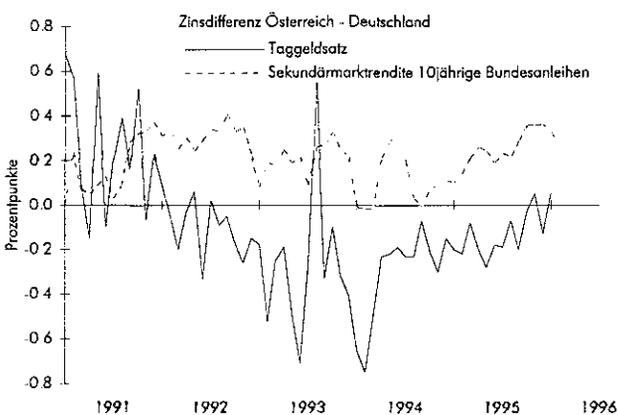
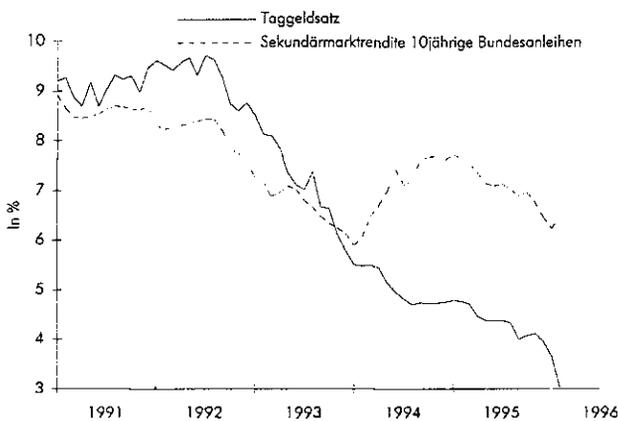
von allen im Wechselkursindex des Schillings vertretenen Währungen lediglich zwei – der Schweizer Franken und die Finnmark – gegenüber dem Schilling leicht an Wert gewannen

Im effektiven Wechselkursindex des Schillings schlugen sich diese bilateralen Kursentwicklungen mit nominell-effektiv +3,9% bzw. real-effektiv +3,2% als die stärksten Aufwertungseffekte seit 1987 nieder. Verschärft wird diese Situation durch die kumulativen Wirkungen einer nun bereits das vierte Jahr anhaltenden Aufwertungsphase. In Summe ist der Schilling heute nominell-effektiv um nicht ganz 11% und real-effektiv um 9,3% höher bewertet als 1991.

GELDMARKTSATZ SINKT AUF DEN NIEDRIGSTEN WERT DER LETZTEN ZEHN JAHRE

Bedingt durch die spezifischen Rahmenbedingungen von Konjunktur und Wechselkurspolitik verlief die Entwicklung des Zinsniveaus in Europa und den USA deutlich unterschiedlich. Während in Europa der von der Deutschen Bundesbank vorgegebene Zinssenkungstrend seit vier Jahren anhält, erhöhte in den USA die Federal Reserve noch Anfang des Jahres den Diskontsatz auf 5¼%. Zusammen mit der niedrigen Bewertung des Dollars erschwerte das steigende Zinsniveau in den USA eine expansivere geldpolitische Strategie der europäischen Notenbanken.

Zinsentwicklung in Österreich



Immerhin setzte die Deutsche Bundesbank drei weitere Zinssenkungsschritte im Ausmaß von insgesamt $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkten. Mit 3% liegt der deutsche Diskontsatz heute auf dem niedrigsten Niveau seit 1988. Im selben Ausmaß reduzierte auch die Oesterreichische Nationalbank den Diskontsatz von $4\frac{1}{2}\%$ auf 3%. Der Zinssatz für kurzfristige Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte (GOMEX) wurde 1995 in insgesamt sieben Schritten von 4,7% auf $3\frac{3}{4}\%$ sowie im Jänner 1996 auf 3,65% und im Februar 1996 weiter auf $3\frac{1}{2}\%$ gesenkt. Gleichzeitig bot die OeNB Offenmarktgeschäfte als Mengentender zu einem Fixzinssatz von 3,3% an.

Im Jahresdurchschnitt 1995 lag der Taggeldsatz mit 4,36% erstmals seit sieben Jahren wieder unter 5%. Über die geldpolitisch getragene Zinssteuerung hinaus drückt sich in der Entwicklung des österreichischen Taggeldsatzes im Jahresverlauf eine anhaltend hohe Liquidität des Geldmarktes aus. Trotz wirtschaftspolitischer Unsicherheiten lag der Taggeldsatz bereits das vierte Jahr in Folge unter dem deutschen Niveau (4,5%).

Auch auf dem Wertpapiermarkt sanken die Renditen im Jahresverlauf um mehr als 1 Prozentpunkt; das bedeutete jedoch im wesentlichen nur eine Korrektur des im Gefolge der Entwicklung in den USA 1994 international verzeichneten langfristigen Zinsanstiegs. Im Jahres-

durchschnitt lag die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen mit einer Laufzeit von neun bis zehn Jahren mit 7,1% sogar geringfügig über dem Vorjahreswert (7,0%).

Insgesamt bewirkte die Zinsentwicklung des Jahres 1995 eine merklich steilere Yield Curve. Zu diesem Effekt dürften auch gewisse Rigiditäten des langfristigen nominalen Zinsniveaus nach unten beigetragen haben. So ist es in Deutschland trotz expansiver Geldpolitik nicht gelungen, die Sekundärmarktrendite nachhaltig unter die 6%-Marke zu drücken. Sowohl zum Jahreswechsel 1993/94 als auch zu Jahresbeginn 1996 reagierten die Märkte unmittelbar mit einem deutlichen Kursrückgang für Rentenwerte.

REISEVERKEHR UND EU-TRANSFERS ALS STRUKTURKOMPONENTEN WACHSENDE LEISTUNGSBILANZPROBLEME

Die österreichische Leistungsbilanz verzeichnete 1995 in vorläufig revidierter Rechnung ein Defizit von 47,3 Mrd. S. Damit hat sich der Abgang gegenüber dem Vorjahr (-22,3 Mrd. S.) mehr als verdoppelt und erreichte rund 2% des BIP. Der kumulierte Devisenabfluß seit 1993 beträgt mehr als 76 Mrd. S. Wesentlichste Ursachen des steigenden Leistungsbilanzdefizits sind Strukturentwicklungen im Bereich des Reiseverkehrs und der Transferbilanz.

Die Transferbilanz stand 1995 erstmals unter dem Einfluß der Zahlungsstransaktionen mit der EU: Zahlungen Österreichs an den EU-Haushalt von 23 Mrd. S. standen realisierte Rückflüsse von 10 Mrd. S. gegenüber. Der damit verbundene Nettoeffekt eines Devisenabgangs von rund 13 Mrd. S. schlug sich in vollem Ausmaß auch in einer Passivierung der Transferbilanz nieder.

In der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zahlungsströme im Reiseverkehr setzte sich die Passivierungstendenz fort. Mit 29,5 Mrd. S. blieb der Überschuß um mehr als 14 Mrd. S. hinter dem Vorjahresergebnis zurück (-32,5%); der vorläufig revidierte Reiseverkehrsüberschuß ist nun um nicht ganz 60% niedriger als 1992. Zu nahezu zwei Dritteln geht die Verschlechterung in diesem Zeitraum auf die Zunahme der Reiseverkehrsimporte durch vermehrte Auslandsreisen der Österreicher und steigende Direktimporte zurück. Während diese Devisenausgänge in den letzten drei Jahren um insgesamt 28,5% zugenommen haben, verminderten sich die Einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr lediglich um 9,4%.

Besonders 1995 trugen zur Dynamik der Devisenausgänge die von der Aufwertung des Schillings – vor allem gegenüber der Lira – begünstigten Warendirektimporte bei. Nach Erhebungen der Oesterreichischen Nationalbank entfällt rund die Hälfte der Zunahme der

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Kapitalbilanz

	1991	1992	1993	1994	1995	1991	1992	1993	1994	1995
	Mrd S					Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd S				
Leistungsbilanz	0,8	- 1,6	- 8,2	-20,6	-47,3	-12,8	- 2,4	- 6,6	-12,4	-25,0
Langfristiger Kapitalverkehr	-24,4	7,9	75,3	9,3	79,3	-14,2	+32,3	+67,4	-66,0	+68,5
Kapitalanlagen im Ausland	-74,0	-72,4	-47,9	-71,9	-95,8	-17,1	+ 1,6	+24,5	-24,0	-24,1
Direktinvestitionen	-15,0	-20,6	-17,1	-13,7	-10,6	+ 3,9	-5,5	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,7
Festverzinsliche Wertpapiere	-18,4	-27,7	-14,0	-39,0	-23,8	- 3,8	- 9,3	+13,7	-25,0	+14,9
Aktien und Investmentzertifikate	- 1,5	- 1,5	- 6,3	- 9,1	- 5,0	+ 3,6	- 0,0	- 4,8	- 2,8	+ 3,8
Kredite	-31,6	-13,1	- 2,0	- 8,8	-24,4	-13,8	+18,5	+11,2	- 6,9	-15,7
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	49,6	80,3	123,2	81,2	175,1	+ 2,9	+30,7	+43,0	-42,0	+92,6
Direktinvestitionen	4,2	10,3	11,4	15,0	5,3	- 3,2	+ 6,1	+ 1,1	+ 3,6	- 9,7
Wertpapiere	30,6	65,4	106,0	35,2	118,7	+ 3,5	+34,7	+40,7	-70,9	+83,8
Aktien und Investmentzertifikate	2,4	2,5	13,8	15,2	11,5	- 5,7	+ 0,1	+11,3	+ 1,4	- 3,6
Kredite	0,9	- 0,4	3,4	7,8	19,5	+11,1	- 1,3	+ 3,8	+ 4,5	+10,1
Kurzfristiger Kapitalverkehr	24,8	13,2	-34,9	24,4	-21,6	+15,9	-11,6	-48,0	+59,2	-42,8
Kapitalanlagen im Ausland	13,5	-56,0	-54,0	-36,8	-56,3	+18,9	-69,6	+ 2,1	+17,2	-18,9
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	11,3	69,2	19,1	61,2	34,7	- 3,1	+57,9	-50,1	+42,1	-23,8
Lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr	0,4	21,1	40,5	33,7	57,7	+ 1,7	+20,6	+19,4	- 6,8	+25,7
Veränderung der Währungsreserven	10,3	30,0	34,2	5,5	20,1	+14,0	+19,6	+ 4,2	-28,7	+14,6

Q: OeNB 1995: Vorläufig revidierte Daten

Reiseverkehrausgaben um 10 Mrd S auf zusätzliche Wareneinkäufe. Auch wenn sich der Abgang in den Wareneinkäufen gegenüber dem Vorjahr um fast 9 Mrd. S verbessert hat, bleibt das Defizit in den österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen in den nächsten Jahren ein Problem.

Von den internationalen Finanzmärkten wurde diese Entwicklung freilich bisher in keiner Weise als problematisch erachtet. Die Kapitalbilanz war gekennzeichnet von einem verstärkten Zufluß langfristiger Finanzierungsmittel verbunden mit einer liquiditätsbedingten Umschichtung vom kurzfristigen zum langfristigen Kapitalverkehr. Hauptverantwortlich für den vermehrten Kapitalzufluß im langfristigen Kapitalverkehr war der verstärkte Auslandsabsatz inländischer festverzinslicher Wertpapiere, während die Käufe ausländischer Wertpapiere durch Österreicher deutlich unter dem Vorjahresniveau blieben. Der auffällige Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen in Österreich um nicht ganz 10 Mrd. S geht zu einem wesentlichen Teil auf rein rechtliche Umschichtungen im Holdingbesitz an österreichischen Unternehmen zurück.

Die offiziellen Währungsreserven nahmen trotz des höheren Leistungsbilanzdefizits mit +20,1 Mrd. S erheblich stärker zu als im Vorjahr (+5,5 Mrd. S). Zu Jahresende betrug der Bestand 238,2 Mrd. S, bis Ende Februar 1996 stieg er auf 255,4 Mrd. S. Davon entfallen 26,8 Mrd. S auf die mit dem EU-Beitritt entstandenen Forderungen gegenüber dem Europäischen Währungsinstitut.

KONJUNKTURBEDINGT SCHWÄCHERES WACHSTUM DER BILANZSUMME DES BANKENSYSTEMS

Die durchschnittliche Bilanzsumme des österreichischen Bankensystems wuchs mit +5,5% 1995 etwas langsamer

als in den zwei Jahren zuvor¹⁾. Besonders schwach entwickelte sich das Auslandsgeschäft, während die Direktkredite an inländische Nichtbanken – vor allem die Schillingkredite – stärker als im Vorjahr expandierten. Das ist teilweise auf eine Substitution zu Lasten der titrierten Kreditgewährung zurückzuführen, deren Wachstumsrate sich gegenüber 1994 halbiert hat.

Die wesentlichen Komponenten der Mittelaufbringung des Bankensystems entwickelten sich fast durchgehend schwächer. Vor allem die Spareinlagen wiesen mit +3,9% den bisher geringsten Zuwachs in den neunziger Jahren auf. Dank ihrer im Vergleich zum Marktzinsniveau günstigen Rendite expandieren lediglich die Bauspareinlagen (+8,2%) nun bereits das dritte Jahr mit einer sehr hohen Rate. Zusammen mit der wachsenden Zinsdifferenz zwischen Geld- und Kapitalmarkt bewirkte der Rückgang des Zinsniveaus eine Polarisierung im Anlegerverhalten. Während – unterstützt von einer mit schwächerem Wirtschaftswachstum zunehmenden Liquiditätspräferenz – Sicht- und Termineinlagen mit zweistelligen Raten zunahmen, hielt gleichzeitig auch die Nachfrage nach Wertpapieranlagen ihr hohes Niveau.

Die Oesterreichische Nationalbank weitete die erweiterte Geldbasis mit 5,4% erneut stärker aus als im Jahr zuvor. Zum überwiegenden Teil ging der damit verbundene expansive geldpolitische Impuls weiterhin von der Auslandskomponente aus (+11,5 Mrd. S), erstmals seit 1991 stieg jedoch auch die Inlandskomponente leicht (+0,8 Mrd. S). Die Geldmenge M3' – die ab nun in

¹⁾ Weil die Erhebung des Monatsausweises mit Berichtstermin Dezember 1995 an die neuen Rechnungslegungsvorschriften angepaßt wurde, können derzeit nur vorläufige Daten interpretiert werden. In vielen Teilbereichen ist darüber hinaus durch definitorische Veränderungen ein Vergleich mit den Vorjahren nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, eine Reihe detaillierterer Statistiken wird erst mit Verspätung verfügbar sein.

Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

	1993	1994	1995	1993	1994	1995
		Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Inländische Mittelaufbringung</i>						
Sichteinlagen	180,7	207,4	228,1	+ 9,9	+ 14,8	+ 10,0
Termineinlagen	114,1	101,3	111,4	- 17,1	- 11,2	+ 10,0
Spareinlagen	1 376,5	1 445,4	1 501,9	+ 6,7	+ 5,0	+ 3,9
Bauspareinlagen	140,7	154,3	167,0	+ 9,2	+ 9,7	+ 8,2
Eigene Inlandemissionen an Nichtbanken	553,0	621,2	676,3	+ 7,1	+ 12,3	+ 8,9
<i>Inländische Mittelverwendung</i>						
Direktkredite	2 148,4	2 227,0	2 353,4	+ 5,2	+ 3,7	+ 5,7
Fremdwährungskredite	105,8	115,7	127,3	+ 12,2	+ 9,4	+ 10,0
Schillingkredite	2 042,5	2 111,3	2 226,1	+ 4,9	+ 3,4	+ 5,4
Titrierte Kredite an inländische Nichtbanken	276,2	342,7	385,3	+ 5,4	+ 24,1	+ 12,4
<i>Auslandsgeschäft</i>						
Auslandsaktiva	989,3	1 061,2	1 107,7	+ 6,1	+ 7,3	+ 4,4
Auslandspassiva	1 086,5	1 121,9	1 162,0	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,6
Bilanzsumme	4 681,1	4 947,2	5 221,1	+ 6,0	+ 5,7	+ 5,5

Q: OeNB

einer neuen Abgrenzung einschließlich der Prämien-spareinlagen berechnet wird – wuchs 1995 mit + 4,7% trotz des nachlassenden Anstiegs der Spareinlagen praktisch mit derselben Rate wie in den zwei Jahren zuvor

NEUERLICHE VERSCHLECHTERUNG DER ERTRAGSLAGE

Die Integration der österreichischen Finanzmärkte in den europäischen Binnenmarkt intensivierte den Wettbewerb fühlbar. Dadurch verlagert sich auch im österreichischen Bankensystem das strategische Interesse zunehmend zur Rentabilitätsorientierung. Offensichtlich sind aber als Strukturdefizite erkannte Faktoren nur sehr schwer zu verändern. So setzte sich die im Vorjahr erreichte marginale Verringerung der Zahl der Bankfilialen 1995 nicht fort, und der Preiswettbewerb um Marktanteile in der Mittelaufbringung hält trotz Überliquidität an

Die Ertragslage des österreichischen Bankensystems (ohne Bausparkassen) wird von diesen Verhaltensweisen belastet. Zwar konnten die Betriebsaufwendungen mit 1,95% der Bilanzsumme stabilisiert werden, das Betriebsergebnis ging jedoch weiter auf 0,88% der Bilanzsumme zurück; es ist um mehr als 20% niedriger als 1993. Der ausgeprägte Rückgang um 0,23 Prozentpunkte geht ausschließlich auf eine Abnahme der Betriebserträge zurück, die zu etwas mehr als der Hälfte aus einem niedrigeren Netto-Zinsertrag stammt. Trotz gegenüber 1994 deutlich niedrigeren Marktzinssätzen ist es nicht gelungen, den Zinsaufwand für die Mittelaufbringung signifikant zu senken.

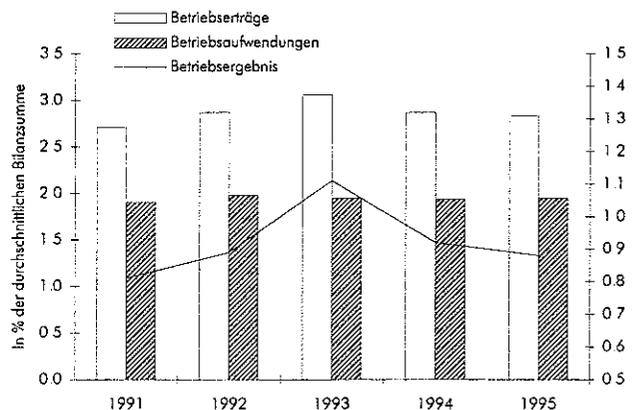
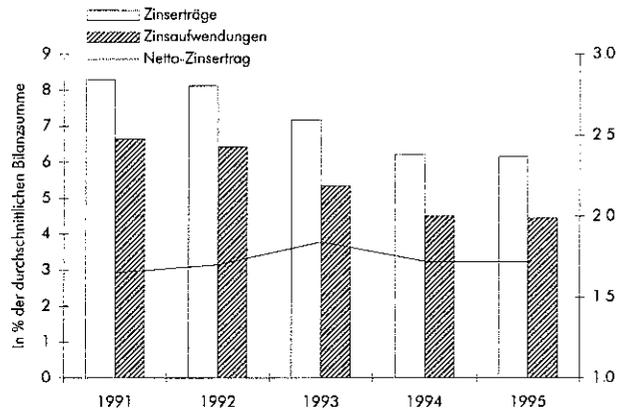
Auf der Kostenseite erreichte der Sachaufwand mit 0,56% der Bilanzsumme einen neuen Höchstwert. Hingegen stagnierte der Personalaufwand (1,05% der Bilanzsumme) und blieb unter dem Wert des Jahres 1992. Neben Struktureffekten im Bereich der Altersvorsorge

trug dazu ein leicht rückläufiger Beschäftigtenstand bei.

Insgesamt setzte sich die bis 1993 beobachtete Verbesserung der Ertragslage im Bankensystem nicht fort. Angesichts wachsender Risiken scheint die österreichische Kreditwirtschaft gerade in einer heiklen Phase zunehmenden internationalen Konkurrenzdrucks an Wettbewerbskraft verloren zu haben.

Ertragslage des Bankensystems

Ohne Bausparkassen



Entwicklung der österreichischen Kapitalmärkte

	1991	1992	1993	1994	1995
	Mrd. S				
Umlauf Rentenmarkt	944,5	1 009,5	1 152,7	1 277,1	1 401,0
Bund	372,6	413,8	480,4	548,0	616,0
Kreditinstitute	492,1	509,5	577,5	628,7	682,6
Fondsvermögen der Investmentfonds	161,4	171,3	222,1	255,7	332,9
Beteiligungsmarkt	273,4	242,3	340,6	331,1	322,8
Aktien ¹⁾	259,1	230,1	330,0	321,3	314,4
<i>Nachrichtlich: Aktienkursindex</i>	425,5	339,8	465,5	420,9	385,5
Partizipationsscheine ¹⁾	14,2	12,2	10,6	9,8	8,4
Kapitalmarkt insgesamt	1 379,2	1 423,2	1 715,4	1 864,0	2 056,7
	Anteile in %				
Umlauf Rentenmarkt	68,5	70,9	67,2	68,5	68,1
Bund	27,0	29,1	28,0	29,4	30,0
Kreditinstitute	35,7	35,8	33,7	33,7	33,2
Fondsvermögen der Investmentfonds	11,7	12,0	12,9	13,7	16,2
Beteiligungsmarkt	19,8	17,0	19,9	17,8	15,7
Aktien ¹⁾	18,8	16,2	19,2	17,2	15,3
Partizipationsscheine ¹⁾	1,0	0,9	0,6	0,5	0,4
Kapitalmarkt insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Umlauf Rentenmarkt	+ 7,1	+ 6,9	+ 14,2	+ 10,8	+ 9,7
Bund	+ 13,8	+ 11,1	+ 16,1	+ 14,1	+ 12,4
Kreditinstitute	+ 3,1	+ 3,6	+ 13,3	+ 8,9	+ 8,6
Fondsvermögen der Investmentfonds	+ 5,6	+ 6,2	+ 29,6	+ 15,1	+ 30,2
Beteiligungsmarkt	- 7,7	- 11,4	+ 40,5	- 2,8	- 2,5
Aktien ¹⁾	- 7,8	- 11,2	+ 43,4	- 2,6	- 2,2
<i>Nachrichtlich: Aktienkursindex</i>	- 20,2	- 20,1	+ 37,0	- 9,6	- 8,4
Partizipationsscheine ¹⁾	- 5,7	- 14,2	- 13,4	- 7,4	- 14,1
Kapitalmarkt insgesamt	+ 3,7	+ 3,2	+ 20,5	+ 8,7	+ 10,3

Q: OeNB, Börsekammer – ¹⁾ Kurswert börsennotierter Titel

SCHWACHER AKTIENMARKT – ATTRAKTIVE INVESTMENTFONDS

Der österreichische Rentenmarkt war von einer markanten Zunahme des Brutto-Emissionsvolumens um fast 50 Mrd. S auf 307,7 Mrd. S gekennzeichnet. Sie ist primär auf eine stärkere Inanspruchnahme des Marktes durch Kreditunternehmen zurückzuführen, während der Bund angesichts seines hohen Finanzierungsbedarfs die Emissionstätigkeit überraschend wenig ausweitete. Trotzdem fiel das Netto-Emissionsvolumen sogar leicht hinter den Vorjahreswert zurück. Deutlich stiegen 1995 neuerlich die Gesamtumsätze des Handels mit Rentenwerten; dafür waren substantielle Kursgewinne bei fallenden Renditen ausschlaggebend.

Die Aktienbörse konnte vom rückläufigen Zinsniveau kaum profitieren, der Aktienkursindex der Börsekammer ging neuerlich um 8,4% zurück. Angesichts des ungünstigen Börsenklimas wurden nur vereinzelt Neuemissionen getätigt, die jedoch auf dem Markt als durchaus attraktiv eingeschätzt wurden.

Eine Gesamtzusammenstellung der wichtigsten Kapitalmarktsegmente wird 1995 eindeutig von den Investmentfonds dominiert. Mit einer Zunahme des Fondsvolumens um 30,2% verzeichneten sie das dritte Jahr zweistellige Zuwachsraten. Das Umlaufwachstum des Rentenmarktes schwächte sich leicht von 10,8% auf 9,7% ab. Der Kurswert der börsennotierten Aktien fiel nach -2,6% im Vorjahr neuerlich um 2,2%. Allein die Dynamik

der Investmentfonds beschleunigte die Ausweitung des gesamten Marktvolumens von 8,7% im Jahr 1994 auf 10,3%. Ihr Fondsvermögen überstieg 1995 erstmals den Kurswert der börsennotierten Aktien.

Peter Mooslechner

Statistik: Christa Magerl

KRÄFTIGE EXPANSION DES AUSSEN-HANDELS 1995 WAHRSCHEINLICH

Nach den verfügbaren Daten expandierte der österreichische Außenhandel 1995 kräftig und war eine der wichtigsten Stützen der sich im Jahresverlauf merklich abschwächenden Binnenkonjunktur. Das WIFO schätzt den Zuwachs der Exporte auf 9,2%, jenen der Importe auf 7,5%. Real (preisbereinigt) entspricht dies Wachstumsraten von etwa 8% bzw. 7%. Damit schnitt die österreichische Exportwirtschaft – trotz eher ungünstiger Rahmenbedingungen¹⁾ – überraschend gut ab: Österreich gewann 1995 im internationalen Handel Marktanteile (das Wachstum der österreichischen Märkte wird auf 5,7% real geschätzt) und behauptete sich besser etwa als Deutschland (Export nominell + 5,4%).

Die Dynamik der österreichischen Exporte reichte aus, um das Handelsbilanzdefizit zu stabilisieren, obwohl auch der Importzuwachs recht kräftig war. Der Warenhandel trug somit nicht zur Verschlechterung der österreichischen Leistungsbilanz bei (von 20,6 Mrd. S 1994 auf 47,3 Mrd. S).

Diese Erfolge der österreichischen Exportwirtschaft werden freilich nur durch Schätzungen belegt. Als Information über die Entwicklung des Außenhandels im Jahr 1995 stand nur die Statistik der Warenzahlungen zur Verfügung, die von der OeNB aufgrund der Meldungen österreichischer Banken erstellt wird. Diese Daten enthalten zusätzlich zu den Warenlieferungen (laut Außen-

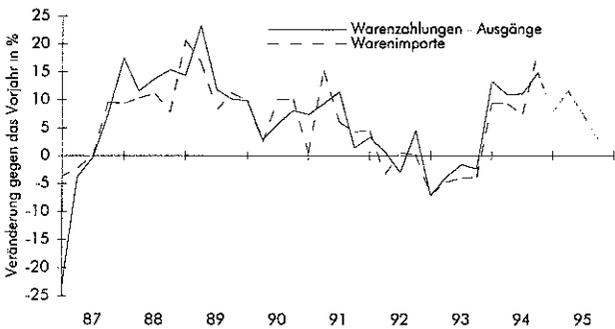
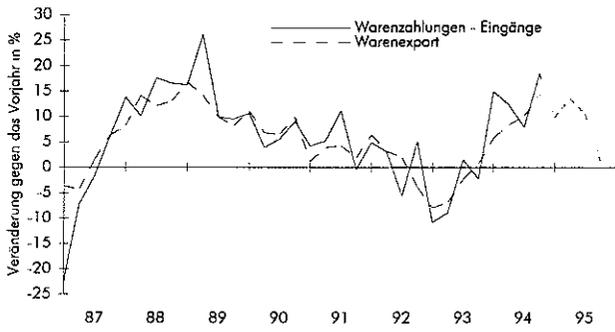
Österreichs Außenwirtschaft

	1994		1995		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben		
	Mrd. S					
Warenzahlungen	669,7	748,6	731,3	804,6	+ 9,2	+ 7,5
Warenverkehr	512,5	628,9	559,7	676,1	+ 9,2	+ 7,5
Abgrenzungskomponente	157,2	119,7	171,6	128,5	+ 9,2	+ 7,5
Dienstleistungen ¹⁾	355,4	288,9	367,4	319,9	+ 3,4	+ 10,7
Transferbilanz	23,1	31,3	30,4	51,9	+ 31,6	+ 65,6
Leistungsbilanz	1.048,2	1.068,8	1.129,1	1.176,4	+ 7,7	+ 10,1

¹⁾ Ohne Lohnveredelung

¹⁾ Der Schilling wertete im Durchschnitt des Jahres 1995 nominell-effektiv (d.h. gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner) um 3,9%, real (d.h. bei Einbeziehung der Veränderung der relativen Preise) um 3,2% auf. Die Importnachfrage des Auslands ging infolge der Konjunkturschwäche in Westeuropa zurück; in Deutschland etwa nahmen die Warenimporte 1995 um nur 2,7% zu.

Österreichs Außenhandel 1987 bis 1995



handelsstatistik) Werte für den Transithandel, für „nicht aufteilbare Leistungen“, für die Lohnveredelung und für Adjustierungen, die im Zahlungsverkehr nicht (hinreichend) von den Zahlungsströmen im Warenhandel unterschieden werden können²⁾. Diese Differenz wird im folgenden als „Abgrenzungskomponente“ bezeichnet. Der Unterschied zwischen „Warenzahlungen“ und „Warenhandel“ war 1994 mit etwa 30% im Export bzw. 20% im Import recht groß. In der Vergangenheit bestand, vor allem für die Jahres- und Quartalswerte, ein enger statistischer Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten der Warenzahlungen und jenen des Warenhandels; die Wachstumsraten der Warenzahlungen können somit als eine brauchbare Annäherung an jene des Warenhandels dienen und werden vom WIFO bis zum Vorliegen zuverlässiger Außenhandelsstatistiken verwendet. (Dabei wird unterstellt, daß der Anteil der Abgrenzungskomponente an den Warenzahlungen gleichbleibt.) Diese Ergebnisse stimmen gut mit jenen des WIFO-Quartalsmodells überein, nach denen die realen Exporte 1995 um 8,6%, die Importe um 6,4% stiegen. Eine Schätzung der Wirtschaftskammer Österreich, die sich auf die „Spiegelstatistik“ des Außenhandels der Partnerländer mit Österreich stützt, kommt zu ähnlichen Resultaten (Exporte nominell +10%, Importe +6%)

Der österreichische Außenhandel expandierte bis zum Herbst 1995 kräftig. Erst im letzten Quartal – insbe-

²⁾ Die vorläufigen Daten der Warenzahlungen enthalten auch die Veränderung der Zahlungsziele. Die vorläufig revidierten Daten sind bereits um die Veränderung der Zahlungsziele bereinigt; die Korrektur kann allerdings nicht auf die einzelnen Monate aufgeteilt werden

Österreichs Außenhandel 1995

	Warenzahlungen ¹⁾	Außenhandelsstatistik			WIFO-Modell Real
		Insgesamt	Intrastat	Extrastat	
Nominell					
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Exporte					
1994, IV. Quartal	+ 18,3 ²⁾	+ 14,3	+ 13,8	+ 15,1	—
1995, I. Quartal	+ 9,8	+ 17,6	+ 15,8	+ 21,1	+ 10,8
II. Quartal	+ 13,4	+ 9,9	+ 9,5	+ 10,7	+ 12,1
III. Quartal	+ 10,5				+ 10,0
IV. Quartal	+ 1,3				+ 1,9
1. Halbjahr 1995	+ 11,6	+ 13,7	+ 12,5	+ 15,8	—
2. Halbjahr 1995	+ 5,5				—
1995	+ 9,2 ³⁾				+ 8,6
1995	+ 8,5				—
Importe					
1994, IV. Quartal	+ 14,9 ²⁾	+ 18,7	+ 14,3	+ 28,5	—
1995, I. Quartal	+ 7,8	+ 6,2	+ 17,4	- 18,5	+ 8,7
II. Quartal	+ 11,6	+ 1,3	+ 9,5	- 17,7	+ 9,2
III. Quartal	+ 7,2				+ 7,4
IV. Quartal	+ 2,7				+ 0,4
1. Halbjahr 1995	+ 9,8	+ 3,7	+ 13,4	- 18,1	—
2. Halbjahr 1995	+ 4,8				—
1995	+ 7,5 ³⁾				+ 6,4
1995	+ 7,2				—

¹⁾ Veränderung der vorläufigen Werte gegenüber den endgültig revidierten Werten. – ²⁾ Veränderung der endgültig revidierten Werte. – ³⁾ Veränderung der vorläufig revidierten Werte gegenüber den endgültig revidierten Werten

sondere im Dezember – flachte die Dynamik deutlich ab.

Das Defizit der Warenzahlungen war 1995 mit 73,3 Mrd. S um 5,6 Mrd. S geringer als 1994 (3,1% gegenüber 3,5% des BIP 1994). Unter der Annahme gleicher Wachstumsraten für den Warenhandel und die Abgrenzungskomponente ergab sich 1995 im Warenhandel ein Defizit von 116,4 Mrd. S, gleich hoch wie 1994. Der Überschuß der Abgrenzungskomponente – vermutlich vor allem der Überschuß der nicht aufteilbaren Leistungen – nahm von 37,5 auf 43,1 Mrd. S zu.

AUSSENHANDEL MIT DIENSTLEISTUNGEN

Die Einnahmen Österreichs aus den Exporten kommerzieller Dienstleistungen (251,9 Mrd. S) entsprachen

Österreichs Handels- und Leistungsbilanz

	1993	1994	1995	1994	1995
		Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S	
Warenzahlungen	- 74,4	- 78,9	- 73,3	- 4,5	+ 5,6
Warenverkehr	- 97,7	- 116,4	- 116,4	- 18,7	± 0,0
Abgrenzungskomponente	23,3	37,5	43,1	+ 14,2	+ 5,6
Dienstleistungen ¹⁾	78,9	66,5	47,5	- 12,4	- 19,0
Transferbilanz	- 12,7	- 8,2	- 21,5	+ 4,5	- 13,3
Leistungsbilanz	- 8,2	- 20,6	- 47,3	- 12,4	- 26,7
	In % des BIP			Veränderung gegen das Vorjahr in % des BIP	
Warenzahlungen	- 3,5	- 3,5	- 3,1	- 0,2	+ 0,2
Warenverkehr	- 4,6	- 5,1	- 4,9	- 0,8	± 0,0
Abgrenzungskomponente	1,1	1,7	1,8	+ 0,6	+ 0,2
Dienstleistungen ¹⁾	3,7	2,9	2,0	- 0,5	- 0,8
Transferbilanz	- 0,6	- 0,4	- 0,9	+ 0,2	- 0,6
Leistungsbilanz	- 0,4	- 0,9	- 2,0	- 0,5	- 1,1

¹⁾ Ohne Lohnveredelung

Osterreichs Außenhandel mit Dienstleistungen

	1994			1995			1994			1995		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	Mrd S			Mrd S			Veränderung gegen das Vorjahr			Mrd S		
							In %				In %	Mrd S
Kommerzielle Dienstleistungen ¹⁾	253,3	178,5	74,8	251,9	197,1	54,8	+ 0,9	+ 9,7	-13,5	- 0,6	+ 10,4	-20,0
Reiseverkehr	150,2	107,4	42,8	147,4	117,8	29,6	- 4,7	+11,7	-18,6	- 1,9	+ 9,7	-13,2
Sonstige ¹⁾	103,1	71,1	32,0	104,5	79,3	25,2	+10,1	+ 6,7	+ 5,1	+ 1,4	+11,4	- 6,8
Faktoreinkommen	102,2	110,4	- 8,2	115,6	122,8	- 7,2	- 5,4	- 6,0	+ 1,2	+13,1	+11,3	+ 1,0
Kapitalerträge	91,1	101,9	-10,8	104,4	114,3	- 9,9	- 6,8	- 6,7	+ 0,7	+14,7	+12,2	+ 0,9
Sonstige	11,1	8,5	2,6	11,1	8,5	2,6	+ 7,4	+ 3,6	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0
Dienstleistungen ¹⁾	355,4	288,9	66,6	367,4	319,9	47,6	- 1,0	+ 3,1	-12,3	+ 3,4	+10,7	-19,0
Lohnveredelung	5,3	1,0	4,3				-13,6	+ 5,8	- 0,9			
Dienstleistungen	360,8	289,9	70,9				- 1,2	+ 3,1	-13,2			

¹⁾ Ohne Lohnveredelung

1995 34,4% der Wareneinnahmen, die Dienstleistungsexporte (197,1 Mrd. S) 24,5%; dabei gingen die Dienstleistungsexporte im Vorjahresvergleich um 0,6% zurück. Die Einnahmen aus dem Tourismus blieben um 1,9% unter dem Vorjahresniveau; die Exporte sonstiger (größtenteils „moderner“) Dienstleistungen nahmen um nur 1,4% zu, was auf Strukturschwächen hinweist.

PROBLEME DER AUSSENHANDELSSTATISTIK

Nach dem Entfall der Grenzkontrollen Anfang 1993 schuf die EU als Ersatz für die bisherige Außenhandelsstatistik mit Intrastat ein neues System für die Erhebung des innergemeinschaftlichen Handels; es basiert auf Betriebserhebungen in engem Zusammenhang mit den Mehrwertsteuererklärungen. In der technischen Ausgestaltung haben die EU-Staaten einen gewissen Spielraum (z. B. in bezug auf die Meldeschwellen), doch sollen insgesamt vergleichbare Ergebnisse zustande kommen. Die statistische Meldung soll im Prinzip mit den Mehrwertsteuererklärungen an die Finanzbehörden übereinstimmen. Während aber die erstere detaillierte Angaben enthält (für Drittlandexporte etwa den Wert pro Position der Kombinierten Nomenklatur, die den frü-

heren österreichischen Handelsstatistischen Nummern bzw. der Zollnomenklatur entspricht), weisen letztere nur den gesamten Warenwert einer Lieferung aus. Das System erlaubt mehrfache Plausibilitätskontrollen: Für den österreichischen Export nach Deutschland sollen z. B. detaillierte Außenhandelsstatistiken des ÖSTAT, ein vom österreichischen Finanzministerium aus den Mehrwertsteueranmeldungen aggregierter Gesamtwert der Lieferung nach Deutschland und ein von den deutschen Finanzbehörden zusammengestellter Wert der deutschen Warenbezüge aus Österreich vorliegen. Trotz der anfänglichen Bedenken und Anpassungsschwierigkeiten hat sich Intrastat in der EU als leistungsfähiges und recht verlässliches Instrument erwiesen³⁾.

Der Handel der EU-Länder mit Drittstaaten (Extrastat) wird nach denselben Grundsätzen wie früher erhoben; beide Statistiken sollen vollständig parallel verlaufen. Inhaltlich ergeben sich allerdings Probleme mit der Erfassung des „Transithandels“ innerhalb der EU: Wenn z. B. eine für Österreich bestimmte Ware aus einem Drittstaat in einem EU-Land verzollt wird, gilt die anschließende Versendung nach Österreich als innergemeinschaftliche Lieferung.

Österreich hatte die Möglichkeit, sich während der recht langen Beitrittsverhandlungen auf das neue System vorzubereiten und vor allem aus den Erfahrungen anderer EU-Staaten zu lernen. Sie wurde offenbar – zum Teil auch wegen des Personalmangels – nicht vollständig genutzt – Österreich geriet etwa mit den Außenhandelsmeldungen an Eurostat nicht nur gegenüber den alten, sondern auch gegenüber den neuen Mitgliedsländern (Finnland, Schweden) erheblich in Verzug. Zum Stichtag 29. November 1995 hatte z. B. Österreich keine Daten geliefert, Finnland detaillierte Daten bis März 1995, Schweden Intrastat-Daten bis April. Von den meisten anderen EU-Ländern lagen detaillierte Daten bis August vor.

Publikationsplan für die Außenhandelsstatistik

Im März 1996 gab das ÖSTAT folgenden Zeitplan für die Veröffentlichung der Statistik des österreichischen Außenhandels bekannt:

	Extrastat	Intrastat und Gesamthandel
I. Quartal 1995	Februar 1996	August 1996
II. Quartal 1995	März 1996	Oktober 1996
III. Quartal 1995	Mai 1996	Dezember 1996
IV. Quartal 1995	Juni 1996	Februar 1997

Extrastat: Warenhandel mit Ländern außerhalb der EU; Intrastat: Warenhandel mit EU-Staaten.

Veröffentlicht werden Länderergebnisse, gegliedert nach den SITC-Dreistellern sowie nach der Kombinierten Nomenklatur, und zwar Werte und Mengen.

³⁾ Zwischen den innergemeinschaftlichen Exporten und Importen im Jahr 1993 ergibt sich eine Differenz von etwa 4%; die Differenz zwischen Steuerstatistik und Außenhandelsstatistik macht für die meisten Länder weniger als 5% aus

Außenhandelsstatistik in Finnland

Finnland mußte wie Österreich sein Erhebungssystem des Außenhandels umstellen. Die damit zusammenhängenden Probleme und Lösungsansätze wurden in einem Bericht der Bank of Finland dargestellt. Die Veröffentlichung der Außenhandelsstatistik, für die in Finnland der „Board of Customs“ zuständig ist, verzögerte sich nach dem EU-Beitritt um sechs Monate. Das übliche Veröffentlichungsprogramm (fünf Wochen nach der Berichtsperiode) soll im Laufe des Jahres 1996 schrittweise wieder aufgenommen werden. Um die rechtzeitige Veröffentlichung der Leistungsbilanz sicherzustellen und den vorübergehenden Informationsausfall zu überbrücken, wurde von der Bank of Finland eine Umfrage über den Außenhandel eingeführt, an der 84 Exporteure und 263 Importeure beteiligt sind. Diese Unternehmen decken 70% (1994) der finnischen Exporte und Importe. Die Umfrage wird nach dem Prinzip der Außenhandelsstatistik durchgeführt, die hochgerechneten Ergebnisse werden in der Zahlungsbilanz durch Werte der offiziellen Außenhandelsstatistik – sobald diese vorliegen – ersetzt. Im 1. Halbjahr 1995 war die Differenz zwischen den bei-

den Quellen für den Export bemerkenswert gering (weniger als 0,1 Mrd. FIM), für den Import etwas größer (3,8 Mrd FIM). Der Beitrag der Bank of Finland schließt mit einer Aussage mit bemerkenswerter Aktualität auch für die österreichische Situation: Nach dem Hinweis, daß Finnlands Außenwirtschaft 1995 außergewöhnlich günstig abschnitt (Überschuß der Leistungsbilanz 3,5% des BIP, der Handelsbilanz 7,6% des BIP), wird festgestellt: „The situation could have been totally different and market reaction might have occurred because of increased uncertainties in the balance of payments data, if the current account balance had been close to zero or negative. It is imperative that information on economic fundamentals be credible and timely. In order to obtain consistent short-term data on the trade balance, a single reliable information source is no doubt preferable. We are confident that the Board of Customs is making every effort to get its statistical system on stream and that the markets will be able to obtain data that will be as timely and accurate as the prior data have been “

Bis Ende 1995 standen für den österreichischen Außenhandel keine Daten des ÖSTAT zur Verfügung. Erst im Frühjahr 1996 gewinnt eine „neue“ Außenhandelsstatistik Konturen; an einer nur annähernden Wiederherstellung des früheren Informationsangebotes ist jedoch zu zweifeln. Zumindest zwei Jahre lang (1995 und 1996) wird voraussichtlich die Analyse des Außenhandels auf rudimentäre Aussagen mit hoher Unsicherheit beschränkt bleiben und auch der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (z. B. für die Investitionsrechnung) kein verlässliches Instrument liefern.

Mitte März 1996 standen offizielle Angaben des ÖSTAT für Extrastat und inoffizielle für Intrastat für das

1. Halbjahr 1995 zur Verfügung. Nach diesen Angaben überstiegen die österreichischen Exporte das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr 1995 um 13,7%, deutlich kräftiger als laut Wareneinfuhrungen. Sehr hoch waren – insbesondere im I. Quartal – laut ÖSTAT die Exporte in Länder außerhalb der EU. Die Angaben für die Importe sind wenig überzeugend; laut ÖSTAT ergibt sich insgesamt eine Steigerung von nur 3,7% (Extrastat –18,1%).

Ein näherer Blick auf die Intrastat-Daten zeigt, wie problematisch diese Werte sind. Die österreichischen Exporte nach Deutschland erreichten laut ÖSTAT im I. Quartal 53,4 Mrd. S (+15% gegenüber dem Vorjahr). Die Angaben stützten sich offenbar auf die österreichi-

Außenhandel mit der EU und der BRD

	1994			ÖSTAT		1995			Partner	
	ÖSTAT Außenhandels- statistik Mrd S	Außenhandelsstatistik Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd S	Erhebung Hochrechnungs- faktor	Österreich Mehrwertsteuer- statistik Mrd S	Mehrwertsteuer- statistik Mrd S	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<i>Exporte</i>										
<i>EU</i>										
I. Quartal	78,5	90,9	+ 15,8	33,3	2,7	91,4	70,3			
II. Quartal	82,5	90,3	+ 9,5	31,4	2,9	90,9	77,7			
<i>BRD</i>										
I. Quartal	46,4	53,4	+ 15,0	19,4	2,7	53,5	38,1	37,0	-22,5	
II. Quartal	48,4	55,8	+ 15,3	17,1	3,3	56,1	44,2	42,9	-17,4	
<i>Importe</i>										
<i>EU</i>										
I. Quartal	101,7	119,5	+ 17,4	35,8	3,3	118,5	115,8			
II. Quartal	108,7	119,1	+ 9,5	38,3	3,1	118,3	114,3			
<i>BRD</i>										
I. Quartal	59,6	77,6	+ 30,3	24,8	3,1	78,9	67,7	67,4	+ 4,0	
II. Quartal	63,8	75,6	+ 18,6	26,5	2,9	75,2	68,9	67,8	- 7,4	

schen Mehrwertsteuerstatistiken; das ÖSTAT selbst erhob nur die Ausfuhr nach Deutschland im Wert von 19,4 Mrd. S; daraus ergibt sich ein Hochrechnungsfaktor von 2,7. Für andere Länder werden Hochrechnungsfaktoren von 1,4 (Exporte nach Spanien im I. Quartal) bis 6,9 (Exporte nach Finnland im II. Quartal) verwendet. Daten über Warengliederungen werden in Zukunft nur verfügbar sein, wenn es dem ÖSTAT gelingt, den Erfassungsgrad substantiell zu erhöhen. Die deutschen Daten über die Bezüge aus Österreich sind deutlich niedriger als die österreichischen Versendungsdaten: Nach der deutschen Außenhandelsstatistik schrumpften die Importe aus Österreich im I. Quartal um 22,5%. Ähnliche – insgesamt wenig befriedigende – Ergebnisse liefert ein Datenvergleich für andere EU-Staaten sowie für die österreichischen Importe.

Jan Stankovsky

Statistik: Irene Fröhlich, Gabriele Wellan

REDIMENSIONIERUNG IM TOURISMUS HÄLT AN

Die Aufwendungen für Tourismus und Freizeit erreichten in Österreich 1995 398,5 Mrd. S; etwa 46% entfielen auf Reiseaufwendungen (In- und Ausländer insgesamt), 54% auf die Freizeit Ausgaben der Inländer am Wohnort¹⁾. Wie in den zwei Jahren zuvor war die Gesamtposition real rückläufig. Der Rückgang ist insbesondere auf die bereits 1991 einsetzende Nachfrageschwäche und die Strukturprobleme im Tourismus zurückzuführen.

Im Kalenderjahr 1995 sanken die nominellen Tourismusumsätze um 1½% (real -3½%). Die Auslandsnachfrage war real deutlich rückläufig, die Ausgaben der Inländer für Österreich-Aufenthalte stagnierten jedoch und trugen damit zur Stabilisierung der Gesamtnachfrage bei.

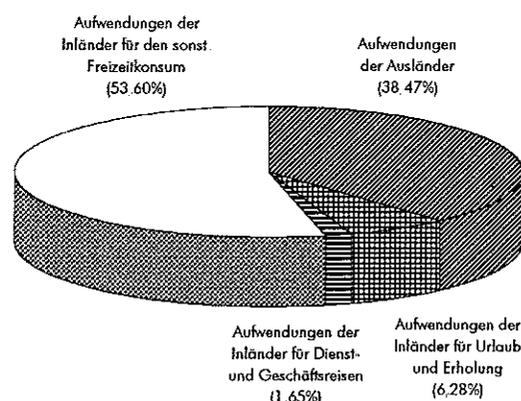
Die Übernachtungen im Tourismus erreichten 1994 ein Volumen von 122,4 Mill., 1995 von nur noch 117,1 Mill. Gegenüber dem Höchststand 1991/92 bedeutet dies Einbußen von 13,3 Mill. Nächtigungen (das entspricht fast dem Jahresnächtigungsvolumen Kärntens).

Zwischen 1991 und 1995 gingen die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr real um etwa 18% zurück, die Ausländernächtigungen sanken im gleichen Zeitraum um rund 13% auf ein Niveau von etwa 87 Mill. Parallel dazu stiegen die Ausgaben der Österreicher im

¹⁾ Aufgrund einer Revision des Datengebäudes ab 1988 sind die Eckwerte des vorliegenden Berichts mit denen der vorangegangenen Berichte nicht vergleichbar (Dell'mour, R., „Änderung der Revisionsmethode im Reiseverkehr“, Berichte und Studien der Oesterreichischen Nationalbank, 1994, (1), S. 50–54)

Tourismus und Freizeit in Österreich

Struktur der in Österreich getätigten Aufwendungen 1994 in %



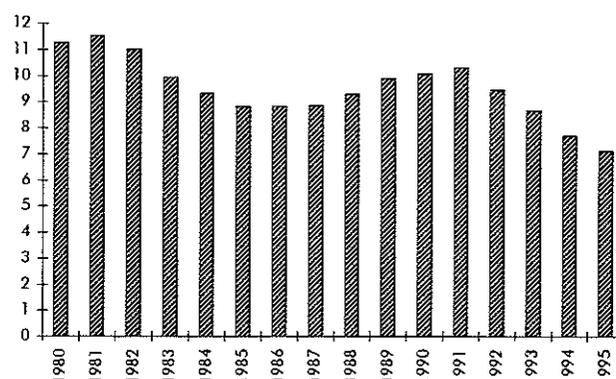
Q: Eigene Berechnungen

Zuge von Auslandsreisen – großteils in der Folge der Abwertungen in wichtigen Zielländern und des Einbruchs der Flugtarife – um rund 41% (bzw. 34 Mrd. S.). Die reale Nachfrage der Österreicher nach Inlandsaufenthalten ging im Zeitraum 1991/1995 deutlich schwächer zurück als die Einnahmen im internationalen Reiseverkehr. Der kumulierte Kostennachteil von Österreich-Aufenthalten gegenüber Auslandsreisen (Terms-of-Trade-Verschlechterung) betrug in dieser Periode rund 11%. Das Auseinanderklaffen der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben im internationalen Reiseverkehr schlug sich deutlich in der Leistungsbilanz nieder, der traditionelle Überschuß der Reiseverkehrsbilanz ging seit 1991 um 41,3 Mrd. S bzw. 58% zurück.

Die Einbußen können zum Teil auf Sonderfaktoren zurückgeführt werden, deren Auswirkungen die österreichische Tourismuswirtschaft aus eigener Kraft nicht ausgleichen kann. So verursachten die rückläufigen Netto-Realeinkommen in Westdeutschland, die Abwertungen in einigen wichtigen Konkurrenzländern sowie der Ein-

Österreichs Wettbewerbssituation im europäischen Tourismus

Reale Marktanteile in %¹⁾



¹⁾ Gemessen an den internationalen Zahlungsströmen: zu Preisen und Wechselkursen von 1985.

Nächtigungsentwicklung nach der Herkunft

	1991	1992	1993	1994	1995	1991	1992	1993	1994	1995
	In 1.000					Anteile in %				
<i>Insgesamt</i>	130.073	130.416	127.040	122.360	117.115	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>Inländer insgesamt</i>	30.431	30.659	30.216	30.144	30.123	23,40	23,51	23,78	24,64	25,72
Aus Wien	9.548	9.199	8.891	8.667	8.528	7,34	7,05	7,00	7,08	7,28
Aus den übrigen Bundesländern	20.883	21.460	21.325	21.477	21.595	16,05	16,46	16,79	17,55	18,44
<i>Ausländer insgesamt</i>	99.642	99.758	96.824	92.216	86.991	76,60	76,49	76,22	75,36	74,28
Aus Belgien	2.890	3.010	2.852	2.705	2.615	2,22	2,31	2,24	2,21	2,23
Aus Dänemark	1.006	928	851	820	803	0,77	0,71	0,67	0,67	0,69
Aus Deutschland	64.286	64.715	64.979	61.992	58.430	49,42	49,62	51,15	50,66	49,89
Aus Finnland	235	196	132	104	112	0,18	0,15	0,10	0,08	0,10
Aus Frankreich	3.170	2.846	2.636	2.354	2.134	2,44	2,18	2,07	1,92	1,82
Aus Griechenland	145	135	119	128	135	0,11	0,10	0,09	0,10	0,12
Aus Großbritannien	4.205	4.068	3.680	3.190	2.716	3,23	3,12	2,90	2,61	2,32
Aus Italien	3.308	3.609	2.783	2.638	2.211	2,54	2,77	2,19	2,16	1,89
Aus den Niederlanden	9.243	8.999	8.443	8.019	7.516	7,11	6,90	6,65	6,55	6,42
Aus Norwegen	157	168	135	110	127	0,12	0,13	0,11	0,09	0,11
Aus Schweden	1.414	1.356	1.047	810	710	1,09	1,04	0,82	0,66	0,61
Aus der Schweiz	3.239	3.121	2.926	2.875	2.903	2,49	2,39	2,30	2,35	2,48
Aus Bulgarien	45	49	72	74	72	0,03	0,04	0,06	0,06	0,06
Aus Polen	261	303	287	336	391	0,20	0,23	0,23	0,27	0,33
Aus Rumänien	76	69	59	70	72	0,06	0,05	0,05	0,06	0,06
Aus Tschechien und der Slowakei	345	373	240	403	488	0,27	0,29	0,19	0,33	0,42
Aus Ungarn	569	625	649	615	623	0,44	0,48	0,51	0,50	0,53
Aus Australien, Neuseeland	203	194	167	175	180	0,16	0,15	0,13	0,14	0,15
Aus Japan	413	453	441	478	498	0,32	0,35	0,35	0,39	0,43
Aus Kanada	196	208	205	162	152	0,15	0,16	0,16	0,13	0,13
Aus den USA	1.191	1.526	1.371	1.393	1.328	0,92	1,17	1,08	1,14	1,13
Aus den übrigen Ländern	3.045	2.807	2.750	2.762	2.775	2,34	2,15	2,16	2,26	2,37

Q: ÖSTAT; Rundungen können Rechendifferenzen ergeben

bruch der Flugtarife seit dem Höhepunkt 1991/92 einen erheblichen Rückgang der Nachfrage nach Österreich-Aufenthalten. Daneben beeinträchtigten die ungelösten Strukturprobleme das Ergebnis²⁾.

ANHALTENDER RÜCKGANG IM WINTER

In der Wintersaison 1994/95 blieben die Tourismumsätze um 1½% unter dem Vorjahresniveau, nachdem 1993/94 noch ein leichter Zuwachs von 1½% zu verzeichnen gewesen war. Real sanken die Einnahmen mit -4½% stärker als im Vorjahr (-2½%); im Binnenreiseverkehr verlief die Entwicklung günstiger (-2¼%) als im internationalen Reiseverkehr (-5%).

Die Zahl der Nächtigungen nahm im Winterhalbjahr um rund 3% ab; dabei fällt eine gegenläufige Entwicklung der Inländer- und Ausländernächtigungen auf: Die Inländernächtigungen überstiegen das Vorjahresniveau um ½%, die Zahl der Ausländernächtigungen blieb dagegen um rund 4% darunter (1993/94 -3%).

Auf fast allen im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsmärkten erlitt die österreichische Tourismuswirtschaft Einbußen. Die Nächtigungszuwächse von Schweizern (+1%) und Gästen aus Osteuropa (15%) bildeten eine Ausnahme.

²⁾ Smeral, E., Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 1995, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1995

Regional entwickelte sich die Nachfrage im Gesamtreiseverkehr des Winterhalbjahres differenziert: In den Landeshauptstädten konnte die Nächtigungszahl nach der Stagnation im Vorjahr mit +5½% kräftig ausgeweitet werden. Im übrigen Österreich ging sie aber durchschnittlich um 3½% zurück. Einen kräftigen Zuwachs verzeichneten Wien und das Burgenland. Ein im Vergleich mit dem Österreich-Durchschnitt schwacher Rückgang wurde für Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark festgestellt. Am schlechtesten schnitten Vorarlberg, Tirol und Salzburg ab.

Die Aufwendungen der Österreicher im Zuge von Auslandsreisen stiegen im Winterhalbjahr 1994/95 mit nominell +11¼% und real +13½% stärker als im Vorjahr. Darin spiegeln sich die anhaltende Verschiebung zu ausländischen Reisezielen sowie zum Teil Kaufkraftabflüsse.

Langfristig wächst die Nachfrage im Winter – trotz der Einbrüche seit 1993 – (gemessen an den realen Gesamtumsätzen) deutlich rascher als in der Sommersaison. Dies gilt sinngemäß auch für die mittelfristige Entwicklung bzw. den Rückgang seit 1991. In der Periode 1991/1995 sank der reale Winterumsatz um insgesamt 7%, der Sommerumsatz dagegen um 23%. Nominell stieg im gleichen Zeitraum der Winterumsatz um 9%, während die Umsätze der Sommersaison um 11% abnahmen. Aufgrund der günstigeren Entwicklung der Winternachfrage waren damit die Umsätze im Winterhalbjahr 1994/95 mit 93 Mrd. S sogar deutlich höher als in der Sommersaison 1995 (86,5 Mrd. S).

Makroökonomische Bestimmungsfaktoren im internationalen Reiseverkehr

	Nachtigungen		Netto-Lohn- und -Gehaltssumme, real		Real-effektiver Wechselkursindex Österreich, tourismusexport-gewichtet	Relativer Preisindex Fluggauschalreisen ¹⁾	Einnahmen im internationalen Reiseverkehr, real	Reiseverkehrsbilanz
	Ausländer	Deutsche	Westdeutschland	Gesamtdeutschland				
	In 1.000		Mrd DM		1992 = 100		Mrd S	In % des BIP
1977	78 378	59 164	657,6		91,9	113,2	113,2	3,08
1978	81 301	60 436	691,5		91,6	114,0	120,0	3,56
1979	84 825	62 234	723,4		90,4	106,9	125,5	3,48
1980	90 203	65,579	734,9		91,4	122,8	130,3	3,96
1981	92 520	65 989	720,7		90,5	116,9	131,4	4,03
1982	89 954	62 727	699,9		91,3	115,4	129,2	3,97
1983	87 444	60 464	687,0		91,9	116,2	123,2	3,54
1984	86 713	57 407	686,5		93,8	111,2	126,0	3,38
1985	85 076	55 432	691,4		94,1	111,6	126,3	3,19
1986	85 393	56 055	732,5		97,7	110,8	123,0	2,81
1987	85,692	54 937	754,3		99,8	112,4	127,7	2,39
1988	87 575	56 059	776,2		99,6	112,6	138,4	2,76
1989	94 969	59 922	781,5		98,6	114,1	153,3	3,30
1990	94 788	56 819	844,3		99,5	111,8	159,6	3,38
1991	99 642	64 286	853,8		98,7	104,2	161,3	3,68
1992	99 758	64 715	866,0	952,8	100,0	100,0	159,6	3,29
1993	96 824	64 979	848,9	937,5	101,9	97,5	150,6	2,89
1994	92 216	61 992	819,0	905,6	102,3	93,8	138,8	1,93
1995	86 991	58 430		891,0	104,1	91,8	132,9	1,26

	Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen das Vorjahr in Prozentpunkten		
1977	-0,9	-2,0	.	.	+2,3	+2,1	-0,61
1978	+3,7	+2,1	+5,2	.	-0,3	+6,0	+0,48
1979	+4,3	+3,0	+4,6	.	-1,4	+4,6	-0,08
1980	+6,3	+5,4	+1,6	.	+1,1	+3,9	+0,48
1981	+2,6	+0,6	-1,9	.	-1,0	+0,8	+0,07
1982	-2,8	-4,9	-2,9	.	+1,0	-1,6	-0,06
1983	-2,8	-3,6	-1,8	.	+0,6	-4,7	-0,43
1984	-0,8	-5,1	-0,1	.	+2,1	+2,3	-0,16
1985	-1,9	-3,4	+0,7	.	+0,3	+0,2	-0,19
1986	+0,4	+1,1	+6,0	.	+3,8	-2,6	-0,38
1987	+0,3	-2,0	+3,0	.	+2,1	+3,8	-0,42
1988	+2,2	+2,0	+2,9	.	-0,2	+8,4	+0,37
1989	+8,4	+6,9	+0,7	.	-0,9	+10,8	+0,54
1990	-0,2	-5,2	+8,0	.	+0,9	+4,1	+0,08
1991	+5,1	+13,1	+1,1	.	-0,8	+1,0	+0,30
1992	+0,1	+0,7	+1,4	.	+1,3	-1,0	-0,39
1993	-2,9	+0,4	-2,0	-1,6	+1,9	-5,7	-0,40
1994	-4,8	-4,6	-3,5	-3,4	+0,5	-7,8	-0,96
1995	-5,7	-5,7		-1,6	+1,7	-4,3	-0,67

¹⁾ In Relation zum Preisindex der ausländischen Tourismusnachfrage im Inland

TALFAHRT IM SOMMER VERLANGSAMT

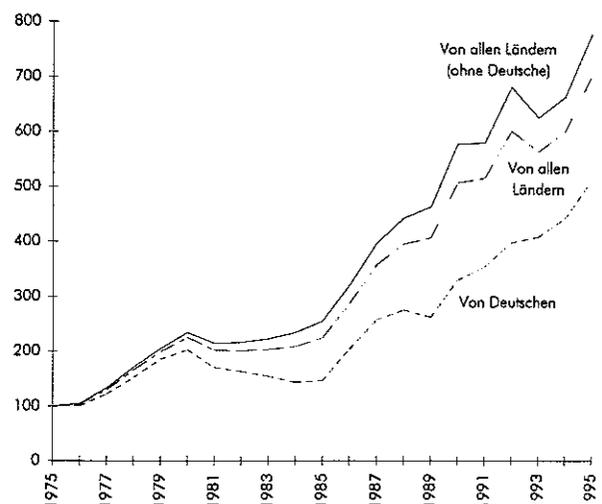
In der Sommersaison 1995 ging die Nachfrage, gemessen an den Übernachtungen, erwartungsgemäß stärker zurück als im Winterhalbjahr, doch entwickelten sich die Umsätze überraschenderweise deutlich günstiger als bisher angenommen. Dieses Ergebnis könnte darauf zurückzuführen sein, daß qualitätssteigernde Maßnahmen allmählich zu greifen beginnen und/oder die jüngst vorgenommenen Revisionen im statistischen Datengebäude die Wirklichkeit noch nicht ausreichend reflektieren und daher verbessert werden müssen.

Die Tourismusumsätze blieben in der Sommersaison 1995 mit nominell -3% nur mäßig unter dem Vorjahresniveau, nachdem im Sommer 1994 ein Rückgang um rund 7½% zu verzeichnen gewesen war. Real sanken sie um 5¼% (1994 -10½%).

Das Volumen der Nachfrage nahm deutlich ab. Mit etwa -7½% sank die Nächtigungszahl ausländischer Gäste etwas stärker als im Vorjahr. Die Nachfrage der

Entwicklung der Reiseverkehrgsausgaben in europäischen Ländern

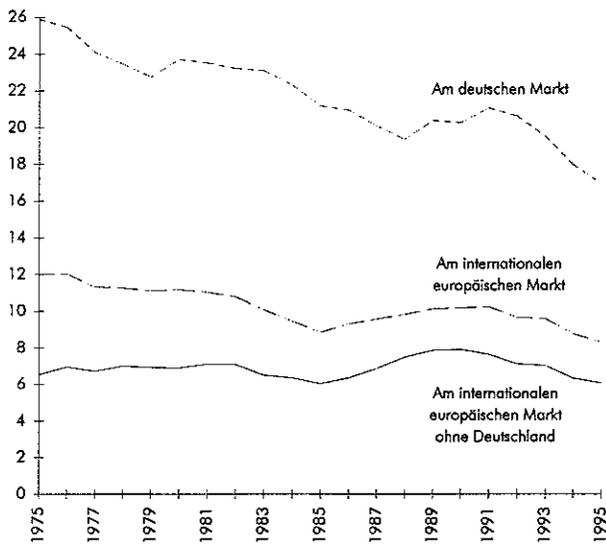
Index, 1975 = 100



Gemessen an den internationalen Zahlungsströmen

Osterreichische Marktanteile im internationalen europäischen Reiseverkehr

In %



Inländer nach Österreich-Aufenthalten ging weiterhin leicht zurück.

Außer in Wien (-1¼%) erlitt der Tourismussektor in allen Bundesländern im Sommerhalbjahr 1995 kräftige Einbußen – die empfindlichsten in den tourismusintensiven Bundesländern Salzburg (-7½%), Kärnten, Tirol und Vorarlberg (jeweils -6%).

Unter den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsnationen fällt der wahrscheinlich großteils preis- bzw. wechsellkursbedingte kräftige Nächtigungsrückgang der britischen (-18%) und der italienischen Gäste (-22%) auf. Die Nachfrage der kaufkräftigen Schweizer Urlauber stagnierte, die Übernachtungen von Osteuropäern stiegen um 6%.

Die Österreicher steigerten ihre Ausgaben für Auslandsreisen im Sommer mit +9½% stärker als jene für Inlandsaufenthalte (+0,2%).

Eine Analyse der Ergebnisse der einzelnen wichtigen Unterkunftsarten brachte das erwartete Resultat, daß

Nächtigungsstruktur im internationalen Vergleich

1993

	Deutsche	Europäer ¹⁾ ohne Deutsche	Nordamerikaner	Australier, Neuseeländer, Japaner
	Anteile an allen Ausländernächtigungen in %			
Österreich	67.11	26.96	1.63	0.63
Deutschland		66.04	10.49	4.14
Großbritannien	9.95	32.20	18.87	8.51
Frankreich	20.33	62.85	5.48	2.51
Italien	39.66	37.35	7.43	3.35
Spanien	33.87	60.81	2.13	0.71
Griechenland	21.98	59.91	3.33	1.62
Schweiz	45.19	38.44	6.28	2.84

Q: OECD. – ¹⁾ Europa: Österreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei

sich in schwierigen Zeiten mit schwacher Nachfrage und hohem Anpassungsbedarf die Umsätze der gehobenen Hotellerie und der Anbieter von Ferienwohnungen bzw. -häusern robuster entwickeln als die der Billigquartiere

Egon Smeral

Statistik: Sabine Fragner

**WOHLFAHRTSGEWINNE UND
VERSCHÄRFTER WETTBEWERBSDRUCK
NACH EU-BEITRITT**

Angesichts der mäßigen Konjunktorentwicklung verringerten die privaten Haushalte ihre Sparquote¹⁾ 1992 und 1993. Der einsetzende Aufschwung und die Steuerreform ließen 1994 die Einkommen deutlich steigen. Erwartungsgemäß wurden die Konsumausgaben dieser Entwicklung nicht im vollen Umfang angepaßt, die Sparquote stieg. Die Annahme eines anhaltenden Aufschwungs hätte eher einen weiteren Anstieg der Sparquote erwarten lassen.

1995 stand die Konsumnachfrage zusätzlich unter dem Einfluß der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einerseits und des EU-Beitritts andererseits, der den privaten Haushalten Wohlfahrtsgewinne bringen sollte. Durch die Konsolidierungsmaßnahmen fiel der Einkommenszuwachs der privaten Haushalte nach Modellsimulationen des WIFO um 0,8 Prozentpunkte geringer aus als ohne diese Maßnahmen; entgegen dem Einfluß des Konjunkturaufschwungs drückte dies die Sparquote.

In der Folge des EU-Beitritts dürften die Preise nach Berechnungen des WIFO in einem Zeitraum von fünf Jahren kumuliert um 3,3% langsamer steigen als ohne Beitritt, hauptsächlich wegen einer Verschärfung des Wettbewerbs und einer Verbilligung landwirtschaftlicher Produkte. 1995 dürfte dieser preisdämpfende Effekt nach groben Schätzungen etwa 0,6 Prozentpunkte ausgemacht haben (Inflationsrate 2,1% statt 2,7%). Das entlastete die österreichischen Konsumenten um etwa 7,5 Mrd. S; neben den Preiseffekten konnten sie auch Wohlfahrtsgewinne durch – wegen des EU-Beitritts – erleichterte Direktimporte erzielen.

Die Österreicher gaben 1995 knapp 1 300 Mrd. S für Zwecke des privaten Konsums aus, um 4,2% mehr als vor einem Jahr (real + 1,9%). Das Wachstum war 1995 etwas geringer als im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994 (+2,2%) und etwa gleich hoch wie im Durchschnitt der 15 EU-Länder.

¹⁾ Sie ist jener Teil des verfügbaren Nettoeinkommens der privaten Haushalte, der nicht für Zwecke des privaten Konsums verwendet wird, in Prozent des Gesamteinkommens.

Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nettoeinkommen der Unselbständigen Veränderung gegen das Vorjahr in %	Sparen ¹⁾ Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S	Konsumkredite ²⁾ Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S
1992	+6,7	+6,2	+94,13	+28,06
1993	+4,2	+5,7	+76,17	+21,07
1994	+5,6	+4,8	+84,85	+18,21
1995	+4,2	+2,8	+77,56 ³⁾	+16,33 ³⁾
1995. IV Quartal	+3,3	+1,5	+53,98 ³⁾	+ 3,58 ³⁾

¹⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. – ²⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkredite an denselben Personenkreis – ³⁾ Eigene Berechnungen

Aufgrund der mäßigen Einkommensentwicklung ging die Konsumsteigerung mit einem Rückgang der Sparquote einher. Nach ersten Berechnungen nahmen die Netto-Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) 1995 real um 0,6% zu, deutlich schwächer als die Konsumausgaben. Da sich die übrigen Einkommen nicht zuletzt konjunkturbedingt günstiger entwickelten, wuchsen die gesamten persönlich verfügbaren Einkommen wesentlich stärker (+1,7%), und die Sparquote ging etwas zurück (-0,2 Prozentpunkte). Offenbar hat der dämpfende Einfluß der Budgetkonsolidierung auf die Sparquote den expansiven Einfluß des Konjunkturaufschwungs überkompensiert.

Das Konsumwachstum ließ im Jahresverlauf nach. Im Durchschnitt des 1. Halbjahres waren die Ausgaben der privaten Haushalte real um 2,5% höher als im Vorjahr, im 2. Halbjahr um 1,4%. Saisonbereinigt verbesserte sich die Nachfrage vom 1. zum 2. Halbjahr um 0,6%

Die Masseneinkommen stiegen im 1. Halbjahr um 1,4%, im 2. Halbjahr waren sie rückläufig (-0,3%). Stellt man die Entwicklung von Masseneinkommen (für die übrigen Einkommen gibt es keine unterjährig Information) und Konsumausgaben gegenüber, so verringerte sich die Sparquote in der zweiten Jahreshälfte deutlicher als in der ersten. Die Konsumenten reagierten also auf die schwächere Einkommensentwicklung mit verringertem Sparen. Dies spiegelt sich auch im Bankensparen: Die Spar-, Sicht- und Termineinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten nahmen nach groben Schätzungen per Saldo 1995 um 77,6 Mrd. S zu, um 8,6% schwächer als ein Jahr zuvor

Die Verschuldung der privaten Haushalte entwickelte sich 1995 mäßig. Die Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkredite an denselben Personenkreis) wurden 1995 nach ersten Schätzungen um 16,3 Mrd. S ausgeweitet, nachdem sie im Vorjahr um 18,2 Mrd. S gestiegen waren (-10,3%).

Die geringe Bereitschaft der privaten Haushalte sich zu verschulden dürfte mit einer Verschlechterung des Kon-

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1976/1993 Jährliche Veränderung in %	1994 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 IV Quartal das Vorjahr
Nahrungsmittel und Getränke	+1,4	-0,0	+0,2	-0,5
Tabakwaren	+0,2	+4,6	-5,9	-7,2
Kleidung	+0,9	-2,8	-5,6	-6,8
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+2,5	+3,6	+2,9	-2,5
Heizung und Beleuchtung	+2,5	-2,7	+5,0	+8,5
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+3,8	+9,8	+7,3	+5,6
Verkehr	+3,1	+0,6	+1,1	+3,8
Sonstige Güter und Leistungen	+3,3	+6,4	-2,2	-6,8
Privater Konsum insgesamt	+2,3	+2,5	+1,9	+1,1
Dauerhafte Konsumgüter	+2,8	+0,9	+1,5	-0,3

Q: ÖSTAT eigene Berechnungen; vorläufige Werte – ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung

sumklimas zusammenhängen. Nach Erhebungen des Ifes (Institut für empirische Sozialforschung) und der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) war der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der erwarteten Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Durchschnitt des Jahres 1995 um 16,1% niedriger als im Vorjahr. Auch der Indikator der Arbeitsplatzsicherheit (-12,1%) ging deutlich zurück. Günstiger wurde hingegen die künftige Preisentwicklung (+5,9%) eingeschätzt. Offenbar erwarten die Konsumenten, daß die Preisvorteile des EU-Beitritts zunehmend weitergegeben werden.

Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern – sie reagiert erfahrungsgemäß auf Einkommensschwankungen relativ deutlich – stieg im Jahresdurchschnitt 1995 real um 1,5%. Der Zuwachs war im 2. Halbjahr (+0,3%) wegen des höheren Ausgangsniveaus niedriger als im 1. Halbjahr. Saisonbereinigt verschlechterte sich die Nachfrage nicht

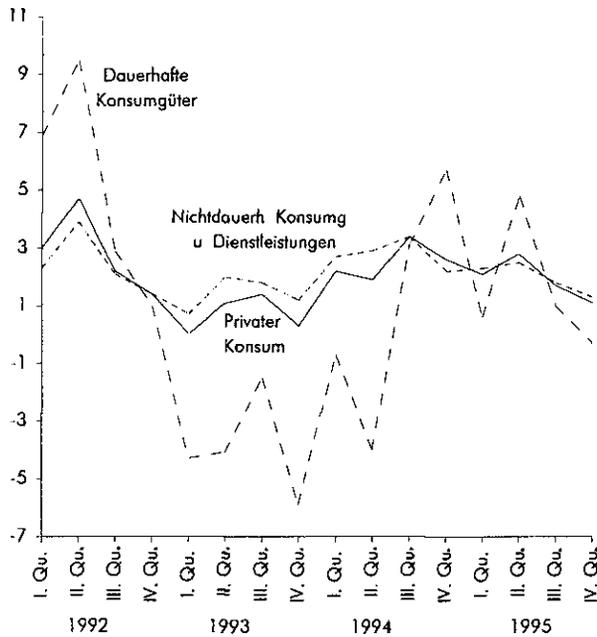
Unter den *dauerhaften Konsumgütern* war die Nachfrage nach Pkw (-1,2%) sowie insbesondere Uhren und Schmuckwaren (Einzelhandel -3,8%) rückläufig. Günstig entwickelte sich die Nachfrage nach Möbeln (+3,5%; „Trend zur neuen Häuslichkeit“) und vor allem nach optischen und feinmechanischen Erzeugnissen (+11,0%).

STARKER ANSTIEG DER WARENDIREKT-IMPORTE

Die Nachfrage nach *nichtdauerhaften Waren und Dienstleistungen* (sie wird erfahrungsgemäß weniger von Konjunkturschwankungen beeinflusst) übertraf 1995 das Vorjahresniveau um 2,0% (1. Halbjahr +2,4%, 2. Halbjahr +1,5%). Wie 1994 weiteten die Österreicher auch heuer ihre Ausgaben im Ausland deutlich aus. Diese Entwicklung wurde nicht nur von der reinen Tourismussachfrage getragen, maßgeblichen Anteil hatten vielmehr die Ausgaben für Warendirektimporte.

Nachfrageentwicklung nach Güterarten des privaten Konsums

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %, zu Preisen von 1983



Laut einer Erhebung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank gaben die Österreicher 1995 (nominell) 31 Mrd. S für Warendirektimporte aus, um rund 5 Mrd. S mehr als 1994. Davon flossen – wie eine Studie des Instituts für Handelsforschung bestätigt – gut 20 Mrd. S ins benachbarte Ausland. Der größte Zuwachs ergab sich im Direktimport aus Italien. Zurückzuführen ist diese Entwicklung hauptsächlich auf Abwertungen (Lira), verbesserte Einkaufsmöglichkeiten nach dem EU-Beitritt²⁾ (zum Teil auch der „Reiz des Neuen“) und auf unterschiedliche Preisniveaus (insbesondere im Osten).

Für die Konsumenten ergaben sich durch den billigeren Einkauf im Ausland und den dadurch ausgelösten Preisdruck im Inland Wohlfahrtsgewinne. Das so ersparte Geld konnte für zusätzliche Ausgaben im Inland, vermehrtes Sparen usw. verwendet werden. Auf die Effekte für den Handel in Österreich wird weiter unten genauer eingegangen.

Unter den übrigen Waren und Dienstleistungen wuchsen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung (+4,9%) sowie Heilmittel (+4,4%) kräftig, die Kinobesuche entwickelten sich sehr schwach (-15,5%).

²⁾ Vor dem EU-Beitritt galt für den privaten Direktimport eine Obergrenze (zuletzt 2.500 S pro Person), bis zu der Waren zoll- und umsatzsteuerbefreit eingeführt werden konnten. Nach dem EU-Beitritt können Waren für den privaten Verbrauch nahezu unbegrenzt eingeführt werden, allerdings ist für alle Einkäufe lohne Freigrenze die Mehrwertsteuer des Ursprungslandes zu entrichten.

Umsätze im Groß- und Einzelhandel

Real

	Ø 1973/ 1993	1994	1995	1995 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen in %	gegen in %	das Vorjahr
Großhandel	+3,4	+3,9	-0,5	-3,2
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genussmittel	+2,6	+3,0	-4,0	-4,6
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+1,2	+2,6	-1,7	-8,3
Fertigwaren	+4,9	+6,4	+1,4	-1,2
Einzelhandel	+2,1	+1,0	-0,2	-1,0
Dauerhafte Konsumgüter	+3,3	+0,5	+1,5	+1,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+1,6	+1,3	-1,1	-2,0

Q: Indizes des ÖSTAT Ø 1973 = 100.

UMSATZ- UND PREISRÜCKGÄNGE IM GROSS- UND EINZELHANDEL

Vom EU-Beitritt waren mittelfristig aufgrund von Wohlstandssteigerungen positive Einflüsse auf den Brutto-Produktionswert des Handels, als Folge von Produktivitätssteigerungen hingegen dämpfende Einflüsse auf die Beschäftigung zu erwarten. Kurzfristig lag nahe, daß die Österreicher vermehrt direkt importieren würden, um Preisvorteile zu nutzen und die neuen Märkte kennenzulernen.

1995 brach die Konsum Genossenschaft nach Jahren mit Verlusten im operativen Geschäft zusammen. Die Wettbewerbsverschärfung im Zuge des EU-Beitritts hat diese Entwicklung etwas beschleunigt, nicht jedoch ausgelöst.

1995 war es erstmals österreichweit möglich, am Marienfeiertag (8. Dezember) die Geschäfte offenzuhalten. Shoppingfahrten ins benachbarte Ausland sollten dadurch eingedämmt werden. Zum einen eröffnete dies ein zusätzliches Umsatzpotential³⁾, zum anderen ging ein Teil der an diesem Tag getätigten Umsätze zu Lasten von anderen Tagen. Per Saldo ergab sich dadurch für den Dezember eine Umsatzsteigerung um 0,8 Mrd. S (±0,5 Mrd. S), etwa 1,5% des Umsatzes in diesem Monat. Das Weihnachtsgeschäft 1995 brachte insgesamt einen leichten realen Zuwachs⁴⁾.

Der Geschäftsgang des Einzelhandels hängt von den entsprechenden Ausgaben der Österreicher und der Ausländer im Inland ab. Die Ausgaben der Österreicher im Inland wuchsen nicht zuletzt wegen der vermehrten Auslandsausgaben nur mäßig, die Ausgaben der Ausländer (-4,4%) gingen wegen des schwachen Ausländertourismus deutlich zurück.

Die vermehrten Warendirektimporte, die wie erwähnt den Konsumenten Wohlfahrtsgewinne brachten, wenn

³⁾ Laut IFH dürften die Umsätze am 8. Dezember selbst zwischen 1,8 Mrd. S und 2,2 Mrd. S gelegen sein.

⁴⁾ Der reale Umsatzrückgang im Dezember insgesamt ist auf den Ausfall eines Verkaufstags nach Weihnachten zurückzuführen.

Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel

Nominell

	Ø 1973/ 1993	1994	1995	1995 IV Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandel				
Umsätze	+5,8	+4,6	-0,8	-6,0
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genussmittel	+4,7	+5,8	-10,0	-17,3
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+4,5	+4,0	+4,2	-1,7
Fertigwaren	+7,1	+6,5	+1,2	-3,0
Wareneingänge	+5,8	+5,0	-2,1	-8,1
Einzelhandel				
Umsätze	+5,5	+3,1	-0,3	-2,0
Dauerhafte Konsumgüter	+6,3	+2,9	+1,5	+0,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+5,1	+3,2	-1,1	-3,0
Wareneingänge	+5,3	+3,5	-1,2	-1,5

Q: Indizes des ÖSTAT Ø 1973 = 100; Nettowerte (ohne Mehrwertsteuer)

sie günstiger einkaufte, bedeuteten für den Handel Umsatzentgang sowie verschärften Wettbewerbs- und insbesondere Preisdruck, der zur Rationalisierung zwang und mit Beschäftigungsabbau verbunden war. Nach Modellsimulationen des WIFO hatte der Anstieg der Warendirektimporte 1995 einen Verlust von rund 500 Arbeitsplätzen im Handel zur Folge³⁾. Insgesamt sind Kaufkraftabflüsse auch nach internationalen Studien eher ein Problem einzelner Regionen und Branchen als der Gesamtwirtschaft. Sie sind auch nicht als „Einhauptstraße“ zu verstehen.

Die gedämpfte Entwicklung der Ausgaben der Österreicher im Inland und die vermehrten Direktimporte engten 1995 den Expansionspielraum des Einzelhandels ein. Seine Umsätze unterschritten das ohnehin niedrige Niveau des Vorjahres leicht (real -0,2%, 1. Halbjahr +0,2%, 2. Halbjahr -0,6%). An nichtdauerhaften Waren – auf die der Großteil der Warendirektimporte entfiel – wurde real um 1,1% weniger verkauft, während die Umsätze mit dauerhaften Waren Zuwächse brachten (+1,5%). Die Nachfrage nach diesen Gütern war im Vorjahr trotz guter Einkommensentwicklung relativ schwach gewesen, weil die Österreicher vom EU-Beitritt Preissenkungen erwarteten und deshalb den Kauf dieser Güter zum Teil aufschoben.

Die Umsätze des *Großhandels* werden neben der relativ stabilen Konsumnachfrage auch von der Entwicklung der Industrieproduktion und des Außenhandels beeinflusst. Sein Geschäftsgang ist konjunkturreaktiver als jener des Einzelhandels.

Im 1. Halbjahr 1995 setzte der Großhandel bei guter Konjunktur mehr um als im Vorjahr. Als sich die Wirtschaftsentwicklung eintrübte, gingen die Umsätze des Großhandels deutlich zurück (2. Halbjahr -2,5%). Im Jahresdurchschnitt 1995 waren sie um 0,5% niedriger

³⁾ In der Gesamtwirtschaft gingen demnach knapp 1 500 Arbeitsplätze verloren; an Mehrwertsteuer und Importabgaben nahm der Staat um rund ¼ Mrd. S weniger ein.

als ein Jahr zuvor. Rückläufig waren vor allem die Umsätze mit Agrarerzeugnissen (-4,0%) – ein Bereich, der vom EU-Beitritt stark betroffen war –, während der Großhandel mit Fertigwaren Zuwächse erzielte (+1,4%).

Der Zusammenbruch der Konsum Genossenschaft, der Rationalisierungsdruck in der Folge des EU-Beitritts und die Konjunkturabschwächung hatten 1995 einen leichten Rückgang der Beschäftigung im Handel zur Folge (Einzelhandel -0,2%, Großhandel -1,4%).

Der verstärkte Wettbewerbs- und Preisdruck (vermehrte Direktimporte) ließ erstmals seit 1966 die Preise im Einzelhandel sinken (gemessen am impliziten Preisindex -0,1%, Nahrungsmittel -2,2%). Auch der Großhandel mußte trotz eines kräftigen Anstiegs der Rohstoffnotierungen seine Preise 1995 insgesamt senken (-0,3%; Nahrungsmittel -6,3%).

Die Lager des Handels wurden 1995 tendenziell abgebaut. Die Wareneingänge sanken sowohl im Einzelhandel (nominell -1,2) als auch im Großhandel (-2,1%) stärker als die Umsätze (Einzelhandel nominell -0,3%, Großhandel -0,8%).

Michael Wüger

Statistik: Inge Buder, Martina Einsiedl

EU-BEITRITT DÄMPFT PREISAUFTRIEB

Österreich wies in den Jahren 1993 und 1994 trotz der Höherbewertung des Schillings eine höhere Inflationsrate auf als selbst Länder, die stark abgewertet hatten. Erst seit dem Beitritt zur EU zählt Österreich wieder zu den Ländern mit niedriger Inflationsrate. Allerdings waren die preisdämpfenden Auswirkungen des EU-Beitritts geringer, als allgemein erwartet worden war. Nachwirkungen sind auch für 1996 und die Folgejahre zu erwarten.

LEICHTER ANSTIEG DER ROHSTOFFPREISE

Der Auftrieb der Rohstoffpreise, der Anfang 1994 mit dem Konjunkturaufschwung in den USA und einigen anderen Ländern eingesetzt hatte, hielt bis zum Frühjahr 1995 an. Danach bröckelten die Notierungen etwas ab. Auf Dollarbasis erhöhten sich die Preise nichtenergetischer Rohstoffe laut HWWA-Index im Jahresdurchschnitt um 14,0%; Energierohstoffe verteuerten sich um 7,9%. Die Kostenbelastung der heimischen Verarbeiter blieb jedoch infolge des Wertgewinns des Schillings gegenüber dem Dollar nahezu unverändert. Die Notierungen nichtenergetischer Rohstoffe stiegen auf Schillingbasis um nur 1%, Energierohstoffe waren um 4,5% billiger als im Vorjahr.

Die ruhige Entwicklung der Rohstoffpreise spiegelt sich im Verlauf der Großhandelspreise. Die Verbilligung der

Entwicklung der Preise

	Ø 1985/1995 Jährliche Veränderung in %	1994 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Weltmarktpreise insgesamt¹⁾			
Dollarbasis	- 1,9	+ 2,4	+ 10,1
Schillingbasis	- 8,7	+ 0,3	- 2,5
Ohne Energierohstoffe	- 3,4	+ 16,8	+ 1,0
Nahrungs- und Genußmittel	- 6,1	+ 21,3	- 8,3
Industrierohstoffe	- 1,9	+ 14,5	+ 5,9
Agrarische Industrierohstoffe	- 0,7	+ 19,3	+ 10,3
NE-Metalle	- 2,5	+ 15,4	+ 8,6
Energierohstoffe	- 10,8	- 7,0	- 4,5
Preisindex des Brutto-Inlandsproduktes			
Importpreise ²⁾	- 0,5	+ 0,7	+ 0,6
Exportpreise ²⁾	- 0,3	+ 0,9	+ 1,0
Preisindex des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,8
Investitionsgüter	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,3
Bauten	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,3
Ausüstungsinvestitionen	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,2
Privater Konsum	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,2

¹⁾ HWWA-Index, Basis 1975. – ²⁾ Im engeren Sinn ohne Dienstleistungen! WIFO-Schätzung, laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung

Intermediärgüter – zu der freilich auch der Verfall der Preise landwirtschaftlicher Produkte beitrug – erreichte 1,2%. Die Preise von Investitionsgütern waren nahezu stabil (+0,3%). Die Konsumgüterpreise dagegen erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um 1,7%; ihr Verlauf wurde in der ersten Jahreshälfte durch die Teuerung von Kartoffeln bestimmt

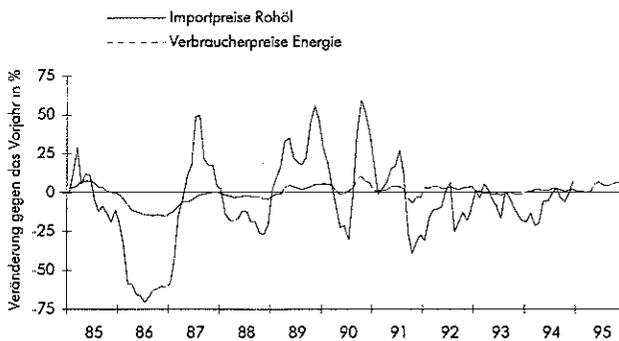
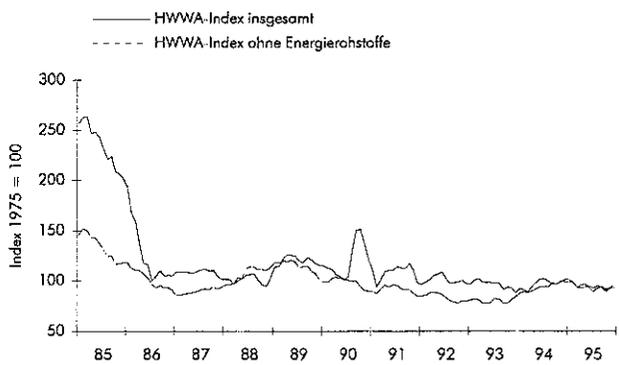
EU-EFFEKTE DOMINIEREN ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE

Österreichs EU-Beitritt hat den Wettbewerb auf allen Produktions- und Handelsstufen verschärft. Preisdämpfende Wirkungen auf der Ebene der Endverbraucher dürften erst mit einiger Verzögerung eintreten, soweit sie auf Kostensenkungen beruhen. Eine wichtige Ausnahme sind die Nahrungsmittelpreise, sie gingen zur Jahreswende 1994/95 zügig zurück. Für Industriewaren konnten Verbilligungseffekte erst im 2. Halbjahr 1995 beobachtet werden. Die Integration scheint den Auftrieb der Dienstleistungspreise dagegen noch kaum gedämpft zu haben¹⁾.

Die Teuerungsrate laut Verbraucherpreisindex verringerte sich in den ersten Monaten des Jahres 1995 gegenüber Ende 1994 nur geringfügig, obwohl der Vorjahresvergleich nicht mehr durch Tarif- und Steuererhöhungen belastet war und der starke Rückgang der Produzentenpreise in der Landwirtschaft ein rasches Absinken der Inflationsrate erwarten ließ. Diese Erwartungen wurden vorerst enttäuscht. Erst im Frühsommer setzte eine deutliche Beruhigung ein. Im Durchschnitt von Juli bis September ermäßigte sich der Preisauftrieb auf 2,1%; neben der Verbilligung von Saisonwaren drück-

¹⁾ Für Einzelheiten siehe Pollan, W., „Die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Verbraucherpreise“, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(1).

Überblick über die Preisentwicklung



ten vor allem große Preisnachlässe für Oberbekleidung und Schuhe die Teuerungsrate. Im IV. Quartal lag die Inflationsrate unter der Marke von 2%, im Jahresdurchschnitt erreichte sie 2,2%.

Die Eingliederung Österreichs in den großen europäischen Wirtschaftsraum hatte unterschiedliche Auswirkungen auf die Verbraucherpreise. Am stärksten waren die Nahrungsmittelpreise betroffen. Vor dem EU-Beitritt

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1985/1995 Jährliche Veränderung in %	1994 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Index der Verbraucherpreise	+2,7	+3,0	+2,2
Saisonwaren	+1,5	+0,9	+3,0
Nicht-saisonwaren	+2,7	+3,0	+2,2
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+2,0	+1,8	-0,5
Tabakwaren	+2,3	+2,9	+3,4
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,2	+5,1	+5,7
Beleuchtung und Beheizung	-0,9	+0,3	+1,0
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+2,5	+2,7	+1,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+3,0	+3,4	+1,5
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+2,6	+1,6	+1,9
Körper- und Gesundheitspflege	+4,3	+4,5	+3,9
Freizeit und Bildung	+3,1	+2,2	+2,5
Verkehr	+2,5	+3,4	+3,2
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+1,6	+1,4	-1,7
Tabakwaren	+2,3	+2,9	+3,4
Industrielle und gewerbliche Waren	+2,6	+2,5	+1,3
Dienstleistungen (nicht preisgeregelt)	+4,2	+3,3	+3,4
Tarife (ohne Strom und Gas)	+3,5	+5,2	+3,5
Energie	-0,6	+1,4	+3,7
Mieten	+4,7	+6,4	+7,6
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,7	+4,0	+4,7

waren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und die Verbraucherpreise erheblich über dem EU-Niveau gelegen. Von der deutlichen Senkung der Erzeugerpreise im Gefolge der Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik profitierten auch die Konsumenten. Die Verbilligung von Lebensmitteln blieb allerdings anfangs unter den Erwartungen. Am stärksten gaben die Preise von Grundnahrungsmitteln (hauptsächlich Milch und Milchprodukte, Mehl und Mehlprodukt) nach, sie lagen im Jahresdurchschnitt um 10,8% unter dem Vorjahresniveau. Fleisch, Geflügel und Fische verbilligten sich dagegen um nur 1,0%. Die Preise von Nahrungsmitteln gaben insgesamt um 1,7% nach.

Eine weitere Gruppe von Preisen, die von der Integration betroffen sein könnten, sind jene der industriellen und gewerblichen Waren. Hier zeigte sich anfangs noch keine Tendenz zur Inflationsverlangsamung; die Teuerungsrate lag sogar über jener in Westdeutschland. Erst im 2. Halbjahr verflachte der Preisauftrieb; dazu trug allerdings die Einbeziehung der Preise von Oberbekleidung und Schuhen aus Sommerschlussverkäufen erheblich bei. Im Jahresdurchschnitt verringerte sich die Preissteigerungsrate von 2,5% (1994) auf 1,3% (1995). Die Entwicklung der Dienstleistungspreise scheint dagegen im Laufe des Jahres 1995 noch kaum von der Integration beeinflusst gewesen zu sein. Die Erhöhung sowohl von Tarifen (+3,5%) als auch von Preisen sonstiger Dienstleistungen (+3,4%) lag über der allgemeinen Inflationsrate.

Wenn man den Preisverlauf in Westdeutschland als Maßstab heranzieht, läßt sich der preisdämpfende Effekt des Beitritts zur EU im 1. Halbjahr 1995 auf fast

Effektivverdienste

	Ø 1985/ 1995 Jährliche Veränderung in %	1994 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 In S
<i>Gesamtwirtschaft</i>				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+4,5	+3,1	+3,8	27 564
<i>Industrie</i>				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+5,0	+4,1	+4,5	32 173
Netto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+4,7	+4,0	+3,7	22 761
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter	+4,9	+4,0	+4,4	153 90
<i>Bauwirtschaft</i>				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+4,8	+5,5	+2,9	27 862
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter	+5,0	+5,7	+3,2	151 60

½ Prozentpunkt, im 2. Halbjahr auf fast ¾ Prozentpunkte schätzen. Der überwiegende Teil ist der Verbilligung der Nahrungsmittel zuzuschreiben.

Von außenwirtschaftlichen Faktoren, insbesondere der Integration, relativ unabhängig ist die Entwicklung der Mieten und der Tabakpreise. Der Auftrieb der Wohnungsmieten beschleunigte sich von 6,4% 1994 auf 7,6% 1995. Auch Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung (Gebühren und Tarife auf Gemeindeebene sowie Baumaterial) verteuerten sich mit +4,7% stärker als im Vorjahr. Die Preise von Tabakwaren wurden um 3,4% erhöht. Energieträger waren um 3,7% teurer als 1994.

LEICHTE BESCHLEUNIGUNG DES LOHNAUFTRIEBS

Die Erholung der Konjunktur im Jahr 1994 verstärkte in einigen Branchen den Lohnauftrieb. Wie im Vorjahr wurde die Lohnrunde im Herbst 1994 mit den Kollektivvertragsvereinbarungen für Metallarbeiter und Industrieangestellte eröffnet. Der Abschluß sieht eine Anhebung der Mindestlöhne und -gehälter um 3,8% und der Ist-Verdienste um 3,5%, mindestens aber um 600 S vor, weiters eine einmalige „Konjunkturprämie“ von 2.000 S. Damit stiegen die Ist-Löhne der Metallarbeiter um 4,2%. Diese Vereinbarung galt ab November 1994. Für das Metallgewerbe wurde ab Jänner 1995 dieselbe Vereinbarung getroffen. Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter der Handelsangestellten wurden um 3,6% erhöht.

Für die Eisenbahner (der Personalaufwand der ÖBB wurde aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert) und den öffentlichen Dienst wurden angesichts der Bemühungen zur Konsolidierung des Bundesbudgets merklich niedrigere Abschlüsse vereinbart. Die Gehälter der Eisenbahner wurden mit 1. Jänner 1995 um 2,5% und jene des öffentlichen Dienstes um 2,87% angehoben. Das Gehaltsübereinkommen für den öffentlichen Dienst wurde weiters bis Ende März 1996 verlängert.

Im Durchschnitt des Jahres 1995 stiegen die Tariflöhne in der Gesamtwirtschaft mit +3,4% nahezu gleich stark wie im Jahr zuvor. Die Steigerungsrate für den öffentli-

Probleme des Preisindex

Bestrebungen innerhalb der EU, einen harmonisierten Verbraucherpreisindex zu berechnen, ließen das Interesse an methodischen Fragen wieder aufleben. Zudem erreicht die Inflationsrate in den letzten Jahren in vielen OECD-Ländern niedrige Werte um etwa 2% und fällt damit stärker als bisher in den statistischen Unsicherheitsbereich.

Die Frage, ob der Verbraucherpreisindex die Inflation über- oder unterschätzt, betrifft folgende Bereiche:

- Wie werden Qualitätsveränderungen im Index berücksichtigt?
- Wie werden neue Güter in den Index eingeführt?
- Wieweit decken jene Geschäfte, die in die Preiserhebung einbezogen werden, die gesamte Wirtschaft ab?

Die theoretische Grundlage für den „wahren“ Verbraucherpreisindex liefert die ökonomische Theorie, und zwar die Konsumtheorie. Danach besteht die wichtigste Aufgabe des Verbraucherpreisindex darin, Vergleiche des Lebensstandards zwischen verschiedenen Zeitpunkten zu ermöglichen. Dementsprechend wird die Inflationsrate laut idealem Preisindex als die Veränderungsrate des Einkommens definiert, die notwendig ist, um einen unveränderten Lebensstandard (Nutzniveau) aufrecht zu erhalten, wenn sich die Preise ändern. Das theoretische Konzept wird dabei als Lebenshaltungskostenindex bezeichnet.

Die Wirtschaftswissenschaft hat zur Frage nach dem geeigneten Index eine Reihe von konkreten Lösungsvorschlägen ausgearbeitet. Der allgemein übliche Laspeyres-Index (Index mit konstanten Gewichten aus der Basisperiode) ist nur einer unter jenen, die den theoretischen Ansprüchen am besten genügen; von der praktischen Durchführung her kommt jedoch fast ausschließlich er in Frage. Auch der österreichische Verbraucherpreisindex ist vom Typ Laspeyres.

Der Laspeyres-Preisindex überschätzt den Anstieg der Lebenshaltungskosten zwischen zwei Zeitpunkten, da er die Möglichkeit einer Substitution von Gütern, deren relative Preise gestiegen sind, nicht vorsieht. Laut ökonomischer Theorie geht es nicht um die Kosten, die für den Erwerb eines Güterkorbes wie im Basisjahr anfallen, sondern um jene Kosten, die aufgewendet werden müssen, um dasselbe Nutzenniveau wie im Basisjahr zu erreichen. Der Unterschied zwischen einem statistischen Preisindex und dem theoretischen Konzept eines Lebenshaltungskostenindex ist als Substitutionsbias bekannt.

Im allgemeinen gilt die Vermutung, daß sich die *Qualität* vieler Waren mit der Zeit verbessert. Dies gilt besonders für dauerhafte Konsumgüter: Viele Verbesserungen bzw. neue Charakteristika, die anfangs nur in Luxusmodellen verfügbar waren, wurden später auch in Standardmodelle eingebaut.

In manchen Fällen verschlechtert sich jedoch die Qualität der angebotenen Waren; dies ist häufig dann der Fall, wenn der Preis eines Inputs steigt. Die Unternehmen ersetzen einen teureren Rohstoff durch einen billigeren. Diese Umstellung mag mit einem Verlust an Qualität verbunden sein, z. B. Ersatz von Baumwolle durch billigere synthetische Produkte.

Ein anderes Beispiel bezieht sich auf den Produktionsfaktor Arbeit, dessen Preis langfristig rascher steigt als jener anderer Faktoren. Man kann daher vermuten, daß die Qualität von Dienstleistungen, für sich allein genommen oder im Zusammenhang mit Waren, langfristig sinkt. Diese Entwicklung ist besonders deutlich im Einzelhandel in einem Trend zur Selbstbedienung: Wurden früher die Waren und Dienstleistungen dem Konsumenten in örtlicher Nähe angeboten, so ist er nun häufig gezwungen, mit dem Auto zum Geschäft zu fahren oder, etwa bei Tankstellen, selbst die Arbeit zu verrichten.

In der österreichischen Praxis wurden für eine Reihe von Gütern Qualitätsmerkmale aufgestellt, die als wesentlich gelten. Wenn ein wesentliches Qualitätsmerkmal dazukommt oder wegfällt, geht der Preis des veränderten Produktes mit einer Qualitätsanpassung in den Index ein. In den anderen Fällen werden Qualitätsveränderungen als zu klein angesehen, um berücksichtigt zu werden. Dies schließt die Gefahr ein, daß eine Vielzahl von kleinen Qualitätsänderungen sich zu großen Änderungen aufsummiert.

In den letzten Jahrzehnten nahm die Zahl der Konsumgüter rasch zu. In der Praxis werden die Preise von *neuen Gütern* nur in großen Abständen, anlässlich von Indexrevisionen, in den VPI aufgenommen. Daraus könnte sich eine Überschätzung der Inflationsrate ergeben: Neue Güter werden in der Regel zu einem hohen Preis in den Markt eingeführt²⁾; wenn später die zunehmende Konkurrenz den Preis drückt oder das Produkt in das Stadium der Massenproduktion eintritt, fällt der Preis. Wenn also ein Produkt erst nach dieser Phase fallender Preise in den Index aufgenommen wird, wird die Preissteigerungsrate zu hoch eingeschätzt.

Wie in vielen OECD-Staaten hat sich auch in Österreich das Gewicht im Einzelhandel zu Diskontgeschäften und Supermärkten mit niedrigeren Preisen verlagert. Ein Index mit einer fixen Verteilung der Gewichte nach Geschäftsart könnte daher im allgemeinen dazu tendieren, die Preisbewegung zu überschätzen (*Geschäftsbias*).

Die Probleme der Interpretation einer Verschiebung der Käuferströme von Fachgeschäften zu Supermärkten oder von Greißlergeschäften zu Märkten am Stadtrand ähneln jenen im Zusammenhang mit der Qualitätsveränderung. Ein Teil der beobachteten Preisunterschiede könnte Qualitätsunterschiede widerspiegeln.

Die Messung der Inflation durch den herkömmlichen Verbraucherpreisindex kann durch verschiedene Faktoren verzerrt sein; über deren Ausmaß besteht jedoch Unklarheit. In den USA und in Kanada etwa dürfte die Inflation um 1/2 bis 1 Prozentpunkt pro Jahr überschätzt werden.

Österreichs Teilnahme am EWR und dann der EU-Beitritt lösten vielfältige Effekte aus, die auch den Verbraucherpreisindex berühren. Die oben angeführten Probleme der Erstellung eines Verbraucherpreisindex (als Lebenshaltungskostenindex) könnten sich in den letzten Jahren verstärkt haben. Im internationalen Vergleich der Inflationsraten kommt es jedoch nicht auf das absolute Ausmaß der Verzerrung an, sondern darauf, wieweit die Verzerrungen in Österreich größer sind als in anderen Ländern.

²⁾ Auch das Gegenteil mag eintreten: Der Preis wird zu Beginn niedrig angesetzt, um die Konsumenten an das neue Gut zu gewöhnen und später angehoben.

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1994	1995	1994	1995	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+3,8	+3,7	+3,4 ¹⁾	+3,3 ¹⁾	+3,5	+3,4
Ohne öffentlichen Dienst	+3,8	+3,7	+3,8 ¹⁾	+3,6 ¹⁾	+3,8	+3,6
Gewerbe	+3,9	+3,7	+3,6	+3,6	+3,8	+3,7
Baugewerbe	+4,0	+3,8	+3,9	+3,7	+4,0	+3,7
Industrie	+3,9	+3,7	+3,8	+3,7	+3,8	+3,7
Handel	+3,5	+3,7	+3,5	+3,5	+3,5	+3,6
Verkehr	+3,4	+3,8	+3,4 ¹⁾	+3,5 ¹⁾	+3,4	+3,5
Fremdenverkehr	+3,2	+3,6	+2,7	+2,8	+3,1	+3,4
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen			+3,7	+3,2	+3,7	+3,2
Freie Berufe			+7,2	+5,1	+7,2	+5,1
Land- und Forstwirtschaft	+3,2	+3,0	+3,7	+3,2	+3,4	+3,1
Öffentlicher Dienst			+2,6 ²⁾	+2,9 ²⁾	+2,6	+2,9

¹⁾ Angestellte und Bedienstete – ²⁾ Bedienstete

chen Dienst lag mit 2,9% um ¼ Prozentpunkte unter jener im privaten Sektor. Hier wiederum konnten die Beschäftigten im Sachgüterbereich überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erzielen.

Die gute Konjunkturlage ließ die Effektivverdienste 1995 etwas rascher als die Tariflöhne steigen. Die Leistungseinkommen je unselbständig Beschäftigten erhöhten sich um 3,8%, um ¼ Prozentpunkt stärker als 1994. Für jene beiden Bereiche, die statistisch besser erfaßt sind, die Industrie und die Bauwirtschaft, lassen sich unterschiedliche Tendenzen beobachten. In der Bauwirtschaft, die bereits seit Beginn 1995 unter einer Flaute litt, stellte sich nach mehreren Jahren positiver Lohndrift wieder eine negative Lohndrift ein: Die Brutto-Stundenverdienste je Arbeiter stiegen mit +3,2% um gut ½ Prozentpunkt schwächer als die Tariflöhne, nachdem sie 1994 noch um 5,7% zugenommen hatten. In der Industrie dagegen hielt die relativ kräftige Lohnentwicklung länger an. Zwar verlangsamte sich die Lohnbewegung im Laufe des Jahres, die Effektivverdienste erhöhten sich aber immer noch merklich stärker als die Tariflöhne

1995 brach das Wachstum der Netto-Masseneinkommen ein. Die Zuwachsrate ging von 4,8% 1994 auf 2,8% 1995 zurück, da die Transfereinkommen langsamer, die Abzüge dagegen wesentlich rascher als die Lohn- und Gehaltssumme stiegen. Bei einer Teuerungsrate von

Masseneinkommen

	Ø 1985/1995	1994	1995
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Private Lohn- und Gehaltssumme brutto	+5,4	+3,0	+4,0
Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme brutto	+5,5	+5,3	+3,1
Leistungseinkommen brutto	+5,4	+3,5	+3,8
Je Beschäftigten	+4,5	+3,1	+3,8
Real ¹⁾	+1,8	+0,1	+1,5
Transfereinkommen brutto	+6,3	+6,3	+2,9
Abzüge insgesamt	+6,1	+3,3	+5,8
Masseneinkommen, netto	+5,6	+4,8	+2,8
Real ¹⁾	+2,8	+1,8	+0,6

¹⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex

Lohnrunde 1995

	Kollektivvertragsabschluß	
	Zeitpunkt	Mindestlöhne ¹⁾ Erhöhung in %
Öffentlicher Dienst	Jänner	+2,8
Arbeiter		
Metallgewerbe	Jänner	+3,9
Erdölverarbeitung	Februar	+3,6
Bekleidungsindustrie	März	+2,8 ²⁾
Druck und Grafik	März	+3,3
Textilindustrie	April	+3,4
Stein- und keramische Industrie	Mai	+4,1
Bauwirtschaft	Mai	+3,8
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+3,6
Holzverarbeitung	Mai	+3,7
Chemische Industrie	Mai	+4,2
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+3,7
Glasindustrie	Juni	+3,3
Metallindustrie	November	+3,8
Angestellte		
Handel	Jänner	+3,5
Banken	Februar	+3,1 ¹⁾
Holzverarbeitung	März	+3,5
Versicherungen	April	+3,8
Textilindustrie	April	+3,4
Glasindustrie	November	+3,7
Chemische Industrie	November	+4,3
Papierindustrie	November	+4,3
Stein- und keramische Industrie	November	+4,0
Metallindustrie	November	+3,8

¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ Zusätzlich Einmalzahlung von 5.000 S. – ³⁾ Mai +0,2% – ⁴⁾ Zusätzlich Einmalzahlung von 2.500 S. – ⁵⁾ Jänner +0,2% Februar +2,9%

2,2% trug die Erhöhung der Massenkaufrkraft 1995 nur wenig zur Stärkung des privaten Konsums bei.

HERBSTLOHNRUNDE 1995

Die Verhandlungen im Herbst 1995 standen unter dem Eindruck des Konjunkturabschwungs, der sich bereits in Beschäftigungseinbußen niederschlug. An die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde die Forderung einer Null-Lohnrunde gestellt. Der gemeinsame Abschluß der Metallarbeiter und der Industrieangestellten ergab eine Ist-Lohnerhöhung von 3,5% und eine Tariflohnsteigerung von 3,8% (mindestens 650 S.) sowie eine Einmalzahlung von 2.500 S. Damit entspricht der Abschluß im großen und ganzen jenem vom Vorjahr; rechnet man die Einmalzahlungen, die in der Lohnrunde 1995 und 1994 vereinbart wurden, in die Erhöhung der Ist-Löhne ein, so ergibt sich mit rund 3,6% ein geringerer Prozentsatz als im Vorjahr. Niedrigere Abschlüsse für die Angestellten einiger Branchen (Ist-Löhne in der Nahrungsmittelindustrie +2,6%, Tariflöhne +3,1%) signalisierten für weitere Vereinbarungen einen gewissen Spielraum je nach Ertragslage und Auslastung. Der Abschluß für die Arbeiter im eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe sah eine Erhöhung der Ist-Löhne um 3,5%, der Tariflöhne um 3,8% vor. Die Tariflöhne der Handelsangestellten wurden dagegen mit 1. Jänner 1996 um nur 2,8% angehoben.

Die Anstrengungen der öffentlichen Hand, das Budgetdefizit in den Griff zu bekommen, bestimmten die Verhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen

Dienstes. Anfang 1996 wurde für 1996 eine Einmalzahlung von 2.700 S, für 1997 eine Einmalzahlung von 3.500 S vereinbart. Für 1996 bedeutet dies eine Erhöhung der Gehälter um rund 0,7%. Anfang 1996 tritt die zweite Etappe der Besoldungsreform in Kraft; sie betrifft Akademiker und Maturanten. Die Eisenbahner hatten bereits im Dezember 1995 eine Anhebung um 2,8% im Durchschnitt erreicht.

Laut Tariflohnindex ergab sich in den ersten zwei Monaten des Jahres 1996 eine Steigerung der Tarifföhne in der Gesamtwirtschaft um 2,6%, in der Privatwirtschaft allerdings von 3,3%.

Wolfgang Pollan

Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel

SICHTBARE VERSCHLECHTERUNG DER ARBEITSMARKTLAGE

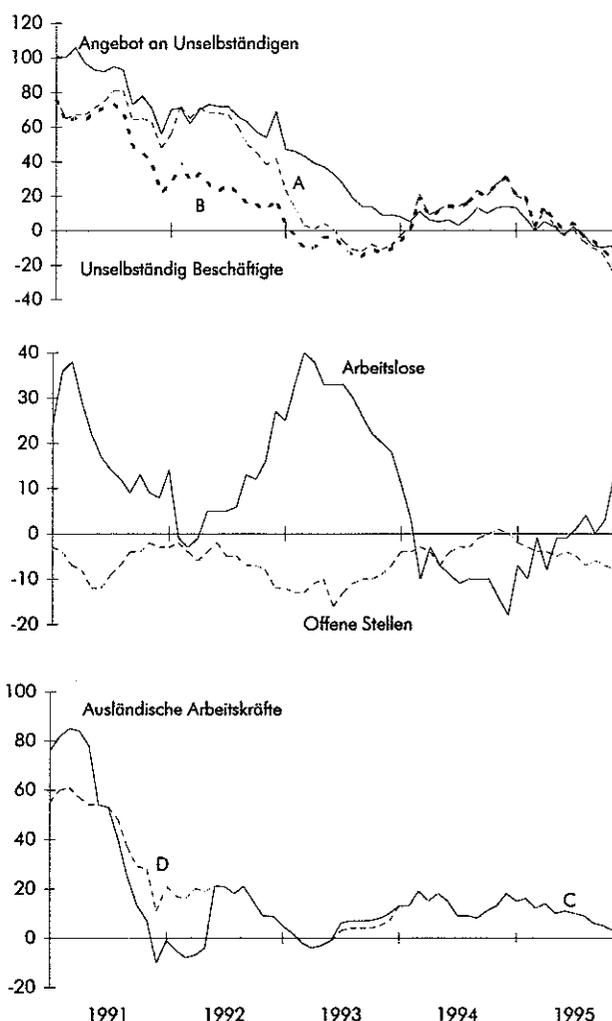
Das Wirtschaftswachstum stimulierte 1995 die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht. Die Beschäftigung stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg sogar leicht. Die Erwerbsbeteiligung von Inländern sank weiter; dies konnte im Gegensatz zu den Vorjahren nicht durch das steigende Arbeitskräfteangebot von Ausländern kompensiert werden. Zum Rückgang des gesamten Arbeitskräfteangebotes trugen sowohl der verstärkte Abstrom älterer Arbeitskräfte aus der Beschäftigung als auch eine geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen der mittleren Altersgruppen bei. So stieg die Arbeitslosigkeit nur mäßig, obwohl die Konjunkturabschwächung und der verstärkte Druck zur Produktivitätssteigerung den Zugang erhöhten und einen stärkeren Abgang aus der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung verhinderten.

Mit dem Abflauen des Aufschwungs verlangsamte sich der Beschäftigungszuwachs im I und II Quartal 1995 und wurde im August von einem zunehmenden Beschäftigungsabbau abgelöst. Insgesamt sank die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1995 gegenüber dem Vorjahr um rund 2.500. Gleichzeitig ging die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden in der Land- und Forstwirtschaft weiter zurück, sodaß 1995 um 12.300 weniger Personen erwerbstätig waren als ein Jahr zuvor (-0,4%)

Auch das Arbeitskräfteangebot war 1995 geringer als im Vorjahr (-11.600, -0,3%). Zwar wuchs die Zahl der

Der Arbeitsmarkt seit 1991

Veränderung gegen das Vorjahr in 1 000



- A Offizielle Beschäftigung einschließlich Karenzurlauben
- B Beschäftigung ohne Karenzurlauben
- C Offizielle Zeitreihe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ab 1994 Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- D . Bereinigt um statistische Brüche (WIFO-Schätzung)

Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Karenz stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich

Ausländer, doch kompensierte dies nicht den Rückgang der Zahl inländischer Arbeitskräfte. Die Ursache für die Abnahme des Angebotes liegt in der geringeren Erwerbsbeteiligung sowohl von älteren Personen (Inanspruchnahme von Sonderunterstützung und Frühpensionierung) als auch von Frauen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen in der Folge nur leicht (+800, +0,4%). Die Arbeitslosenquote der Unselbständigen stieg von 6,5% 1994 auf 6,6% 1995. Dem stand, wie schon in den Vorjahren, ein Rückgang der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen gegenüber (Jahresdurchschnitt 25.000, -5.200, -17,3%)

Die Abnahme der Zahl der sozialversicherten unselbständig Beschäftigten ist primär auf die sinkende Zahl von Karenzurlauben zurückzuführen; in der Summe

Der Arbeitsmarkt 1995

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzurlauberrinnen	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1991	2.997.400	+68.700	41.700	185.000	+19.200	49.400	-6.200
Ø 1992	3.055.800	+58.500	76.500	193.100	+8.100	44.100	-5.300
Ø 1993	3.054.900	-900	84.100	222.300	+29.200	32.900	-11.200
Ø 1994	3.070.700	+15.800	85.400	214.900	-7.300	30.200	-2.700
Ø 1995	3.068.200	-2.500	82.800	215.700	+800	25.000	-5.200
1995 Ø I. Quartal	3.023.400	+12.800	84.300	256.200	-5.900	26.100	-2.900
Ø II. Quartal	3.068.500	+4.500	83.200	193.400	-3.400	29.100	-4.500
Ø III. Quartal	3.133.400	-4.900	82.200	178.900	+1.700	25.400	-6.100
Ø IV. Quartal	3.047.400	-22.600	81.400	234.400	+10.700	19.400	-7.300

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld

der einzelnen Wirtschaftsklassen blieb die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt konstant (+600); dahinter steht jedoch eine geschlechtsspezifisch unterschiedliche Entwicklung. So standen weniger Männer und mehr Frauen als 1994 in einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis.

Wie schon 1994 ist die Zunahme der Frauenbeschäftigung ausschließlich auf den Anstieg der Zahl ausländischer Frauen zurückzuführen. Dagegen machte der leichte Anstieg der Beschäftigung von ausländischen Männern den Rückgang der Inländerbeschäftigung nicht wett. Insgesamt stieg die Ausländerbeschäftigung um 3,2% (+9.300), jene der Inländer sank um 0,4% (-11.800).

Rund 30% des Beschäftigungszuwachses der Ausländer entfielen auf EU-Bürger, für die keine Beschäftigungsbewilligung erforderlich ist. Die Zahl der Ersteintritte aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt sank deutlich; der Beschäftigungsanstieg wurde in dieser Gruppe fast ausschließlich aus im Inland legal ansässigen Ausländern rekrutiert (Biffi, G., Zur Niederlassung von Ausländern in Österreich, Expertise des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres, Wien, 1995).

Eine Analyse der Beschäftigung nach Wirtschaftsklassen ist für 1995 wegen der Umstellung von der Betriebsstatistik 1968 auf ÖNACE nur eingeschränkt möglich. Dankenswerterweise stellte der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eine Son-

derauswertung zur Verfügung, die eine Schätzung der Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftsklassen nach ÖNACE von 1994 auf 1995 erlaubt.

Der durch EU-Beitritt und Ostöffnung verstärkte Konkurrenzdruck äußerte sich sowohl im Sachgüterbereich als auch im Dienstleistungssektor. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten sank in Bergbau, Gewerbe und Industrie im Jahresdurchschnitt um 0,9% (-8.300); die Aufnahmekapazität des tertiären Sektors war weitaus geringer als im Vorjahr: Der Zuwachs gegenüber 1994 betrug 9.400 Personen (+0,5%).

Innerhalb der Sachgüterproduktion spiegeln sich unterschiedliche Tendenzen. Die zunehmende internationale Verflechtung, das Schwinden von Standortmonopolen und Nähe zu Billiglohnländern wirkten sich insbesondere im Versorgungsbereich und in weniger skillintensiven Branchen aus. Dies äußerte sich u. a. in der Energie- und Wasserversorgung mit einem Beschäftigungsrückgang um 800 Personen (-2,5%), in der Nahrungsmittelerzeugung mit -2.500 (-2,9%) und in einem forcierten Beschäftigungsabbau in der Textil- und Bekleidungsbranche (-4.200, -7,4%). Dagegen konnte in der Metallerzeugung und -verarbeitung der Beschäftigtenstand im Jahresdurchschnitt sogar ausgeweitet werden (+3.100, +1,2%).

Im Bauwesen waren 1995 um durchschnittlich 1.500 Personen weniger beschäftigt als 1994 (-0,5%). Dieser Wert verdeckt eine massive Verschlechterung im Jah-

Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Ausländische Arbeitskräfte insgesamt ¹⁾		Anteile an der Gesamtbeschäftigung ¹⁾	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr			Veränderung gegen das Vorjahr		
		Absolut	In %		Absolut	In %	
Ø 1991	256.700	+45.600	+21,6	8,6	20.500	+2.100	+11,6
Ø 1992	273.900	+17.200	+6,7	9,0	22.000	+1.500	+7,3
Ø 1993	276.000	+2.100	+0,8	9,0	27.100	+5.100	+23,2
Ø 1994	291.000	+15.000	+5,4	9,5	25.400	-1.600	-6,1
Ø 1995	300.300	+9.300	+3,2	9,8	24.900	-600	-2,2
1995 Ø I. Quartal	290.900	+14.500	+5,3	9,6	33.600	-2.200	-6,3
Ø II. Quartal	302.000	+11.800	+4,1	9,8	20.900	-1.600	-7,0
Ø III. Quartal	312.000	+8.200	+2,7	10,0	15.700	-300	-1,8
Ø IV. Quartal	296.200	+2.600	+0,9	9,7	29.300	+1.900	+6,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich - ¹⁾ Bis einschließlich 1993 WIFO-Schätzung der realen Beschäftigungsentwicklung

Unselbständig Beschäftigte 1995 nach Wirtschaftsklassen

	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr ¹⁾	
		Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	26.046	- 444	-1,7
Bergbau, Industrie und Gewerbe	945.336	-8.332	-0,9
Bergbau, Steine und Erden	14.618	- 155	-1,1
Nahrung, Getränke, Tabak	83.508	-2.461	-2,9
Textilien, Bekleidung, Leder	52.588	-4.197	-7,4
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei			
Vervielfältigung	86.858	- 699	-0,8
Chemie, Recycling	59.897	- 368	-0,6
Stein- und Glaswaren	33.904	- 150	-0,4
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	263.696	+3.137	+1,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	50.668	-1.168	-2,3
Energie- und Wasserversorgung	31.662	- 802	-2,5
Bauwesen	267.937	-1.469	-0,5
Dienstleistungen	2.000.879	+9.389	+0,5
Handel, Reparatur	493.083	+3.002	+0,6
Gaststättenwesen	141.655	-1.732	-1,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	228.917	-2.168	-0,9
Kredit- und Versicherungswesen	111.941	+ 865	+0,8
Unternehmensnahe Dienstleistungen	184.446	+4.898	+2,7
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	467.262	- 606	-0,1
Unterrichtswesen	115.631	- 692	-0,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	130.252	+5.481	+4,4
Sonstige öffentliche und private Dienste, territoriale Organisationen	122.989	+ 264	+0,2
Private Haushalte	4.703	+ 78	+1,7
Präsenzdienstler	13.156	- 553	-4,0
Bezieher von Karenzurlaubsgeld	82.771	-2.602	-3,0
Insgesamt	3.068.186	-2.546	-0,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger - ¹⁾ 1994; WIFO-Schätzung auf Basis einer Sonderauswertung des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger

resverlauf. Einem relativ hohen Beschäftigungsaufbau in den ersten zwei Monaten folgte ein anhaltender Rückgang; im Dezember war die Zahl der Arbeitskräfte um 7.000 geringer als im Vorjahr.

Der Handel verzeichnete 1995 einen überraschend hohen Beschäftigungszuwachs gegenüber 1994 (+3.000, +0,5%). Die Übernahme der Konsum Genossenschaft durch andere Handelsketten war mit keinem merklichen Beschäftigungsverlust verbunden. Aber auch hier verschlechterte sich die Lage in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Im IV. Quartal lag der Beschäftigtenstand bereits unter dem Wert des Vorjahres.

Der Tourismus war sowohl mit den Auswirkungen der Wechselkursverschiebungen als auch mit der Verbilli-

gung von Flugtarifen und damit von Fernreisen konfrontiert. Die Beschäftigung sank im Fremdenverkehrs- und Gaststättenwesen im Jahresdurchschnitt um 3.000 Personen (-1,2%).

Im Bankensektor dürfte der Prozeß der Produktivitätsanpassung den Höhepunkt bereits überschritten haben. Im Kredit- und Versicherungswesen ergab sich 1995 wieder ein leichter Beschäftigungszuwachs. Hingegen gerieten das Verkehrswesen und die Nachrichtenübermittlung ebenso wie die öffentliche Verwaltung unter verstärkten Druck zur Produktivitätssteigerung.

Den größten Beschäftigungszuwachs verzeichneten das Gesundheits- und Sozialwesen (+5.500, +4,4%) sowie der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (+4.900, +2,7%). Diese letzte Gruppe umfaßt eine Reihe von Wirtschaftssparten mit unterschiedlicher Dynamik: Das Realitätenwesen baute im Jahresdurchschnitt Personal ab, im Bereich der Vermietung beweglicher Sachen stagnierte der Beschäftigtenstand; Anbieter von Datenverarbeitung und Datenbanken, von Forschung und Entwicklung sowie von produktionsbezogenen Diensten benötigten mehr Arbeitskräfte als im Vorjahr.

Wie in der Beschäftigungsentwicklung wird die Konjunkturabschwächung im Laufe des Jahres 1995 auch in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit deutlich. Im Durchschnitt des I. Halbjahres waren noch weniger Arbeitslose registriert als 1994, im III. Quartal 1995 lag ihre Zahl aber schon um rund 1.700, im IV. Quartal um 10.700 über dem Vorjahresniveau.

1995 waren mit 666.000 Registrierungen um 30.200 oder 4,8% mehr Zugänge in die Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als 1994; der Großteil des Zuwachses entfiel auf Männer (+24.400). Gleichzeitig sank die Zahl der Abgänge gegenüber 1994 um 7.400 auf 696.900 (-1,1%).

Insgesamt verringerte sich im Jahresdurchschnitt die Zahl der vorgemerkten Männer leicht, während jene der Frauen stieg. Daher stagnierte die Arbeitslosenquote der Männer bei 6,4%, jene der Frauen stieg um 1 Prozentpunkt auf 6,8%.

Die Arbeitslosigkeit 1995

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1991	99.000	+ 10.000	86.000	+ 9.300	185.000	+ 19.200
Ø 1992	107.200	+ 8.200	85.900	- 100	193.100	+ 8.100
Ø 1993	126.700	+ 19.500	95.600	+ 9.700	222.300	+ 29.200
Ø 1994	120.600	- 6.100	94.400	- 1.200	214.900	- 7.300
Ø 1995	120.000	- 600	95.700	+ 1.300	215.700	+ 800
1995: Ø I. Quartal	160.800	- 5.500	95.300	- 500	256.200	- 5.900
Ø II. Quartal	100.300	- 3.900	93.100	+ 600	193.400	- 3.400
Ø III. Quartal	89.800	- 700	89.100	+ 2.400	178.900	+ 1.700
Ø IV. Quartal	129.100	+ 7.800	105.300	+ 2.900	234.400	+ 10.700

Q: Arbeitsmarktservice Österreich

Gleichzeitig verschob sich die Struktur der Arbeitslosigkeit nach Sektoren: Während der aus dem Dienstleistungssektor und aus dem Bauwesen kommende Bestand an Arbeitslosen stieg, sank jener der zuvor im primären Sektor sowie in Industrie und Gewerbe Beschäftigten.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr vorgemerkt) verringerte sich von 18,5% aller Arbeitslosen im Jahr 1994 auf 17,5%. Das ist typisch in einer Phase des Konjunkturabschwungs, da verstärkt Personen ihren Arbeitsplatz verlieren und damit den Anteil der kurzfristig Arbeitslosen erhöhen.

Hedwig Lutz

Statistik: Christine Braun

EIN GUTES JAHR FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE INDUSTRIE – DEUTLICHE ABSCHWÄCHUNG ZU JAHRESENDE

Der Konjunkturaufschwung setzte sich in der österreichischen Industrie bis zum III. Quartal 1995 fort. Im IV. Quartal schwächte er sich jedoch deutlich ab. Insgesamt überstieg die Industrieproduktion das Vorjahresniveau um 5,5%. Trotz hoher Produktivitätsgewinne konnte der Abbau der Beschäftigung weiter gebremst werden. Die zufriedenstellende Ertragsentwicklung spiegelt sich wie im Vorjahr in einer günstigen Cash-flow-Umsatz-Relation.

Der Aufschwung der Industriekonjunktur setzte sich 1995 bis zum III. Quartal fort. Im IV. Quartal schwächte er sich jedoch deutlich ab, wie es sich in den Konjunkturbefragungen des WIFO bereits angekündigt hatte. Insgesamt lag das Wachstum der Industrieproduktion mit einer nach Arbeitstagen bereinigten Rate von 5,5% im Jahr 1995 knapp über jenem von 1994 (+5,0%). Es übertraf damit neuerlich den Durchschnitt der siebziger und achtziger Jahre.

Die Beteiligung der einzelnen Sektoren am Wachstum der Industrieproduktion entsprach dem typischen Konjunkturmuster eines Aufschwungs. Der Basissektor expandierte am stärksten vor dem Sektor der technischen Verarbeitung und der chemischen Industrie. Die Bauzulieferbranchen konnten ihre Produktion wegen der Abflachung der Baukonjunktur hingegen nur mäßig steigern; infolge des verschärften Wettbewerbs nach dem EU-Beitritt Österreichs und der Marktanteilsverluste im Inland nach dem Wegfall der Importbeschränkungen für die osteuropäischen Länder erlitten die Hersteller

Produktion, Beschäftigung und Produktivität

	1970/1980	1980/1994	1995 ¹⁾	1995 IV. Quartal ²⁾
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Produktion ohne Energieversorgung ³⁾	+4,0	+2,3	+5,5	-0,2
Beschäftigte	-0,1	-2,1	-1,0	-2,3
Produktivität ⁴⁾	+4,1	+4,5	+6,6	+2,1

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (2. Aufarbeitung). – ²⁾ Nach Arbeitstagen bereinigt – ³⁾ Produktion ohne Energieversorgung je Beschäftigten

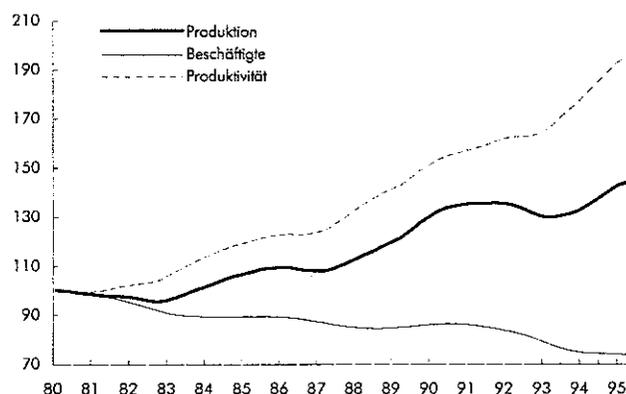
traditioneller Konsumgüter real Einbußen. Die höchsten Produktionszuwächse erzielten die Bergbau- und Magnesitindustrie (+12,1%), die Gießereien (+12,3%), die Fahrzeugindustrie (+10,9%) sowie Eisenhütten und Maschinen- und Stahlbau (jeweils +10,0%) und die chemische Industrie (+8,1%). In der Elektroindustrie, der Eisen- und Metallwarenindustrie und der Glasindustrie lag der Anstieg etwas über dem Industriedurchschnitt (+5,6% bis +6,0%), in der NE-Metallindustrie und in der Papierverarbeitung ein wenig darunter (+2,9% bzw. +4,8%). In den von schweren Strukturproblemen gekennzeichneten Bereichen der Textilindustrie (-0,4%), der Lederverarbeitung (-2,3%), der Bekleidungsindustrie (-6,9%) und der Ledererzeugung (-9,4%) setzte sich der Schrumpfungsprozess unvermindert fort.

Die hohen Produktionssteigerungen bei anhaltender Rationalisierung bedeuteten in den ersten drei Quartalen ebenso wie 1994 einen außerordentlichen Anstieg der Produktivität und damit einen weiteren Beschäftigungsabbau. Wegen des geringen Produktionswachstums bei mäßiger Personalfreisetzung im IV. Quartal 1995 blieb der Produktivitätszuwachs im Jahresdurchschnitt 1995 mit 6,6% etwas unter dem von 1994 (+8,9%). Am stärksten stieg die Produktivität in der Chemieindustrie (+8,7%), im Basissektor (+8,4%) und in der technischen Verarbeitung (+7,0%).

Wegen dieses weiterhin raschen Produktivitätswachstums war die Industriebeschäftigung trotz der Produktionssteigerung weiter rückläufig, der Konjunkturentwick-

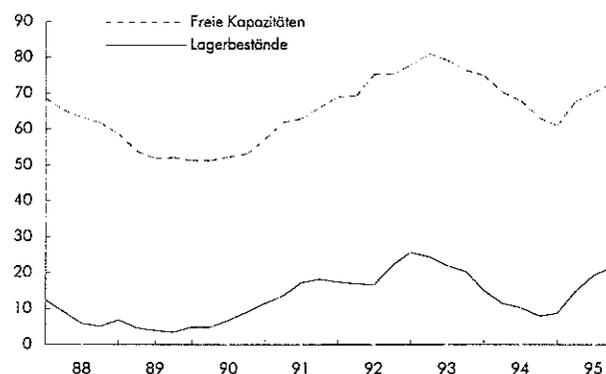
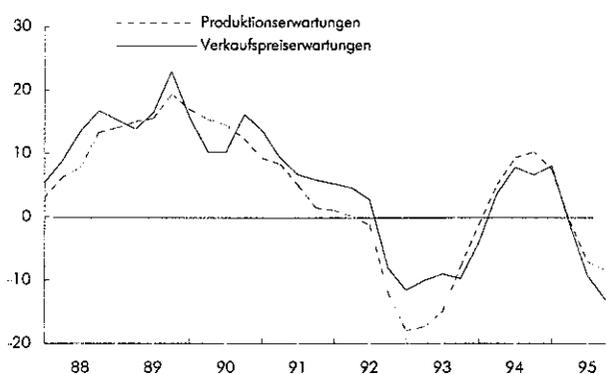
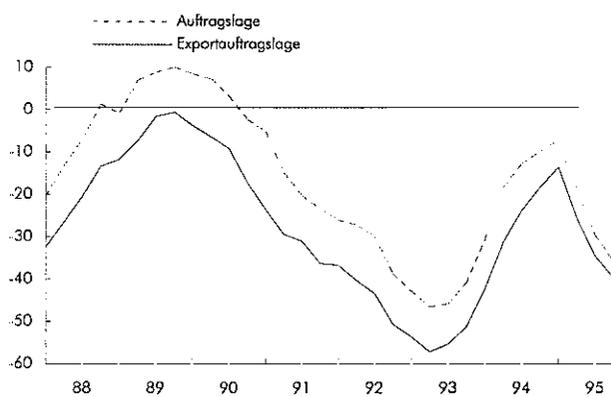
Gleitender Vierquartalsdurchschnitt

1980 = 100



Konjunkturbeurteilung der Unternehmer

Saisonbereinigte Salden



lung entsprechend allerdings deutlich langsamer als im Jahr 1994. Im Jahresdurchschnitt 1995 beschäftigte die Industrie rund 457.000 Unselbständige, um 1% weniger als 1994. Wegen der Abschwächung der Industriekonjunktur gegen Ende des Jahres sank die Beschäftigung im IV. Quartal deutlich stärker als im Jahresdurchschnitt (-2,3%). Von der Personalreduktion waren die strukturschwachen Branchen wie Bekleidung (-11,0%), Textilien (-5,0%), Bergbau (-4,7%) und Lederverarbeitung (-3,6%) besonders betroffen. Aber auch Branchen, die ihre Produktion weiter steigerten wie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Papiererzeugung und -verarbeitung sowie die chemische Industrie, setzten ihren Rationalisierungskurs fort und reduzierten die Beschäftigung

Indikatoren der Ertragsentwicklung

	1995				
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. bis IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Preisindex Industrie ¹⁾	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,2	- 0,2	+ 0,9
Großhandelspreisindex	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,2
Arbeitskosten	- 2,9	- 2,9	- 2,3	+ 3,8	- 0,9
Industrierohstoffpreise ²⁾	+ 15,3	+ 6,2	+ 5,6	- 2,5	+ 5,9
Prime Rate	in %	9,5	9,5	9,3	9,4

¹⁾ Errechnet aus der Relation von Produktionswert zu Produktionsindex, ohne Erdölindustrie
²⁾ HWWA-Rohstoffpreisindex

Die Erträge der österreichischen Industrie entsprachen aufgrund der guten Konjunktur der ersten drei Quartale 1995 dem Niveau des Jahres 1994. Die Produktpreise konnten im I. Quartal 1995 noch stark angehoben werden (+2,7%), im II. und III. Quartal lagen sie jedoch kaum über dem Niveau des Vorjahres. Im IV. Quartal waren Industrieprodukte aufgrund der Abschwächung der Konjunktur etwas billiger als im Vorjahr (-0,2%). Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die Preise 1995 ebenso wie 1994 nur geringfügig (+0,9% nach +0,4% 1994). Der Großhandelspreisindex stieg in ähnlichem Ausmaß (+1,2%). Auf der Kostenseite stand 1995 eine mäßige Entlastung durch sinkende Arbeitskosten (-0,9% im Jahresdurchschnitt) einem Anstieg der Industrierohstoffpreise gegenüber (+5,9%). Mit der Konjunkturabschwächung ließ die Verteuerung jedoch von Quartal zu Quartal nach. Im IV. Quartal 1995 waren Rohstoffe schließlich um 2,5% billiger als ein Jahr zuvor. Da auch die Prime Rate mit 9,4% im Jahresdurchschnitt etwas geringer war, kann aufgrund des Produktionswachstums und der Ertragsentwicklung mit einer ähnlich hohen Cash-flow-Umsatz-Relation gerechnet werden wie 1994 (nach Schätzungen des WIFO 10,5% gegenüber 10,8% 1994).

Zumindest für das 1. Halbjahr 1996 zeichnet sich eine weitere Stagnation der Industriekonjunktur ab. Nach der Statistik des ÖSTAT verringerten sich die Auftrags-eingänge im Laufe des Jahres 1995 kontinuierlich. Im Dezember 1995 lagen die Auftragsbestände um nur 0,5% über dem Niveau des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt blieben vor allem die Auftragseingänge im Inland zurück (-2,1%), während die Auslandsaufträge 1995 noch mäßig zunahmen (+2,6%), sodaß sich insgesamt eine Steigerung um 0,8% ergibt. Besonders kräftig stiegen die Auftragseingänge in der Papiererzeugung und Papierverarbeitung (+13,8% und +9,6%), in der Gießereindustrie (+15,4%), der Metall- (+13,0%) und Fahrzeugindustrie (+12,1%). Einen empfindlichen Rückgang verzeichneten hingegen die Elektroindustrie (-9,1%), die Bekleidungsindustrie (-6,7%) und die Lederverarbeitung (-5,6%).

Die Verschlechterung der Konjunktur zeichnete sich im WIFO-Konjunkturtest deutlich ab. Die optimistische Einschätzung der Unternehmen hinsichtlich ihrer Auftrags-

Kennzahlen zur Konjunkturlage der Industriebranchen 1995

	Produktion je Arbeitstag ¹⁾	Beschäftigung	Produktivität ²⁾	Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme	Arbeitskosten ³⁾	Produktionswert ⁴⁾	Preisindex ⁵⁾
Bergwerke	+ 12,1	- 4,7	+ 17,7	+ 12	- 9,0	- 0,7	- 10,7
Erdölindustrie	- 4,0	- 9,2	+ 5,7	- 4,3	+ 0,1	- 3,7	+ 0,8
Eisenhütten	+ 10,0	- 3,1	+ 13,5	+ 2,8	- 5,8	+ 22,1	+ 11,8 ⁶⁾
NE-Metallindustrie	+ 2,9	+ 0,3	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,5	+ 17,4	+ 14,4
Stein- und keramische Industrie	- 1,4	- 0,2	- 1,1	+ 3,5	+ 5,7	- 0,5	+ 1,6
Glasindustrie	+ 6,0	+ 2,1	+ 3,8	+ 9,4	+ 4,0	+ 3,7	- 1,4
Chemische Industrie	+ 8,1	- 0,6	+ 8,7	+ 3,8	- 3,3	+ 6,0	- 1,3
Papierzeugende Industrie	+ 1,6	- 1,4	+ 3,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 25,9	+ 24,6
Papierverarbeitende Industrie	+ 4,8	- 1,0	+ 5,8	+ 1,5	- 2,4	+ 8,8	+ 4,6
Holzverarbeitende Industrie	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	+ 0,1	- 5,8	+ 6,3	- 4,0	- 3,3	- 6,9 ⁶⁾	- 6,4 ⁶⁾
Lederzeugende Industrie	- 9,4	+ 7,1	- 15,3	+ 9,3	+ 21,5	- 8,4	+ 1,8
Lederverarbeitende Industrie	- 2,3	- 3,6	+ 1,4	+ 0,6	+ 3,9	+ 4,1	+ 7,5
Textilindustrie	- 0,4	- 5,0	+ 4,8	+ 0,7	+ 1,8	- 2,5	- 1,5
Bekleidungsindustrie	- 6,9	- 11,1	+ 4,8	- 7,2	+ 0,4	- 7,1	+ 0,6
Gießereiindustrie	+ 12,3	+ 5,6	+ 6,3	+ 11,5	+ 0,0	+ 16,2	+ 4,2
Maschinen- und Stahlbauindustrie	+ 10,0	- 0,0	+ 10,1	+ 4,9	- 3,5	+ 5,2	- 3,3
Fahrzeugindustrie	+ 10,9	+ 3,3	+ 7,4	+ 8,4	- 1,4	+ 11,8	+ 1,7
Eisen- und Metallwarenindustrie	+ 5,6	+ 2,4	+ 3,1	+ 6,6	+ 1,8	+ 5,7	+ 0,9
Elektroindustrie	+ 6,0	- 0,6	+ 6,6	+ 3,7	- 1,2	+ 4,8	- 0,2
Industrie insgesamt ohne Energieversorgung	+ 5,5	- 1,0	+ 6,6	+ 3,4	- 1,1	+ 5,3	+ 0,9

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (2. Aufarbeitung). - ²⁾ Produktion je Beschäftigten. - ³⁾ Lohn- und Gehaltssumme je Produktionseinheit - ⁴⁾ Errechnet über Produktionswerte und Produktionsindex der Branchen, Basis 1990, konstante Gewichtung - ⁵⁾ Bewertet zu Herstellungskosten - ⁶⁾ Ohne Tabakindustrie

bestände erreichte im I. Quartal 1995 den Höhepunkt: Der saisonbereinigte Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen (d. h. der Saldo der Anteile jener Unternehmen, die ihre Auftragsbestände als besonders hoch bzw. als besonders niedrig einschätzten) betrug zu Jahresbeginn -7,2 Prozentpunkte. Im Laufe des Jahres verschlechterte sich die Konjunkturbeurteilung zusehends, im Jänner 1996 betrug dieser Saldo -46,8 Prozentpunkte. Dieser Pessimismus ging Anfang 1995 vor allem auf die Produzenten traditioneller Konsumgüter und die Bauzulieferer zurück. In der zweiten Hälfte des Jahres teilten jedoch alle Sektoren eine pessimistische Einschätzung der Konjunktursituation. Ebenso wurden die Produktions- und Preiserwartungen zunehmend ungünstig beurteilt: Zu Jahresbeginn war der Anteil jener Unternehmen, die einen Anstieg von Produktion und Preisen erwarteten, um 7,5 bzw. 8,0 Prozentpunkte (saisonbereinigt) größer als jener der pessimistischen Unternehmen. Bis zum Jänner verkehrte sich dies ins Gegenteil, die jeweiligen Salden betrugen -8,0 bzw. -14,1 Prozentpunkte (saisonbereinigt). Die Einschätzung der Fertigwarenlager weist in dieselbe Richtung: 29,9% der befragten Unternehmen bezeichneten sie im Jänner 1996 als zu hoch und nur 4,1% als zu niedrig (Anfang 1995 14,6% bzw. 5,7%).

Das Investitionsklima wurde vom Konjunkturrückgang in der zweiten Jahreshälfte 1995 nicht beeinträchtigt. In der jüngsten Investitionsbefragung des WIFO vom Dezember 1995 wurden die Investitionen auf ein Volumen von rund 50 Mrd. S geschätzt, um 7,1% höher als 1994. Am stärksten steigern der Basissektor (+54%), die Bauzulieferer (+13,5%) und die technische Verarbeitung ihre Ausgaben (+5,4%). Im Chemiesektor und in der Produktion traditioneller Konsumgüter ergab die Erhebung wie 1994 ein rückläufiges Investitionsvolumen

(-6,0% und -15,0%) Als vorrangiges Investitionsziel bezeichneten nur 20% der befragten Unternehmen die Erweiterung ihrer Kapazitäten, 30% der Unternehmen nannten als Hauptmotiv Rationalisierungsmaßnahmen.

Michael Pfaffermayr

Statistik: Dagmar Guttmann

BAUKONJUNKTUR BRICHT AB

Die Bauwirtschaft erlitt 1995 nach sieben Jahren besonders guter Auslastung erstmals Einbußen. Seit Mitte 1995 verschlechterte sich die Lage deutlich, die Talfahrt verschärfte sich besonders gegen Ende 1995. Im Jahresdurchschnitt blieb die Wertschöpfung der Bauwirtschaft - nach +5,6% 1994 - real um 0,7% unter dem Vorjahreswert. Der Produktionsrückgang wurde vor allem durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben ausgelöst; zudem verringerte sich die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft angesichts der Konjunkturabschwächung.

Erstmals seit Anfang der neunziger Jahre lagen die Auftragsbestände der Bauwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 1995 unter dem Vorjahresniveau. Die WIFO-Kon-

*Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Brutto-Inlandsprodukt
Zu Preisen von 1983*

	I Quartal	II Quartal	III Quartal	IV Quartal	Jahresdurchschnitt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1990	+ 1,3	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,3
1991	- 0,3	+ 7,0	+ 7,2	+ 6,4	+ 5,9
1992	+ 14,9	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,1	+ 5,5
1993	- 2,4	+ 5,3	+ 7,5	+ 6,7	+ 5,4
1994	+ 12,8	+ 5,2	+ 3,2	+ 5,4	+ 5,6
1995	- 0,4	+ 1,2	- 0,9	- 2,1	- 0,7

Baustoffproduktion

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Insgesamt	+4,5	+0,1	+2,1	+0,2	+ 8,9	+ 5,3
Ausgewählte Baustoffe						
Zement	+3,0	+2,3	+0,1	-1,6	- 2,3	-20,4
Sand und Brecherprodukte	-0,8	-5,5	+0,7	+3,2	+11,5	-10,2
Hohlziegel	+5,8	+6,2	+3,7	+7,2	+ 4,5	+ 6,5
Betonmauersteine	+1,3	-1,7	-4,1	-6,7	- 7,3	+ 1,4

Produktionsindex „Vorleistungen für die Bauwirtschaft“ vorläufige Ergebnisse, unbereinigte Werte (2. Aufarbeitung)

junkturumfragen fielen Ende 1995 und Anfang 1996 überaus pessimistisch aus: Für mehr als zwei Drittel aller Bauunternehmer hat sich die Auftragslage deutlich verschlechtert. Die Beurteilung war damit ähnlich ungünstig wie in der Baurezession Anfang der achtziger Jahre und Mitte der fünfziger Jahre. Die Konsequenzen dieser Entwicklung zeichnen sich vor allem in der hohen Arbeitslosigkeit ab. Angesichts der „Rekordarbeitslosigkeit“ im Winter 1995/96 startete die Bundesregierung Beschäftigungsoffensiven vor allem für die Bauwirtschaft.

1995 war der Wohnungsbau eine Stütze der Baukonjunktur und der Gesamtwirtschaft. Gegen Jahresende ließ die Dynamik allerdings nach. In den letzten vier bis fünf Jahren war die Errichtung von Wohnbauten wegen der erhöhten Nachfrage forciert worden, die Umsätze hatten sich im Wohnungsbau seit Anfang der neunziger Jahre beinahe verdoppelt. Förderungsausgaben und Sonderwohnbauprogramme einiger Bundesländer, die Umstellung der Wohnbauförderung und eine verstärkte Bausparkassen- und Bankenfinanzierung trugen dazu bei. 1995 dürften über 53.000 Wohnungen fertiggestellt worden sein, 1990 waren es rund 37.000 gewesen.

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Insgesamt	Bauindustrie	Auftragsbestände		Hochbau	Tiefbau
			Bauhauptgewerbe	Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten		
	Mill. S					
1994, I. Quartal	78.326	37.597	40.729	67.734	45.206	26.672
II. Quartal	78.067	36.339	41.728	65.432	46.007	25.935
III. Quartal	78.312	36.091	42.221	67.858	46.727	25.354
IV. Quartal	72.436	34.029	38.406	61.572	44.143	22.872
1995, I. Quartal	78.909	34.925	43.984	67.447	48.176	25.394
II. Quartal	75.143	33.864	41.280	64.490	44.272	25.332
III. Quartal	73.227	31.362	41.865	63.378	43.834	23.785
IV. Quartal	67.363	28.559	38.805	58.851	41.546	20.543
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1994, I. Quartal	+10,3	+13,6	+ 7,3	+12,6	+ 9,8	+ 8,6
II. Quartal	+ 4,0	- 3,3	+11,4	+ 6,1	+ 5,2	- 1,8
III. Quartal	+ 6,9	- 0,9	+14,6	+10,1	+ 8,5	+ 0,6
IV. Quartal	+ 9,6	+ 2,0	+17,3	+11,3	+12,9	+ 2,8
1995, I. Quartal	+ 0,7	- 7,1	+ 8,0	- 0,4	+ 6,6	- 4,8
II. Quartal	- 3,7	- 6,8	- 1,1	- 1,4	- 3,8	- 2,3
III. Quartal	- 6,5	-13,1	- 0,8	- 6,6	- 6,2	- 6,2
IV. Quartal	- 7,0	-16,1	+ 1,0	- 4,4	- 5,9	-10,2

Q: ÖSTAT, vierteljährliche Erhebung

Umsätze der Bauindustrie und des Bauhauptgewerbes

	1994	1995	1995		
			Oktober	November	Dezember
	Mill. S. lohne Mehrwertsteuer!				
Hochbau	68.011	69.140	6.788	6.647	5.218
Tiefbau	50.130	48.391	5.220	5.093	3.634
Adaptierungen	14.805	13.983	1.423	1.350	1.227
Insgesamt	132.945	131.514	13.432	13.090	10.079
Bauindustrie	54.202	51.490	5.204	5.135	3.800
Baugewerbe	78.743	80.024	8.228	7.955	6.279
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Hochbau	+ 6,8	+1,7	+7,1	+ 2,3	-14,4
Tiefbau	+ 5,8	-3,5	+0,2	- 4,0	-14,3
Adaptierungen	+15,6	-5,6	-0,3	-12,7	-12,7
Insgesamt	+ 7,3	-1,1	+3,5	- 1,9	-14,2
Bauindustrie	+ 6,8	-5,0	-2,2	- 4,2	-15,3
Baugewerbe	+ 7,7	+1,6	+7,5	- 0,4	-13,4

Q: ÖSTAT

Die Umsätze verringerten sich im Hoch- und Tiefbau im Jahresdurchschnitt 1995 nominell um 1%. Das Bauhauptgewerbe erzielte dank der höheren Aufträge im Wohnungsneubau einen geringen Zuwachs von 1,6%, während die Bauindustrie infolge der Kürzung öffentlicher Aufträge Einbußen erlitt (-5%). Die Wohnbauumsätze stiegen im Jahresdurchschnitt 1995 um 5,5%. Im sonstigen Hochbau blieb die Produktion um 2,1% unter dem Vorjahresniveau – am stärksten im Straßenbau (-12,3%) und im Kraftwerksbau (-4,0%). Der sonstige Tiefbau stagnierte, der Brückenbau setzte um 21% mehr um als 1994. Insgesamt waren die Umsätze im Tiefbau nominell um 3,5% geringer als im Vorjahr, während sie im Hochbau (Wohnbau) um 1,7% stiegen.

Die Auftragslage verschlechterte sich im Laufe des Jahres 1995 deutlich. Nach den jüngsten Meldungen des ÖSTAT lagen die Auftragsbestände im Hoch- und Tief-

bau im Dezember 1995 bei 67,3 Mrd. S, um 7% unter dem Vorjahresniveau. Seit dem II. Quartal 1995 weist die Auftragsstatistik erstmals seit rund acht Jahren einen Rückgang aus (II. Quartal +0,7%, III. Quartal -3,7%, IV. Quartal -6,5%, V. Quartal -7,0%). Jene Aufträge, die innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten sind, sanken aber um nur 4%. Vor allem für die Tiefbauindustrie fehlen Projekte (-16%), während das Baugewerbe noch einen geringfügigen Zuwachs der Auftragsbestände von 1% verzeichnete.

ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Im Jahresdurchschnitt 1995 waren in der Bauwirtschaft 267.900 Arbeitskräfte beschäftigt, um 0,5% oder 1.500 weniger als im Vorjahr. 30.000 zuletzt in einem Baubetrieb Beschäftigte waren als arbeitslos registriert – das ist der höchste Stand der letzten 20 Jahre. Die Arbeitslosigkeit nahm vor allem gegen Jahresende 1995 deutlich zu. Der frühe Wintereinbruch und die ungewöhnlich lang anhaltende Schneelage im Osten verschärften die Situation zusätzlich. Im Dezember 1995 erreichte die Arbeitslosenzahl 65.000; im Jänner und Februar 1996 gab es rund 82.000 arbeitslose Bauarbeiter, um rund ein Viertel mehr als im Vorjahr. Die Zahl der offenen Stellen war in diesen zwei Monaten um beinahe die Hälfte geringer als im Vorjahr (-40%).

GEDÄMPFTE PREISENTWICKLUNG

Wegen des deutlichen Nachlassens der Nachfrage entwickelten sich die Baupreise 1995 sehr mäßig; im Durchschnitt stiegen sie um 3% (Wohnungs- und Siedlungsbau +3%, Tiefbau +2%). Damit lag die Steigerung laut Baupreisindex etwas über der Verbraucherpreisentwicklung.

PESSIMISTISCHE KONJUNKTUR-ERWARTUNGEN

Laut dem jüngsten WIFO-Konjunkturtest erwarten die Bauunternehmen eine weiterhin mäßige Preisentwicklung; die Gesamtkonjunktur wird vor allem für die nächsten Monate sehr pessimistisch eingeschätzt. Die Tiefbauunternehmen verzeichnen besonders hohe Auftragsrückgänge und rechnen im 1. Halbjahr 1996 mit einer äußerst ungünstigen Geschäftsentwicklung.

Aufgrund der massiven Verschlechterung der Baukonjunktur beschloß die neue Bundesregierung ein Beschäftigungsprogramm, das der Bauwirtschaft mit einem Investitionsvolumen von rund 7 Mrd. S Impulse geben soll. Es sieht zusätzliche Mittel für den Straßenbau (Einnahmen aus der Autobahnmaut-Vignette) sowie rund 2,8 Mrd. S an zweckgebundenen Steuereinnahmen für den Wohnbau vor. Zusätzlich werden durch die Auflösung der Mietzinsreserven Mittel für Renovierungsmaß-

Beschäftigte und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
Ø 1994	269 283	.
Ø 1995	267 937	-0,5
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
Ø 1992	27 094	+ 5,5
Ø 1993	30 890	+ 14,0
Ø 1994	29 225	- 5,4
Ø 1995	31 785	+ 8,8

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; 1995: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe – ²⁾ Zuletzt in einem Betrieb des Bauwesens beschäftigte Arbeitslose

nahmen frei; im öffentlichen Hochbau sollen die Finanzierungsmöglichkeiten der Bundesimmobiliengesellschaft verstärkt genutzt werden. Für den Bereich der thermischen Gebäudesanierung soll eine breite Informationskampagne gestartet werden, die mit günstigen Finanzierungsformen gekoppelt ist. Die so forcierte Gebäudesanierung hat überdurchschnittlich hohe Beschäftigungseffekte.

Diese Beschäftigungsimpulse könnten eine tiefgreifende Rezession der Bauwirtschaft 1996 vermeiden helfen; das Baugewerbe profitiert davon voraussichtlich mehr als die Bauindustrie. Die realen Produktionseinbußen werden damit 1996 geringer sein als ursprünglich erwartet.

Margarete Czerny

Statistik: Monika Dusek

KALTER WINTER 1995/96 LÄSST ENERGIEVERBRAUCH DEUTLICH STEIGEN

Der Energieverbrauch nahm 1995 nach ersten groben Schätzungen insgesamt um 3½% zu; eine vorläufige Energiebilanz kann für 1995 wegen des Ausfalls der Außenhandelsstatistik nicht errechnet werden. Der wesentliche Faktor für die Entwicklung des Gesamtverbrauchs war der überaus kalte Winter 1995/96. Der Verbrauch der einzelnen Energieträger war insbesondere von der Besteuerung von Erdölprodukten ab Mai 1995 beeinflusst. Vor allem in der Industrie und der Elektrizitätswirtschaft werden Erdölprodukte durch Erdgas, aber auch durch Kohle ersetzt. Insgesamt wurde 1995 um 1,1% mehr an Mineralölprodukten verbraucht; dabei wurden einige Produkte (Flüssiggas, Heizöl) schwerlich teilweise vom Markt verdrängt.

Der energetische Gesamtverbrauch (Endverbrauch und Netto-Umwandlungseinsatz) stieg 1993 um 0,3% (Endverbrauch +1,0%), 1994 um 0,6% (Endverbrauch -0,4%), während das BIP um 0,4% bzw. 3,0% expandierte. Daraus läßt sich eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität von +0,1% 1993 und +2,4% 1994 berechnen. Die gesamtwirtschaftliche Energieintensität (Energieverbrauch je Einheit des BIP)

ergibt sich jedoch als Summe verschiedener Einflüsse, die nur bei disaggregierter Betrachtung sichtbar werden. So haben, wie sich auch in internationalen Vergleichen zeigt, die Witterungsbedingungen entscheidenden Einfluß auf den Energieverbrauch.

Der Verbrauchszuwachs 1995 erklärt sich vor allem mit dem höheren Energiebedarf der Haushalte für Heizzwecke aufgrund des kalten Wetters und, im Zusammenhang damit, mit dem höheren Umwandlungseinsatz zur Stromproduktion in kalorischen Kraftwerken. Strom ist zur Zeit der einzige Energieträger, für den die zur Berechnung einer vorläufigen Energiebilanz notwendigen Daten vorliegen. Die Stromproduktion aus Wasserkraft stieg aufgrund der günstigen Wasserführung der Flüsse um 3%, die Wärmekraftwerke lieferten insgesamt um 10,4% mehr Strom als im Vorjahr.

In den EU-Staaten nahm die Energieerzeugung – vor allem von Mineralölprodukten und Nuklearenergie – 1995 stark zu (Energiestatistiken liegen – wie die Statistik der Heizgradtage in Westeuropa – erst für die Monate Jänner bis Oktober vor). Für den Gesamtverbrauch läßt sich ein Anstieg von 1% bis 1½% schätzen. Da sich aber gerade im November und Dezember 1995 die klimatischen Bedingungen von jenen der letzten Jahre wesentlich unterschieden, ist mit einem stärkeren Anstieg gegen Jahresende zu rechnen. Gedämpft wurde die Entwicklung durch die Abschwächung des Wirtschaftswachstums. 1995 nahm vor allem die Nachfrage nach Erdölprodukten und nuklearer Energie zu. Der Verbrauch von Erdgas dürfte sich 1995 in Österreich deutlich anders entwickelt haben als in den anderen EU-Ländern: In Österreich war er 1995 viel höher als im Vorjahr, in Westeuropa wurde er nach der kräftigen Zunahme 1993 und 1994 nur noch leicht überdurchschnittlich ausgeweitet.

Die Produktion von elektrischem Strom überstieg das Vorjahresniveau in Österreich 1995 um 6,1%. Dazu wurde in Wärme- und Fernheizkraftwerken um 41,6% mehr Kohle und um 5,5% mehr Erdgas, aber um 18,4% weniger an Mineralölprodukten eingesetzt. Darin spiegelt sich wesentlich die Mineralölsteuererhöhung ab Mai 1995. Die zweite Etappe der Energiebesteuerung ab 1996 wird die Verzerrungen zwischen Erdölprodukten und Erdgas in der Strom- und Wärmeerzeugung beseitigen: Der Einsatz beider Energieträger zur Strom- und Wärmeerzeugung wird nicht besteuert, da nun elektrischer Strom endbesteuert wird (10 Groschen je kWh).

Mit 1. Mai 1995 wurde in Österreich als erster Schritt zu einer allgemeinen Energiebesteuerung die Mineralölsteuer auf Benzin um 1,1 S je l, auf Dieselöl um 0,60 S je l und auf Heizöle (und andere Raffinerieprodukte) um 0,30 S je l erhöht. Die Steuersätze orientieren sich in erster Linie am Spielraum nationaler Politik bei gegebenen Treibstoffpreisen in den Nachbarländern. Gemeinsam

Mineralölprodukte

	1994	1995	1995
	1 000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	10 263	10 253	- 0,1
Einfuhr			
Ausfuhr			
Lager und Statistische Differenz			
Verbrauch	12 864	12 948	+ 0,7
Flüssiggas	184	154	- 16,3
Normalbenzin	802	782	- 2,5
Superbenzin	1 681	1 644	- 2,2
Leuchtpetroleum	6	6	+ 0,0
Flugpetroleum	430	486	+ 13,0
Dieseltreibstoff	2 700	2 860	+ 5,9
Gasöl für Heizzwecke	1 524	1 697	+ 11,4
Heizöle	1 854	2 004	+ 8,1
Sonstige Produkte	1 673	1 506	- 10,0
Produkte für die Weiterverarbeitung	2 010	1 809	- 10,0

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Teilweise Schätzung

mit der allgemeinen Besteuerung von Raffinerieprodukten sind nun Mineralölprodukte, die nicht so sehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, mit sehr hohen Abgaben belastet: So wird Flüssiggas mit 600 S je t und Heizöl (leicht, mittel und schwer) mit 500 S je t besteuert. Außerdem wird der Umwandlungseinsatz von Heizöl in der Stromproduktion besteuert, sodaß dieser Energieträger in diesem Segment massiv verdrängt wurde. 1996 wird die Energiebesteuerung auf Erdgas (0,60 S je m³) und elektrischen Strom (0,10 S je kWh) ausgeweitet; das Aufkommen wird wieder zur Sanierung des Staatshaushalts verwendet und nicht zur Entlastung von anderen Steuern. Wenn Kohle wie geplant nicht in die Energiebesteuerung einbezogen wird, ist mittelfristig die Substitution von Energieträgern mit geringeren spezifischen CO₂-Emissionskoeffizienten durch Kohle – den Energieträger mit dem höchsten spezifischen CO₂-Emissionskoeffizienten – zu befürchten.

Der wichtige Faktor für die Entwicklung des Energieverbrauchs im Jahr 1995 sind die klimatischen Bedingungen, statistisch gemessen an der Zahl der Heizgradtage. 1994 war das wärmste Jahr der neunziger Jahre, die Zahl der Heizgradtage lag 1994 um 8% unter jener von 1993, und der energetische Endverbrauch ging um 0,4% zurück. 1995 lag die Zahl der Heizgradtage (3 821) dagegen um 11,7% über dem Vorjahreswert und um 4,3% über dem Durchschnitt 1990/1994. (Im mit 3 985 Heizgradtagen relativ kalten Jahr 1991 waren die Zahl der Heizgradtage um 11,9% und der energetische Endverbrauch um 5,7% gestiegen.) Die privaten Haushalte bezogen 1995 (nach den bislang vorliegenden Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) entsprechend mehr Energie für Heizung und Beleuchtung (+4,9%). Die unterproportionale Reaktion des Stromverbrauchs auf die Zunahme des Energiebedarfs für Heizzwecke spiegelt einen Verdrängungsprozeß wider: Der Anteil von elektrischem Strom am Aggregat „Heizung und Beleuchtung“ (nach dem Konzept des pri-

Elektrischer Strom

	1994	1995	1995
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	53 279	56 544	+ 6,1
Wasserkraft	36 874	38 437	+ 4,2
Wärmeerkraft	16 405	18 107	+ 10,4
Einfuhr	8 219	7 290	- 11,3
Ausfuhr	9 042	9 762	+ 8,0
Verbrauch	52 456	54 073	+ 3,1

Q: Bundeslastverteiler

vaten Inlandskonsums in der VGR in Mill S zu Preisen von 1983) ging von 40,5% auf 39,8% zurück.

Nach einer unterdurchschnittlichen Verteuerung 1994 (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie +3,1%, Energie +1,4%) stiegen die Energiepreise 1995 überproportional (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie +2,1%, Energie +3,7%), im wesentlichen im Gefolge der Mineralölsteuererhöhung ab Mai 1995 (Energie ohne Treibstoffe +1,0%). Die Benzinpreise zogen um 7,2% an, der Dieselpreis um 9,8%. Kohle war um 2,5% teurer als im Vorjahr, der Erdgaspreis blieb wie in den letzten vier Jahren nahezu unverändert (-0,1%). Heizöl wurde insgesamt billiger (Heizöl extra leicht -1,3%, Heizöl leicht -3,4%). Der Strompreis war um 1,5% höher als 1994; die Heizkosten dürften somit 1995 etwas weniger gestiegen sein als der Verbrauch für Heizzwecke.

Die Produktion von Mineralölprodukten war bei einem Verbrauchszuwachs von 1,1% um 0,1% niedriger als im Vorjahr. Zur Jahresmitte wurde die Verbrauchsentwicklung wesentlich von der Erhöhung der Mineralölsteuer bestimmt. Nach den 1995 umfangreichen Vorziehkäufen in den ersten vier Monaten brach die Nachfrage nach den wichtigsten Mineralölprodukten im Mai und Juni ein. Im Jahresdurchschnitt glich sich die Entwicklung wieder aus. Kurzfristig beeinflusste die Mineralölsteuererhöhung nur den Verbrauch von Flüssiggas merklich (-16,3%). Der Treibstoffverbrauch erhöhte sich insgesamt wie 1994 um 3,1%; einem konstanten Benzinverbrauch steht ein Anstieg des Dieserverbrauchs um 6% gegenüber, die Substitution zwischen Benzin und Dieselöl hält also an. Witterungsbedingt war die Nachfrage nach Ofenheizöl (+11,2%) und nach den anderen Heizölen (+8,1%) deutlich höher als im Vorjahr.

Erdgas

	1994	1995	1995
	Mill. m³		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1 355	1 482	+ 9,4
Einfuhr	4 984		
Ausfuhr	5		
Lager und Statistische Differenz	+ 329		
Verbrauch	6.663	7 203	+ 8,1

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Kohle

	1994	1995	1995
	1 000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Aufkommen	6.644	6.599	-0,68
Erzeugung	2.823	2.738	-3,01
Einfuhr	3.821	3.861	+ 1,05
Ausfuhr	1	1	+0,00
Lager und Statistische Differenz	- 162		
Verbrauch	6.481		
Steinkohle	2.987		
Steinkohlenkoks	2 117		
Braunkohle	1 220		
Braunkohlenbriketts	157		

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

WIEDER KRÄFTIGER ANSTIEG DER STROMNACHFRAGE

1995 nahm der Stromverbrauch um 3,1% zu; diese Rate liegt über dem Durchschnitt der Jahre 1990/1994 (+1,9%). Ein wesentlicher Faktor ist der witterungsbedingte Anstieg der Nachfrage der privaten Haushalte (Zahl der Heizgradtage 1995 +11,7%). Der Strombedarf reagierte aber auf den kalten Winter schwächer als in früheren Jahren mit ähnlicher Konjunktorentwicklung (z. B. 1991 +4,6%). Die Importe an elektrischem Strom waren um 11,3% niedriger, die Exporte um 8,0% höher als im Vorjahr. Der positive Außenhandelsaldo verbesserte sich somit weiter. Das ist im wesentlichen das Ergebnis der günstigen Bedingungen für die Wasserkrafterzeugung.

DEUTLICH HÖHERER KOHLEVERBRAUCH ZUR STROMERZEUGUNG

Angaben über den Kohleverbrauch sind für 1995 derzeit nicht möglich, da für wesentliche Teile der Lagerbewegungen noch keine Zahlen vorliegen. Die Wärmeerkraftwerke benötigten nach vorläufigen Schätzungen um 41,6%, die Haushalte (nach der vorläufigen VGR für 1995) um 3,7% mehr Kohle.

ERDGASVERBRAUCH NIMMT STURMISCH ZU

Die Nachfrage nach Erdgas stieg 1995 mit +8,1% stark überdurchschnittlich, vor allem weil die Haushalte witterungsbedingt um fast 13% mehr Erdgas benötigten (Einsatz zur Strom- und Wärmeerzeugung +5,5%, Industriebetriebe +3½%). Diese (vorläufigen) Zahlen belegen, daß der klimatische Effekt stärker auf die Entwicklung des Erdgasverbrauchs durchschlägt als der Substitutionseffekt in der Folge der Mineralölsteuererhöhung, der vor allem in der Industrie und der Elektrizitätswirtschaft wirkt.

Kurt Kratena

Statistik: Susanne Kopal

WEITERE ZUNAHME DES GÜTERVERKEHRS

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen nahm im Berichtsjahr nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr weiter zu. Der Konjunkturmehrwert dürfte allerdings bereits im Oktober überschritten worden sein. Die höchsten Zuwächse wurden im Transitverkehr erzielt. Das Wachstum der inländischen Transportnachfrage wurde von der Industrieproduktion (+4,5% gegenüber 1994) getragen, wobei sich der Output der Eisenhütten (+9,2%) besonders günstig entwickelte. Unter den anderen transportintensiven Branchen verzeichneten die Baustoffhersteller (+5,3%) und die Sägeindustrie (+3,7%) die größte Produktionssteigerung. Die Papierherstellung wuchs nach dem sehr guten Ergebnis für 1994 im Jahr 1995 nur noch um 1%, die Nahrungsmittel (-0,6%) und die Erdölindustrie (-4,4%) meldeten Rückgänge. Über die Entwicklung des Außenhandels in Gewichtseinheiten liegen derzeit noch keine Daten vor. Die inländische Transportnachfrage war durch die schwache Entwicklung des Einzelhandels gedrückt.

Die Gütertransportleistungen der *Bahn* erreichten 1995 13,7 Mrd. n-t-km, um 4,7% mehr als im Vorjahr. Dabei nahm der Inlandverkehr um 2,9% ab, der Einfuhrverkehr stieg um 6%, der Ausfuhrverkehr um 0,3% und der Transitverkehr um 18,3%. Mit 3,4 Mrd. n-t-km betrug der Anteil des Transitverkehrs am gesamten Güterverkehr der ÖBB fast 25%. Die heimische Wirtschaft forderte von den ÖBB mehr Wagen für den Transport von Erzen (+11,5%), Holz (+7,8%) sowie Papier und Zellstoff (+1,0%) an. Für Kohle, Kunstdünger, Nahrungsmittel und Baustoffe wurden viel weniger Wagen benötigt als 1994. Der starke Rückgang der Stück- und Sammelguttransporte setzte sich 1995 fort. Insgesamt sanken die Wagenstellungen gegenüber 1994 um 2,8%. Die Tarifeinnahmen der ÖBB aus dem Güterverkehr erreichten im Jahr 1995 9,8 Mrd. S. Sie waren damit um nur 0,2% höher als im Vorjahr, obschon die Verkehrsleistungen um 4,7% zunahm. Die ÖBB erhöhten mit Jahresbeginn 1996 die Tarife im Wagenladungsverkehr um durchschnittlich 3,9% und im Stückgutverkehr um 3,3%. Ende 1995 genehmigte der Finanzminister einen außerbudgetären Investitionsrahmen für die ÖBB von 60 Mrd. S. Die entsprechenden Kredite wird die Infrastrukturgesellschaft der ÖBB auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Innerhalb von fünf Jahren sollen jährlich rund 12 Mrd. S in den Bahnausbau fließen.

Der Aufschwung in der *Donauschifffahrt* hielt 1995 an. Auf dem österreichischen Donauabschnitt wurden 8,8 Mill. t Güter transportiert, um 14,1% mehr als 1994. Besonders kräftig wuchs der Westverkehr (+32%). Hauptsächlich die Main-Donau-Kanalverbindung bewirkte, daß das Aufkommen von 1,9 Mill. t im Jahr 1991 auf 4,9 Mill. t im Jahr 1995 zunahm. Den größten

Güterverkehr

		1995	1995	Ø 1989/1994
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill. n-t-km	13 715,0	+ 4,7	+ 0,7
Inland	Mill. n-t-km	3 155,0	- 2,9	- 1,7
Einfuhr	Mill. n-t-km	3 826,0	+ 6,0	+ 2,5
Ausfuhr	Mill. n-t-km	3 240,0	+ 0,3	+ 3,6
Transit	Mill. n-t-km	3 373,0	+ 18,3	- 1,5
Lkw und Anhänger				
ineuzugelassene Nutzlast	in t	82 850,4	+ 7,2	- 0,3
Fuhrgewerbe	in t	20 245,2	+ 26,3	- 7,6
Werkverkehr	in t	62 605,2	+ 2,2	+ 1,9
Verbrauch an Dieselmotorkraftstoff	1 000 t	2 446,0	- 9,2	+ 6,3
Schifffahrt ²⁾	1 000 t	8 790,5	+ 14,1	- 4,3
Rohrleitungen Mineralöl	Mill. n-t-km	6 719,5	- 3,0	+ 4,4
Einfuhr und Inland	Mill. n-t-km	3 441,7	- 2,0	+ 4,3
Transit	Mill. n-t-km	3 277,7	- 4,1	+ 4,6
Luftfahrt ³⁾	1 000 t	100,5	+ 11,0	+ 7,8
AUA	1 000 t	40,0	+ 21,7	+ 7,4

¹⁾ Vorläufige Werte - ²⁾ Güterverkehr auf der Donau insgesamt - ³⁾ Fracht An- und Abflug

Marktanteil im Westverkehr hielten 1995 die deutschen Binnenreeder und Partikuliere. Sie transportierten rund 40% des an der Schleuse Jochenstein registrierten Transportaufkommens. 20% der Güter wurden von Schiffen aus Holland und Belgien, 13% von ungarischen sowie je 11% von österreichischen und slowakischen Einheiten abgefahren. Während vor der Kanaleröffnung Montangüter (Kohle, Erze) im Westverkehr dominierten, werden nun vermehrt landwirtschaftliche Erzeugnisse und Düngemittel transportiert.

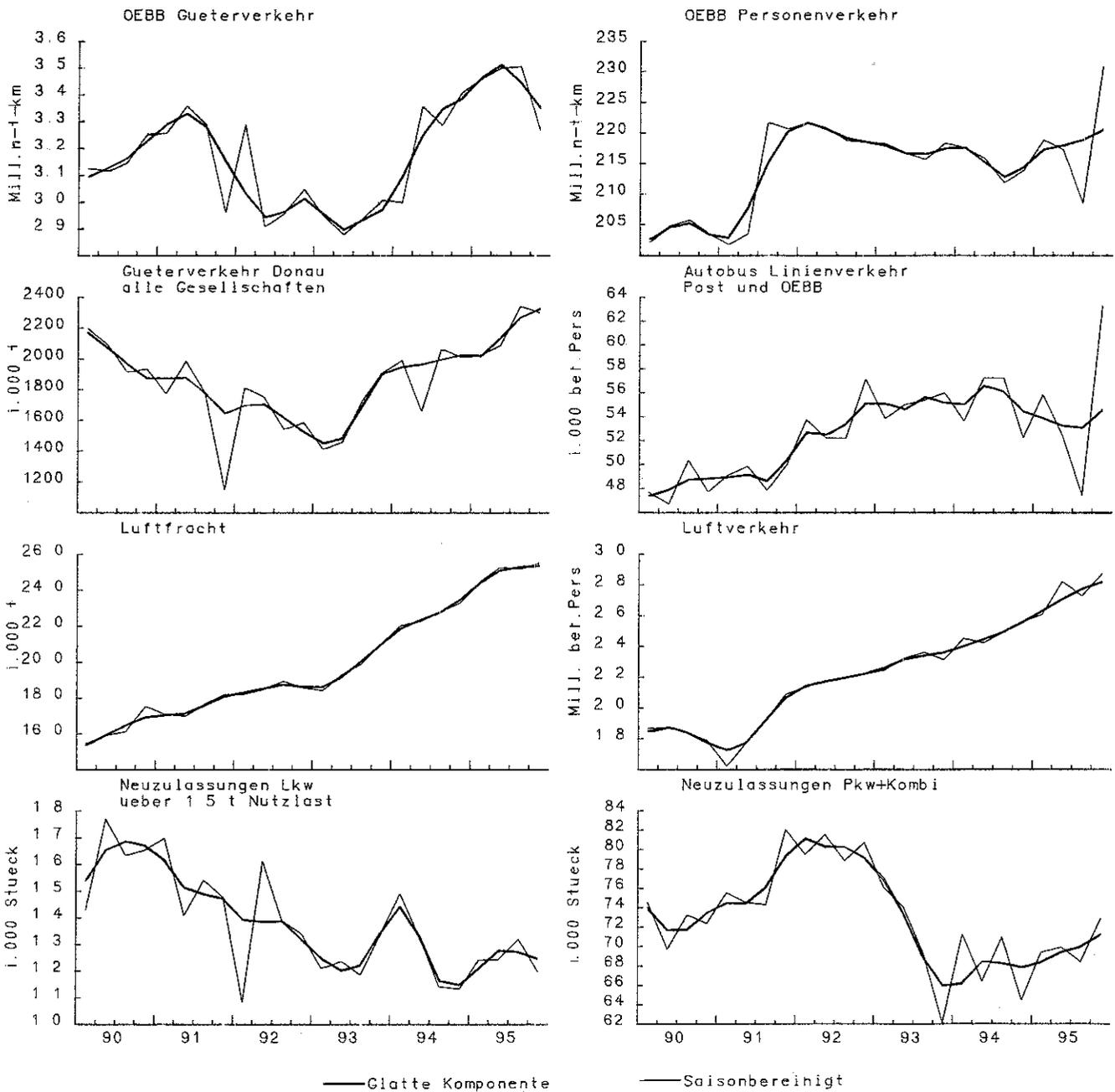
Die Durchsatzleistung der *Erdölrohrleitungen* erreichte 1995 6,7 Mrd. t-km (-3% gegenüber 1994). Dabei sank der Transitverkehr etwas stärker als der Einfuhr- und Binnenverkehr. Das Transportaufkommen der *Luftfahrt* überschritt 1995 erstmals die 100.000-t-Grenze und war um 11% höher als im Jahr 1994.

Ergebnisse über die Entwicklung des *Straßengüterverkehrs* im Jahr 1995 liegen zur Zeit noch nicht vor. Die Nachfrage nach Lastkraftwagen stieg nur leicht. Insgesamt wurden 25.244 Lkw neu angemeldet, um 1,1% mehr als 1994. Wie auch 1994 waren schwere Lkw (+5,3%) und Sattelfahrzeuge (+14,4%) besonders gefragt. Das Fuhrgewerbe (+16%) investierte wesentlich stärker in den Fuhrpark als der Werkverkehr. Aufgrund des Beitrittsvertrags zur EU mußten die Straßenbenutzungsabgaben für 1996 neu geregelt und gesenkt werden. Der Monatssatz für Fahrzeuge mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 18 t oder mehr wurde von 4.800 S auf 3.200 S verringert; es gibt nun auch Tages- und Wochensätze. Im Gegenzug wurden die Lkw-Mauten auf der Brenner-Autobahn kräftig angehoben.

ABSCHWÄCHUNG IM PERSONENVERKEHR

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen ist 1995 gesunken. Gemessen an den Beschäftigten nahm

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



der Berufsverkehr um 0,1% ab. Der Reiseverkehr nach und in Österreich erlitt einen Einbruch (Übernachtungen -4,3% gegenüber 1994). Die rückläufige Tendenz im Ausbildungsverkehr setzte sich fort. Der Personenverkehr auf der Bahn (+1,8%) wuchs gleich stark wie auf den Linienbussen. Die Tarifeinnahmen der Bahn aus dem Personenverkehr stiegen auf 7,2 Mrd. S (+1,5% gegenüber 1994). Mit 1. Februar 1996 wurden die Tarife für Wochen- und Monatskarten um rund 6% angehoben. Die Wiener Verkehrsbetriebe melden für 1995 eine Zunahme der Frequenzen um 2,8% gegenüber 1994. Die Passagierluftfahrt verzeichnete mit +11,1% wieder eine zweistellige Zuwachsrate. Die Passagierzahl der AUA stieg nach dem Einbruch 1994 im Jahr 1995 um 3,5%

Die Zulassungen fabriksneuer Personenwagen waren mit 279 610 um 2,2% höher als 1994. Besonders gefragt waren Modelle in der Klasse zwischen 1 000 und 1.500 cm³ (Neuzulassungen +10%). Die Neuzulassun-

Personenverkehr

		1995 Absolut	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1989/1994 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill. Pers.-km	10 481,0	+ 13,9	+ 2,1
Linienbus Post, ÖBB	Mill. Pers.	223,1	+ 1,7	+ 3,5
Wiener Verkehrsbetriebe	Mill. Pers.	687,5	+ 2,8	+ 2,1
Luftfahrt ²⁾	1.000 Pers.	11.034,5	+ 11,1	+ 8,2
AUA	1.000 Pers.	3.052,8	+ 3,5	+ 3,2
Benzinverbrauch	Mill. l	3.355,3	+ 2,4	- 0,6

¹⁾ Vorläufige Werte - ²⁾ Linien- und Charterverkehr. An- und Abflug

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	1995 Stück	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1989/1994 Veränderung in %
<i>Pkw</i>	279.610	+ 2,2	- 0,1
Bis 1.500 cm ³	82.675	+ 7,3	- 1,2
1.501 cm ³ und mehr	196.922	+ 0,2	+ 0,4
<i>Lkw</i>	25.244	+ 1,1	+ 0,1
Bis 1.999 kg	21.403	+ 2,6	+ 1,1
2.000 bis 6.999 kg	1.403	-22,4	- 7,2
7.000 kg und mehr	2.438	+ 5,3	- 2,7
<i>Anhänger</i>	21.670	+ 5,9	+ 3,0
Bis 2.999 kg	20.069	+ 6,6	+ 3,4
3.000 bis 6.999 kg	319	- 1,8	+ 2,4
7.000 kg und mehr	1.282	- 2,1	- 2,5
<i>Sattelfahrzeuge</i>	2.060	+ 14,4	+ 1,9

gen von Kleinwagen sanken um 20% und waren nur noch halb so hoch wie 1993

Die Bundesregierung plant, ab Jänner 1997 eine pauschale Benützungsgeld auf Autobahnen einzuheben. Für Pkw soll die Jahresvignette 550 S, für Lkw mit einem Gesamtgewicht von 3,5 t bis 7,5 t 6.000 S, von 7,5 t bis 12,0 t 12.000 S kosten. Für schwere Lkw ist weiter nur die Straßenverkehrsabgabe von 16.350 S zu zahlen. Es werden Einnahmen von in- und ausländischen Autobahnbenützern von 1,5 Mrd. S erwartet

Wilfried Puwein

Statistik: Erna Kernreich

Folgen des EU-Beitritts

Die Landwirtschaft galt stets als einer der kritischen Bereiche der Integration. Die jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnisse der Land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) für 1995 erlauben erste quantitative Aussagen über die tatsächlichen Folgen von GAP und Binnenmarkt für den Agrarsektor. Allerdings ist folgendes zu beachten:

- Die vorläufigen Ergebnisse der LGR basieren zum Teil auf Schätzungen, die noch revidiert werden könnten. Dies gilt insbesondere für die Betriebsmittelkäufe des Agrarsektors und davon abgeleitete Daten wie die Belastung mit Umsatzsteuer. Die Angaben über die Endproduktion sind statistisch besser fundiert.
- Die zum Teil gravierenden Änderungen im Jahre 1995 im Vergleich zu 1994 sind zwar primär, aber nicht ausschließlich Folgen der EU-Integration. Die GAP prägte die in der LGR zusammenfassend dargestellten Ergebnisse 1995. Daneben waren andere Faktoren wirksam, wie Unterschiede in der Witterung, Produktionszyklen, Änderungen der Währungsparitäten, Entwicklungen auf den internationalen Märkten usw. Eine Trennung dieser unterschiedlichen Einflüsse von den Folgen der GAP ist schwierig.
- Die Anpassung an die neuen Verhältnisse im EU-Binnenmarkt erfordert Zeit und ist noch nicht abgeschlossen. Weitgehend offen ist derzeit insbesondere die für die längerfristige Entwicklung zentrale Frage, wie sich Österreichs Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft auf den Märkten behaupten werden.
- Wichtige flankierende Maßnahmen wie die forcierte Investitionsförderung oder die integrierten Entwicklungsprogramme für ländliche Gebiete kommen erst mittelfristig zum Tragen.
- GAP und EU-Strukturpolitik bewirkten in wichtigen Konten der LGR (insbesondere Endproduktion; Brutto-Wertschöpfung und Subventionen) Brüche bzw. agrarpolitisch bedingte Verlagerungen zwischen einzelnen Konten, die Vergleiche zwischen 1995 – dem ersten Jahr unter EU-Verhältnissen – und den Jahren davor erschweren.

AGRARSEKTOR 1995 IM ZEICHEN DER EU-INTEGRATION

WECHSEL IM AGRARSYSTEM

Für die Landwirtschaft stand das Jahr 1995 im Zeichen des Beitritts zur Europäischen Union. Österreich hat damit die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sofort und vollständig übernommen, die Beschränkungen im Agrarhandel mit der erweiterten Gemeinschaft sind gefallen. Für die österreichischen Bauern bedeutete dies einen Wechsel im Agrarregime mit tiefgreifenden Änderungen der Organisation der Märkte, der Preispolitik, der Agrarförderung und der Wettbewerbsverhältnisse

MASSIVE DIREKTZAHLUNGEN STÜTZEN AGRAREINKOMMEN

1995, im ersten „EU-Jahr“, konnte der Agrarsektor nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) des WIFO real („mengenmäßig“) die guten Ergebnisse des Vorjahres nicht halten. Reale Endproduktion und Wertschöpfung (Beitrag zum BIP) der Land- und Forstwirtschaft blieben deutlich unter den Ergebnissen von 1994. Die Agrarpreise und die gesamte nominelle („wertmäßige“) Rech-

nung wurden durch die Übernahme der GAP besonders stark geprägt. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise (Marktpreise) brachen tief ein. Dieser integrationsbedingte Preisbruch bedeutete in der nominellen Rechnung massive Rotertragseinbußen. Dem stand eine kräftige Aufstockung der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe (in der LGR als Subventionen verbucht) gegenüber. Die Belastung mit indirekten Steuern

nahm zu. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe kauften weiters etwas weniger *Vorleistungen* zu und investierten auch weniger. Als Ergebnis dieser primär, aber nicht nur durch die EU-Integration bedingten Strukturänderungen der Einnahmen und Ausgaben der Agrarwirtschaft waren die sektoralen *Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft* (Beitrag zum Volkseinkommen) 1995 nach den vorliegenden ersten Berechnungen in Summe nur knapp niedriger als im Vorjahr. Der Einbruch im landwirtschaftlichen Rohertrag konnte also durch viel höhere öffentliche Hilfen, zu einem kleineren Teil durch geringere Ausgaben für Vorleistungen für den Agrarsektor insgesamt weitgehend ausgeglichen werden.

Nach Produktionssparten, Betriebsgröße, Intensität der Bewirtschaftung oder auch nach Regionen gab es allerdings Gewinner und Verlierer der Integration. Detaillierten Einblick lassen Deckungsbeitragskalkulationen und die für den „Grünen Bericht“ erstellten Buchführungsergebnisse repräsentativer landwirtschaftlicher Betriebe erwarten. Viele Betriebe gerieten zudem 1995 in Liquiditätsschwierigkeiten, weil die Direktzahlungen zum überwiegenden Teil erst gegen Jahresende ausgezahlt wurden. Der Systemwechsel machte die hohe Abhängigkeit der Landwirtschaft von der öffentlichen Hand und damit von politischen Entscheidungen sichtbar. Die für 1995 ausgeschütteten rund 24,7 Mrd. S an Direktzahlungen waren z. B. bereits etwa halb so hoch wie der gesamte landwirtschaftliche Rohertrag.

„EU-PREISBRUCH“ UND GERINGERES ANGEBOT DRÜCKEN ROHERTRAG UND BRUTTO-WERTSCHÖPFUNG

Nach den vorläufigen Ergebnissen der LGR sank die *Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft* 1995 real (zu konstanten Preisen \emptyset 1982/1984) um rund 4½% und damit unter dem längerfristigen Trend. Sowohl der Pflanzenbau als auch die Tierhaltung erlitten Einbußen, auch der Holzeinschlag war niedriger. Die Erträge aus dem *Pflanzenbau* waren um rund 4½% geringer als 1994; dies ist primär auf ein niedrigeres Angebot an Getreide und Ölsaaten sowie eine schwache Weinernte zurückzuführen. Hackfrüchte, Gemüse und Obst brachten höhere Erträge als im Vorjahr. In der *Tierhaltung* (-5%) prägte insbesondere ein viel geringeres Angebot an Rindern und Kälbern das schwache Ergebnis. Auch Schweine, Geflügel und Eier wurden weniger vermarktet. Das Angebot an Milch stagnierte in Summe; einer höheren Marktleistung (die Prämienaktion für den Milchlieferverzicht lief mit dem EU-Beitritt aus) stand ein geringerer „sonstiger Verbrauch für menschliche Ernährung“ (einschließlich Ab-Hof-Verkauf) gegenüber. *Holz* wurde um rund 3½% weniger genutzt als im Vorjahr.

Über die Entwicklung auf den Betriebsmittelmärkten liegen bisher nur zum Teil Daten vor, insbesondere fehlt die Außenhandelsstatistik. Die verfügbaren Informatio-

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivität der Land- und Forstwirtschaft

	1994 \emptyset 1982/1984 = 100	1995 ¹⁾	1994 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 ¹⁾
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	99,9	95,6	+ 10,5	- 4,3
Tierhaltung	99,2	94,4	- 2,8	- 4,8
Landwirtschaft	99,4	94,8	+ 1,0	- 4,6
Forstwirtschaft	111,9	108,1	+ 18,6	- 3,4
Land- und Forstwirtschaft	101,5	97,1	+ 3,9	- 4,4
Minus Vorleistungen	103,7	100,9	+ 2,0	- 2,7
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen)	100,4	94,9	+ 5,0	- 5,4
Futtermittelimport	101,6	96,5	+ 3,1	- 5,0
Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft	99,3	94,7	+ 0,9	- 4,6
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	63,7	60,1	- 5,5	- 5,5
Arbeitsproduktivität ²⁾	157,6	157,9	+ 11,1	+ 0,2
Landwirtschaftliche Nutzfläche	96,5	96,6	+ 0,0	+ 0,1
Flächenproduktivität netto ³⁾	103,9	98,2	+ 1,0	- 4,7

Q: Eigene Berechnungen. – ¹⁾ Vorläufige Werte – ²⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP zu Faktorkosten (real) je Beschäftigten – ³⁾ Importbereinigte reale Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar

nen deuten auf eine anhaltend schwache Nachfrage. Nach WIFO-Schätzungen kaufte die Land- und Forstwirtschaft 1995 real um rund 2½% weniger *Vorleistungen* zu als im Vorjahr. Die agrarischen Betriebe investierten auch weniger in Maschinen und Gebäude. Die Daten über Endproduktion und Vorleistungen ergeben eine reale Abnahme des *Beitrags der Land- und Forstwirtschaft zum BIP* um rund 5½%.

Die *agrarischen Erzeugerpreise* sanken 1995 um durchschnittlich rund 18%. Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse brachen als Folge von Übernahme der GAP und Öffnung zum EU-Binnenmarkt um durchschnittlich rund 22% ein. Der traditionell offene Holzmarkt war vom EU-Beitritt nur wenig betroffen. Die höheren Holzpreise (+5%) spiegeln vor allem die Tendenz auf den internationalen Märkten wider. *Pflanzliche Erzeugnisse* waren 1995 um rund 20½% billiger als im Vorjahr. Die Erzeugerpreise für Getreide und Kartoffeln sanken um rund die Hälfte, für Gemüse um rund ein Drittel; auch Zuckerrüben wurden billiger. Die Preise von Ölsaaten nehmen nur leicht ab; für Obst blieben sie im Durchschnitt etwa unverändert. Die Weinpreise zogen wegen der schwachen Ernte an. In der *Tierhaltung* verringerten sich die Erzeugerpreise 1995 um durchschnittlich rund 23%. Schlachtrinder waren um rund 17%, Schweine und Eier um je rund 20%, Schlachtgeflügel um rund 26% billiger als im Vorjahr. Der empfindlichste Preiseinbruch ergab sich mit rund einem Drittel für Milch.

Der „EU-Preisbruch“ wird den landwirtschaftlichen Erzeugern zum Teil durch die in den gemeinsamen Marktorganisationen vorgesehenen Flächen- und Tierprämien abgegolten. Diese Prämien stammen aus öffentlichen Mitteln und werden in der LGR nicht als Rohertrag, sondern als Subvention an land- und forstwirtschaftliche Betriebe verbucht.

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1994	1995 ¹⁾	1994	1995 ¹⁾
	Zu laufenden Preisen in Mill S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	22.061	17.070	+ 13,1	- 22,6
Tierhaltung	42.836	31.758	- 3,0	- 25,9
Landwirtschaft	64.897	48.828	+ 1,9	- 24,8
Forstwirtschaft	12.629	12.751	+ 27,7	+ 1,0
Land- und Forstwirtschaft	77.526	61.579	+ 5,4	- 20,6
Minus Vorleistungen	27.052	26.075	+ 3,0	- 3,6
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen)	50.474	35.504	+ 6,7	- 29,7
Plus Subventionen	9.827	24.728	+ 27,5	+ 151,6
Minus indirekte Steuern ²⁾	1.425	1.509	- 29,2	+ 5,9
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Faktorkosten)	58.876	58.723	+ 11,1	- 0,3
Minus Abschreibungen	19.740	19.942	+ 0,8	+ 1,0
Beitrag zum Volkseinkommen	39.136	38.781	+ 17,1	- 0,9
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft in %				
Zum Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen	2,3	1,6		
Zum Volkseinkommen zu Faktorkosten	2,4	2,2		

Q: Eigene Berechnungen. - ¹⁾ Vorläufige Werte. - ²⁾ Einschließlich Nettozahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Mehrwertsteuer aufgrund der Pauschalierung

Subventionen an die Land- und Forstwirtschaft 1995

Vorläufige Ergebnisse

	Direktzahlungen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe für das Jahr 1995 Mill S
Beihilfe für die Lagerabwertung (durch den Preisbruch mit dem EU-Beitritt)	
Alle Zahlungen für pflanzliche Erzeugnisse der Ernte 1994 wurden dem Kalenderjahr 1994 zugeordnet	.
Bestandsabwertung Geflügel	67
Degressive Ausgleichszahlungen (für die Erzeugung 1995)	
Allgemeine Regelung und zusätzliche Aktionen der Bundesländer	7 300
Marktordnungsprämie	
Prämien für den Pflanzenbau und die Tierhaltung einschließlich nationaler Zahlungen	6.650
OPUL (Österreichisches Programm für eine umweltgerechte Landwirtschaft)	7 400
Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete (einschließlich Zahlungen im Rahmen der Währungsregelung)	3.000
Agrimonetäre Ausgleichszahlungen	
Aufwertung des Landwirtschaftlichen Umrechnungskurses zum 1. Juli 1995 (Zahlungen aus EU- und nationalen Mitteln für 1995)	217
Nationale Beihilfe für Einkommensverluste 1995	.
Rodeprämien für Weingärten, Obstanlagen	94
Insgesamt	24.728

Q: WIFO. Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und der AMA (Stand März 1996) ergänzt durch eigene Erhebungen und Schätzungen

Die Preise der von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugekauften Vorleistungen gaben 1995 im Durchschnitt nur leicht nach (-1/2%), Investitionsgüter waren um rund 2% teurer als im Vorjahr. Die leichte Abschwächung der Vorleistungspreise geht überwiegend auf die Verbilligung von Waren agrarischer Herkunft wie Futtermittel, Saatgut und Zucht- und Nutzvieh im Gefolge der Übernahme der GAP zurück; industriell-gewerbliche Erzeugnisse und Dienstleistungen wurden in der Regel teurer. Die einzige bedeutende Ausnahme sind Pflanzenschutzmittel: Sie waren in Österreich traditionell überdurchschnittlich teuer; ab 1994 gerieten die Preise ins Rutschen

Für die wirtschaftliche Lage des Agrarsektors sind die nominellen Ergebnisse besonders relevant. Nach den vorläufigen Ergebnissen der LGR drückten das geringere reale Angebot und insbesondere der EU-Preisbruch den Wert der landwirtschaftlichen Endproduktion des Jahres 1995 um rund ein Viertel unter das Ergebnis von 1994; für die Forstwirtschaft ergab der Anstieg der Holzpreise trotz geringeren Einschlags eine leichte Zunahme. Insgesamt war der Wert der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft 1995 mit rund 61,6 Mrd. S um gut ein Fünftel geringer als 1994, dem letzten Jahr vor dem EU-Beitritt. Im Pflanzenbau (-22 1/2%) wurde der Rohertrag von Getreide und Kartoffeln etwa halbiert. Ein erheblicher Rückgang war auch in den Sparten Ölsaaten, Gemüse, Gartenbau und Wein zu verzeichnen. Der Obstbau konnte hingegen einen Ertragszuwachs von rund 11% verbuchen. Die Tierhalter (-26%) erlitten Einbußen zwischen 20% und 32%. Die Sparten Milch und Geflügel waren am stärksten betroffen. Für den Zukauf von Vorleistungen wandte der Agrarsektor 1995

rund 26,1 Mrd. S auf (-3 1/2%). Dies ergibt eine Brutto-Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft (Beitrag zum BIP) von rund 35,5 Mrd. S, um 30% weniger als im Vorjahr.

24,7 MRD. S AN DIREKTZAHLUNGEN

Teils als Folge der Übernahme der GAP, teils als flankierende Maßnahmen zur Integration stiegen die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe (Subventionen) sprunghaft. Insgesamt wurden für 1995 rund 24,7 Mrd. S direkt an die landwirtschaftlichen Produzenten ausgeschüttet, rund das 2 1/2fache der Subventionen für das Jahr 1994. Die wichtigsten Positionen sind die degressiven und zeitlich begrenzten Ausgleichszahlungen für den EU-Preisbruch, die in den gemeinsamen Marktorganisationen vorgesehenen Flächen- und Tierprämien, Prämien im Rahmen des ehrgeizigen österreichischen Programms für eine umweltgerechte Landwirtschaft (OPUL) sowie die Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Gebieten. Diese Programme werden in jeweils unterschiedlichem Maße von der EU und aus nationalen Mitteln (Bund und Länder) finanziert.

Die Belastung der Land- und Forstwirtschaft mit indirekten Steuern wird für 1995 vom WIFO auf rund 1,5 Mrd. S (+6%) geschätzt. In dieser Position ergaben sich im Vorfeld und durch den EU-Beitritt wesentliche Verschiebungen. Die Weinsteuern sowie die Abgaben auf Handelsdünger und Maissaatgut sind 1994 auslaufen. Dies brachte der Landwirtschaft eine erhebliche Entlastung. Andererseits stieg 1995 die Belastung der pauschalisierten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Umsatzsteuer sprunghaft auf rund 1,2 Mrd. S (unzu-

Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familienangehörige	Beschäftigte ¹⁾	Unselbständige Arbeitslose	Insgesamt	Beschäftigte ¹⁾	Berufstätige ²⁾	Beschäftigte ¹⁾ Anteile der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtwirtschaft	Berufstätige ²⁾ In %
	In 1 000				In %			
1951	765,0	201,8	4,2	206,0	966,8	971,0	31,3	30,3
1961	585,1	113,2	10,4	123,6	698,3	708,7	21,7	21,6
1971	365,9	53,6	4,4	58,0	419,5	423,9	13,6	13,6
1981	251,4	36,0	3,1	39,1	287,4	290,5	8,8	8,7
1991	182,4	27,7	4,2	31,9	210,1	214,3	6,2	6,0
1993	158,8	26,9	4,5	31,3	185,7	190,1	5,4	5,2
1994	149,0	26,5	4,1	30,6	175,5	179,6	5,1	4,9
1995	139,7	26,0	4,0	30,1	165,7	169,8	4,8	4,6
Durchschnittliche jährliche Veränderung in % ³⁾								
1951/1961	-2,6	-5,6	+9,5	-5,0	-3,2	-3,1		
1961/1971	-4,6	-7,2	-8,2	-7,3	-5,0	-5,0		
1971/1981	-3,7	-3,9	-3,4	-3,9	-3,7	-3,7		
1981/1991	-3,2	-2,6	+3,0	-2,0	-3,1	-3,0		
Veränderung gegen das Vorjahr in % ⁴⁾								
1993	-6,6	-3,2	+7,7	-1,8	-6,1	-5,8		
1994	-6,2	-1,5	-7,6	-2,4	-5,5	-5,5		
1995	-6,2	-1,6	-1,7	-1,6	-5,5	-5,5		

Q: Berechnungen des WIFO; bis 1991 endgültige Werte, ab 1992 vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der jeweils letzten Volkszählung (für 1951 bis 1971: Definition der Volkszählung 1971). Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. - ¹⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte - ²⁾ Selbständige, unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose - ³⁾ Ab 1987 ohne Präsenzdiener, Karenzurlaubsgeldbezieherinnen usw. - ⁴⁾ Mit ungerundeten Werten berechnet

reichender Ausgleich im Rahmen der geltenden Pauschalierungsregelung): Die im „Europa-Abkommen“ der Regierungsparteien vom April 1994 vorgesehene Überprüfung der Umsatzsteuerpauschale für land- und forstwirtschaftliche Betriebe ist bisher (mit Ausnahme von Wein) unterblieben. Die Abschreibungen für Maschinen und Wirtschaftsgebäude waren 1995 nur knapp höher als im Vorjahr. Der Kapitalstock ist real rückläufig, die Investitionsgüterpreise stiegen leicht.

Als Saïdo der kurz vorgestellten und aus den entsprechenden Übersichten im Detail zu ersehenden Berechnungen und Schätzungen ergibt sich für 1995 ein Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen von rund 38,8 Mrd. S, um rund 1% weniger als im Vorjahr. Diese Summe entspricht den aus der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung erwirtschafteten Einkommen einschließlich der öffentlichen Beihilfen. Sie steht zur Entlohnung der im Agrarsektor eingesetzten Ressourcen zur Verfügung.

ABWANDERUNG UNVERÄNDERT HOCH

Das WIFO hat seine Zeitreihen der Arbeitskräfte im Agrarsektor nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1991 revidiert. Die neuen Daten sind der Übersicht zu entnehmen.

1995 verlor die Land- und Forstwirtschaft erneut überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte. Im Jahresdurchschnitt waren 1995 rund 165.700 Personen im Agrarsektor beschäftigt, um 5,5% weniger als im Vorjahr. Seit Anfang der neunziger Jahre verlassen insbesondere viel mehr familieneigene Arbeitskräfte ihre Betriebe, Ab-

gänge durch Pensionierung u. ä. werden in geringerem Maße ersetzt als früher. Beachtenswert ist die rasche Abnahme der im elterlichen Betrieb mittätigen Bauernsöhne (und künftigen Hoferben). Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern registrierte in den letzten Jahren Abnahmeraten von 8½% bis 10%, in den achtziger Jahren von durchschnittlich bloß rund 4%. Die beschleunigte Abwanderung aus der Landarbeit ist primär als Folge einer zunehmend pessimistischen Einschätzung der Zukunftschancen in der Landwirtschaft durch die ländliche Bevölkerung zu sehen. Die Bauern reagieren auf den wachsenden internationalen Wettbewerb mit einer beschleunigten Anpassung der Strukturen.

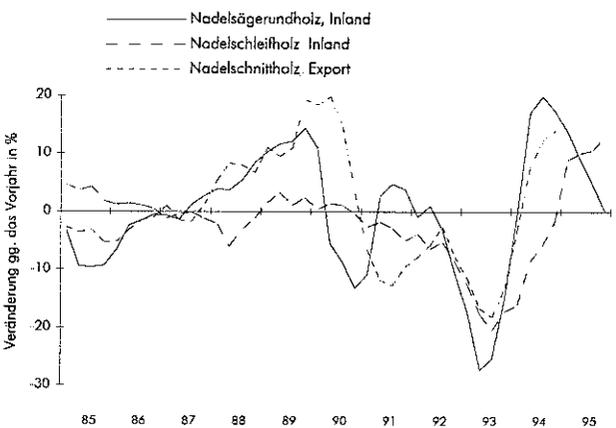
Matthias Schneider

Statistik: Christine Wilhelm

HOLZKONJUNKTUR HAT GIPFEL ÜBERSCHRITTEN

Der Aufschwung der Schnittholzkonjunktur währte im letzten Zyklus von Mitte 1993 bis Frühjahr 1995. Die Sägerundholzpreise gaben von April 1995 bis Jänner 1996 bereits um 8% nach. Im Jahresdurchschnitt 1995 war aber ein Preisanstieg von 6,8% gegenüber 1994 zu verzeichnen. Die inländische Schnittholznachfrage verschlechterte sich mit der Baukonjunktur zur Jahresmitte. Im Herbst meldete die Bauwirtschaft ein um 6,7% geringeres Auftragsvolumen als im Vorjahr. Auf dem wichtigen Exportmarkt Italien stagnierte die Hochbautätigkeit, für die kommenden Jahre wird keine wesentliche Belebung im Neubau erwartet. Leichte Nachfrageim-

Holzversorgung und Preise



pulse für Schnittholz ergeben sich durch vermehrte Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten. Die Weltmarktpreise für Schnittholz werden durch den nordamerikanischen Markt determiniert. In den USA floriert zwar der Wohnungsbau; der im traditionellen Einfamilienhausbau dominierende Holzrahmenbau wird jedoch zunehmend durch Stahlrahmenkonstruktionen konkurriert. Der Druck der kanadischen Schnittholzanbieter auf den Markt der USA hat sich in den letzten Monaten verstärkt. Die Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE erwartet für 1996 einen Rückgang der Schnittholzpreise um 14% (auf Dollarbasis).

Die österreichische Sägeindustrie erzeugte 1995 7,81 Mill. m³ Schnittholz (+3,7% gegenüber 1994). Die Rundholzversorgung aus dem Inland (Starknutzholzeinschlag -5,5%) war schwächer als 1994. Die Produktionssteigerung konnte durch einen Abbau der Rundholzlager und vermehrte Rundholzimporte erreicht werden. Die saisonbereinigte Entwicklung der Schnittholzproduktion zeigt einen Rückgang im II. und III. Quartal und einen erneuten Anstieg im IV. Quartal (+3,9% gegenüber dem III. Quartal 1995). Die Schnittholzlager erreichten Ende 1995 1,01 Mill. m³ (+11,9% gegenüber Ende 1994). Besonders kräftig war der Lageraufbau im I. Quartal 1995.

Die Zellstoffkonjunktur lief im Berichtsjahr wie üblich der Schnittholzkonjunktur nach. Die Schleifholzpreise verbesserten sich im laufenden Zyklus erst im Sommer

Holzeinschlag und Einschnitt

	1994	1995	1994	1995
	1 000 fm ohne Rinde		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Starknutzholz	8 549	8 081	+23,7	- 5,5
Schwachnutzholz	2 552	2 665	+16,1	+ 4,4
Brennholz	3 259	3 059	+ 3,5	- 6,1
Insgesamt	14 360	13 806	+17,2	- 3,9
Einschnitt von Sägerundholz ¹⁾	11 781	12 261	+10,6	+ 4,1
Schnittholzlager ²⁾	944	1 056	-11,0	+11,9

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Fachverband der Sägeindustrie - ¹⁾ 1 000 fm. - ²⁾ 1 000 m³ Jahresendstand

1994. Zum Jahreswechsel 1995/96 waren sie noch stabil. Die Produktion der Papierindustrie ist saisonbereinigt seit Mitte 1995 deutlich rückläufig, die Jahresgesamtproduktion lag daher leicht über dem Wert von 1994 (+1,4%). Die Auftragsbestände waren Ende 1995 bereits um fast ein Viertel niedriger als vor einem Jahr. Das Jahr 1995 brachte der Papierindustrie weltweit eine sehr gute Ertragslage. Es wurde aber weniger in neue Produktionskapazitäten investiert als in den Boomperioden früherer Zyklen. Dies dürfte den Angebotsdruck in der nächsten Abschwungphase mildern. Die Präsidentschaftswahlen und die Olympischen Spiele in den USA beleben 1996 den wichtigsten Absatzmarkt. Für 1996 prognostiziert die AIECE noch ein Halten des Preisniveaus von Ende 1995, erst im I. Quartal 1997 werden die Zellstoffpreise fallen.

Die Plattenwerke erzeugten 1995 1,7 Mill. m³ Spanplatten (+2,7% gegenüber 1994). Die Produktion hat sich nach einem Einbruch im Sommer gegen Jahresende saisonbereinigt wieder kräftig erholt.

HOLZEINSCHLAG -3,9%

1995 wurden 13,8 Mill. fm Holz geschlägert, um 3,9% weniger als 1994. Der Schadholzanteil erreichte fast 30%, gegenüber dem hohen Anteil von 1994 (37%) ist damit ein merklicher Rückgang eingetreten. Die Wälder leiden nach wie vor unter starkem Borkenkäferbefall. Die günstigen Schleifholzpreise veranlaßten die Waldbesitzer, wieder mehr Schwachholz anzubieten (Schwachnutzholz +4,4%). Starknutzholz fiel um 5,5% weniger an als 1994. Die Brennholznachfrage war schwach; der relativ milde Winter 1994/95 ließ die Brennholzvorräte wenig schrumpfen, und die Brennholzpreise sanken entsprechend den Heizölpreisen. Die Waldbesitzer drosselten das Brennholzangebot um über 6%. 33% des Gesamteinschlags wurden an Schlägerungsunternehmen vergeben. Die Kleinwaldbesitzer (Waldfläche unter 200 ha) nützten die gute Holzkonjunktur und schlägerten gleich viel wie 1994, obschon um 20% weniger Schadholz aufzuarbeiten war. Ihr Anteil am Gesamteinschlag betrug 51,6%. Die Großwaldbesitzer (Waldfläche ab 200 ha, ohne Bundesforste) nahmen den Einschlag um 6,3% zurück. Im Großwald

fiel um 24% weniger Schadholz an. Die österreichischen Bundesforste schlägerten um 10,7% weniger als 1994. Mit 2,05 Mill. fm (14,8% des Gesamteinschlags 1995) lag die Holznutzung wieder im längerfristigen Trend. Entsprechend der Holzmarktlage wurde um 2% mehr Schwachnutzholz und um 23% weniger Brennholz ausgeformt. Das Angebot an Starknutzholz (71% des Einschlags) wurde in den Bundesforsten um 11% verringert. Die Zwangsnutzungen prägten die regionale Einschlagsentwicklung. In Vorarlberg (Gesamteinschlag -24% gegenüber 1994), Tirol (-13%), Salzburg (-11%)

und Oberösterreich (-8%) ging der Einschlag entsprechend dem stark abnehmenden Schadholzanfall zurück, in den anderen Bundesländern wurde ungefähr gleich viel geschlägert wie 1994. Bei verbesserten Nutzholzpreisen (gewichtet +5,8% gegenüber 1994) und rückläufigem Einschlag (-3,9%) nahm der nominelle Rohertrag der Forstwirtschaft leicht zu und erreichte 12,75 Mrd. S (+1% gegenüber 1994).

Wilfried Puwein

Statistik: Christine Wilhelm

The Austrian Economy in 1995: Early Faltering of the Recovery – Summary

1995 saw a surprising but nevertheless marked downturn in demand and output. Real GDP, having advanced by over 1 percent in the first half (from the previous period) slightly weakened as from mid-year. The annual average rate of economic growth was 1¾ percent, more than 1 percentage point down from the previous year and also lower than the EU average.

Goods exports, which had accelerated markedly during 1994, kept strong momentum over most of 1995, although a faltering of the recovery in western Europe became clearly apparent. EU accession led to market share gains, but they became squeezed later by losses in competitiveness due to the fall in the dollar and the devaluation of southern European currencies. Demand from the rising economies in eastern Europe also lent firm support to export growth.

Tourism demand from abroad remained on a downward trend. Following heavy losses in the previous year, export revenues in 1995 fell by another 4½ percent in volume. The major reasons for the decline were unchanged: large price cuts for air-travel arrangements to overseas destinations; a decline in price competitiveness due to the exchange rate shifts; and the persistent stagnation of real disposable household incomes in Germany, Austria's most important travel market.

Overall domestic demand advanced by a price-adjusted 2¾ percent in 1995. The annual average figure masks a distinct turnaround from a strong rise in the first half year to a decline thereafter. This pattern was shaped mainly by investment. In the six months up to March 1995, firms spent much more than before on machinery and equipment – partly as a reaction to the rebound in activity from the recession, and partly with regard to the expiration of a temporary increase in the investment tax allowance. Later in the spring, they still relied on a continuing recovery. However, developments thereafter prompted them to cancel or postpone some of the ambitious investment projects

At around the same time, the boom in construction which had spanned over the last seven years came definitively to an end.

Private consumption remained on a comparatively steady growth path. Real disposable household incomes were boosted by higher wages – negotiated in late 1994 on the basis of a projected strengthening of the recovery –, employment gains and lower inflation. The high level of consumer confidence is confirmed not only by a decline in the saving ratio, but also by the high share of additional income being spent on foreign travel and on goods purchases abroad. Domestic retailers, on the other hand, gained little from higher consumer spending.

In spite of exports staying lively throughout the year, the current account deficit more than doubled to a total ATS 47 billion or 2 percent of GDP. The opening of the domestic market related to EU accession and the initially strong investment demand – with its high import content – prevented the trade deficit from narrowing. The traditional surplus on tourism services declined further as foreign visitors stayed away and Austrians spent more abroad.

With output growth losing momentum demand for labor slackened. Towards mid-1995, overall employment fell below the year-earlier level and by the end of the year the gap had widened to -30,000 or 1 percent. Labor supply was reduced by early retirement so that the fall in employment did not fully translate into registered unemployment. According to international standard definitions (EU criteria) the unemployment rate was still low at 3.6 percent.

Price inflation decelerated at all levels – producers, trade, consumers – in 1995, as three factors combined: EU membership entailing the adjustment of agricultural prices and more competition in the trade sector; lower import prices due to effective schilling appreciation; and the cyclical slackening of demand. The annual inflation rate abated from 3 percent in 1994 to 2.2 percent.